



LZK

LANDESZAHNÄRZTEKAMMER  
BADEN-WÜRTTEMBERG

Körperschaft des öffentlichen Rechts

# Jahresbericht 2007



**Innovativ und erfolgreich  
in einem  
ereignisreichen Jahr**



LZK

LANDESZAHNÄRZTEKAMMER  
BADEN-WÜRTTEMBERG

Körperschaft des öffentlichen Rechts

# **Jahresbericht 2007**

**Innovativ und erfolgreich  
in einem  
ereignisreichen Jahr**

## IMPRESSUM

### HERAUSGEBER

Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg  
- Körperschaft des öffentlichen Rechts -  
Albstadtweg 9  
70567 Stuttgart  
Telefon 0 711 / 2 28 45 - 0  
Telefax 0 711 / 2 28 45 - 40  
E-Mail [info@lzk-bw.de](mailto:info@lzk-bw.de)  
Internet [www.lzk-bw.de](http://www.lzk-bw.de)

### BILDNACHWEIS

LZK-Bildarchiv, Informationszentrum Zahngesundheit, Zahnmedizinisches Fortbildungszentrum Stuttgart, Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe

### GRAPHISCHE GESTALTUNG & LAYOUT

Andrea Mader, Landes Zahnärztekammer BW  
Jürgen Raub, Haka Print und Medien GmbH

### DRUCK

Haka Print und Medien GmbH  
Ostfildern-Ruit

### ALLGEMEINE HINWEISE

Alle Rechte vorbehalten. Copyright  
Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg.  
Nachdruck, Vervielfältigung, Speicherung auf Datenträgern oder Verbreitung mittels elektronischer Systeme – auch auszugsweise – nur mit Zustimmung der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg

### STAND

November 2007

# Inhalt

Vorwort .....	5
Vorstand der Landes Zahnärztekammer .....	7
Vertreterversammlung .....	17
Umlageausschuss .....	21
Landesberufsgericht für Zahnärzte .....	27
Ethikkommission für Ärzte und Zahnärzte .....	31
Geschäftsstelle der Landes Zahnärztekammer .....	33
Bezirks Zahnärztekammer Freiburg .....	41
Bezirks Zahnärztekammer Karlsruhe .....	45
Bezirks Zahnärztekammer Stuttgart .....	49
Bezirks Zahnärztekammer Tübingen .....	53
Satzungsausschuss .....	57
GOZ-Ausschuss .....	59
Ausschuss für Praxisführung .....	63
Weiterbildungsausschuss für Kieferorthopädie .....	69
Weiterbildungsausschuss für Oralchirurgie .....	73
Ausschuss für Zahnmedizinische MitarbeiterInnen .....	77
Berufsbildungsausschuss .....	83
Fachausschuss Zwischenprüfung für ZFA .....	85
Fachausschuss Abschlussprüfung für ZFA .....	86
Prophylaxeausschuss .....	87
Zahnmedizinisches Fortbildungszentrum Stuttgart .....	89
Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe .....	95
Gutachterkommissionen für Fragen zahnärztlicher Haftung .....	101
Zahnärztliche Röntgenstelle .....	103
Prüfungskommissionen für die Kenntnisprüfungen nach § 2 ZHG .....	105
Arbeitskreis Patientenberatung und Zweitmeinung .....	107
Statistik Patientenberatung .....	111
Arbeitskreis Alterszahnheilkunde und Behindertenbehandlung .....	127
Interne Öffentlichkeitsarbeit .....	131
Zahnärzteblatt Baden-Württemberg .....	135
Informationszentrum Zahngesundheit .....	139
Landesarbeitsgemeinschaft für Zahngesundheit BW .....	149
Rahmenverträge .....	155
Bundes Zahnärztekammer .....	159



Das Jahr 2007 war geprägt durch wichtige gesundheitspolitische Entscheidungen. Der LZK-Vorstand beschäftigte sich deshalb besonders mit der Novellierung des am 1. April dieses Jahres in Kraft getretenen GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetzes, mit dem unter anderem die Einführung des PKV-Basistarifes ab 2009 verbunden ist, sowie mit der Novellierung des Versicherungsvertragsgesetzes. Daraus ergab sich neuer Diskussionsbedarf, der zu zahlreichen Gesprächen mit politischen Multiplikatoren führte, um im Sinne der Kollegenschaft zu intervenieren und freiberufliche Werte und Interessen zu bewahren.

Besonders wichtig für den LZK-Vorstand aber ist das Thema GOZ in Rahmen der vom Bundesministerium für Gesundheit derzeit vorbereiteten Novellierung der zahnärztlichen Gebührenordnung, verbunden mit der beabsichtigten Angleichung in Richtung BEMA. Die Zahnärzteschaft hat mit der Honorarordnung der Zahnärzte (HOZ) dem Bundesministerium für Gesundheit eine wissenschaftlich begründete Alternative präsentiert. Jetzt gilt es, durch eine effiziente Lobbyarbeit unsere Forderungen in den parlamentarischen Prozess auf Bundesratsebene einzubringen, weil dieses Gremium der neuen Rechtsverordnung zustimmen muss. Diese Chance müssen wir nutzen, um die voraussichtlich im Sommer 2008 in Kraft tretende neue GOZ entscheidend für die Zahnärzteschaft zu beeinflussen. Der LZK-Vorstand wird gegenüber der Politik und der Kollegenschaft die HOZ in einer einheitlichen Sprache offensiv und verständlich kommunizieren und darauf drängen, die Systematik der HOZ zur

nachhaltigen Grundlage standespolitischer Arbeit zu machen.

In zwei Klausurtagungen wurden weitere Themen diskutiert, die Auseinandersetzung mit dem Nutzen und den Auswirkungen von Leitlinien sowie die Entwicklung eines EDV-Konzeptes der Kammer.

Auf Grund der vom Gemeinsamen Bundesausschuss verabschiedeten Qualitätsmanagementrichtlinie für Zahnärzte ist das Thema QM aktueller denn je. In enger Zusammenarbeit mit der KZV Baden-Württemberg wurden neue Informationsveranstaltungen und Seminare zum QM angeboten, um die Praxisinhaber gezielt zu unterstützen.

Auf vielen Agenden stand auch die zunehmende Bedeutung berufsbegleitender postgradualer Masterstudiengänge und deren mögliche Einbindung in die zahnärztliche Weiterbildung sowie die Konzipierung einer gemeinsamen Notfalldienstordnung mit der KZV Baden-Württemberg. Zudem hat der LZK-Vorstand für die Kollegenschaft in diesem Jahr ein neues Konzept zum BuS-Dienst erarbeitet, begleitet von Schulungsveranstaltungen. Mit der Novellierung des Heilberufekammergesetzes wurden auch mehrere Satzungsänderungen notwendig.



# Vorstand der Landeszahnärztekammer

**D**er Vorstand der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg tagte unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Udo Lenke in einem arbeitsreichen Jahr an 24 Sitzungen und Klausurtagungen. Dabei bestimmten folgende Themen- und Arbeitsschwerpunkte die Vorstandsarbeit in diesem Jahr:

## **Gesundheitsreform und Auswirkungen des Basistarifs**

Bereits seit 2006 beschäftigte sich der LZK-Vorstand in mehreren Sitzungen intensiv mit den Arbeits- und Referententwürfen des Bundesministeriums für Gesundheit sowie dem Fraktionsentwurf der Großen Koalition zur Reform des Gesetzes zur Stärkung des Wettbewerbs in der Gesetzlichen Krankenversicherung. Insbesondere mit den Änderungen im Bereich der Privaten Krankenversicherung, deren Geschäftsgrundlage durch zahlreiche Gesetzesänderungen wie beispielsweise die Einführung eines Basistarifs bedroht ist, werden auch negative Auswirkungen für den Berufsstand verbunden sein. Bis zum letzten Tag des parlamentarischen Entscheidungsprozesses Anfang Februar wurden Stellungnahmen abgegeben und zahlreiche Gespräche mit Multiplikatoren auf Bundes- und Länderebene geführt. Auch die Ergebnisse intensiver Lobbyarbeit der Zahnärzteschaft als kleiner Interessengruppe spiegeln sich im Abstimmungsverhalten der Delegierten in Bundestag und Bundesrat wider und sorgten in beiden parlamentarischen Gremien für viele Gegenstimmen und Änderungsanträge. Letztlich aber nahm mit Bundesgesundheitsministerin Schmidt das GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz alle parla-

mentarischen Hürden und trat wie geplant zum 01.04.2007 in Kraft.

Zu den Auswirkungen des Basistarifes, der im Bereich der Privaten Krankenversicherer zum 01.01.2009 eingeführt werden wird und der eine Begrenzung der Liquidierung zum 2,0-fachen GOZ-Satz vorsieht, wurde im Frühjahr ein Gespräch mit Vertretern des Landesverbandes der



Privaten Krankenversicherer geführt, um Näheres über die Ausgestaltung des Leistungskataloges und die Anzahl der zukünftigen Inanspruchnehmer des Basistarifes zu eruieren und um gezielt intervenieren zu können. Es gilt in diesem Zusammenhang mit effektiven und praktischen Aktionen diejenigen Patienten, die beabsichtigen in den Basistarif zu wechseln, über die Auswirkungen ihrer Entscheidungen und dem damit verbundenen reduzierten Leistungsanspruchs adäquat aufzuklären.

## **Novellierung des Versicherungsvertragsgesetzes**

Ganz im Schatten der GKV-Reform steht die Novellierung des Versicherungsver-

### **Vorstand der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg**

**Mitglieder kraft Wahl durch die  
Vertreterversammlung**

**Dr. Udo LENKE, Vaihingen, Präsident**  
**Dr. Antoinette RÖTTELE, Weil am Rhein, stv. Präsidentin**  
**Dr. Gerhard CUBE, Stuttgart**  
**Dr. Bernhard JÄGER, Mannheim**  
**Dr. Helmut WELLER, Pfullingen**

**Mitglieder kraft Amtes als Vorsitzende  
der Bezirks Zahnärztekammern**

**Dr. Bernd BORCKMANN, Heidelberg**  
**Dr. Konrad BÜHLER, Eislingen**  
**Dr. Wilfried FORSCHNER, Biberach**  
**Dr. Joachim SCHWALBER, Freiburg**



tragsgesetzes (VVG), das voraussichtlich zum 01. 01. 2009 in Kraft treten soll und den Vorstand ebenfalls seit Anfang des Jahres beschäftigt.



Insbesondere die in § 192 VVG Abs. 3 den Versicherern eingeräumten Spielräume bei Kostenentscheidungen stellen unverhältnismäßige Eingriffe in das Arzt-

Patientenverhältnis dar und sind für Patienten und Ärzte unzumutbar.

Neben der Intervention auf Bundesebene hat der Vorstand der Landeszahnärztekammer einen Entwurf zu einem „Maßnahmen- und Ablaufplan zur Änderung des Versicherungsvertragsgesetzes sowie zur GOZ-Novellierung“ erarbeitet, der mögliche Aktivitäten und gezielte Hilfestellungen für die Kollegenschaft beinhaltet und die damit verbundenen haushalterischen Auswirkungen aufzeigt. In diesem Kontext beschloss der LZK-Vorstand, dass der GOZ-Ausschussvorsitzende Dr. Borckmann diesen Maßnahmen- und Ablaufplan in seinem Bericht der LZK-Vertreterversammlung im Dezember 2007 präsentieren wird.

### **Leitlinien – nützlich oder eine Gefahr für den Berufsstand?**

Ende März lud der Kammervorstand zusammen mit dem Vorstand der Kassenzahnärztlichen Vereinigung zahlreiche

Experten zu einer Klausurtagung nach Stuttgart ein, um über den Nutzen und die Gefahren von Leitlinien und deren Anwendung im Praxisalltag zu diskutieren.

Bemängelt wurde vom LZK-Vorstand die Tatsache, dass bei der bisherigen Leitlinienerstellung

die niedergelassene Kollegenschaft zu wenig in den Erstellungsprozess einbezogen werde. Die Vertreterin der Kölner Zentralstelle Qualitätssicherung, Barbara Bergmann-Krauss, betonte, dass seit diesem Jahr für die Niedergelassenen im Internet die Möglichkeit bestehe, vor Veröffentlichung der Leitlinie intern eigene Diskussions- und Lösungsvorschläge zu unterbreiten, die in den wissenschaftlich orientierten Entscheidungsprozess einfließen würden.



Eingeladen war unter anderem auch der Präsident der Schweizer Zahnärztesgesellschaft SSO, Dr. Ulrich Rohrbach, der über die positiven Erfahrungen der Schweizer Kollegenschaft mit ihren selbst initiierten Qualitätsleitlinien berichtete. Diese ermöglichen den Schweizer Zahnärztinnen und Zahnärzten eine fachliche Standortbestimmung und haben gegenüber der Politik eine Schutzfunktion.

#### **ZUSTÄNDIGKEIT IN DER LZK-GESCHÄFTSSTELLE**

**Axel MAAG**  
**Friederike FRITZ**  
**Rocco NEMITZ**  
**Thorsten BECK**  
**Andrea MADER**

Leitlinien in der Zahnmedizin sind laut Auffassung von Prof. Dr. Elmar Hellwig, Universitätsklinik Freiburg, deshalb sinnvoll, weil sie die Zahnmedizin

wissenschaftlich stärker in die Medizin integrieren. Zudem wären sie wissenschaftlich

evident und würden dem Praktiker die Möglichkeit geben, die

wissenschaftliche Informationsflut effizienter zu bewältigen. Indem bestehende wissenschaftliche Studien und Berichte nachhaltig evaluiert und qualitativ verbessert würden, hätten Leitlinien auch zum Ziel, der Rationierungspolitik im Gesundheitswesen wissenschaftliche Fak-



ten und Argumente demonstrativ entgegen zu stellen.



Prof. Dr. Johannes Einwag vom Zahnmedizinischen Fortbildungszentrum Stuttgart brachte seine Sorge um die Gefahr des Missbrauchs von

Leitlinien durch Gesundheitsökonomien und Juristen im Sinne von „Handlungsanweisungen“ für den konkreten Einzelfall zum Ausdruck. Zugleich würden Leitlinien sehr schnell veralten und könnten

deshalb den Anspruch, wissenschaftlich „up to date“ zu sein, nur durch permanente Aktualisierung aufrechterhalten.

Nach Ansicht von Dr. Ulrich Paschen vom Hamburger Institut für Qualitätssysteme sollten Leitlinien den Anspruch aufgeben, die Angemessenheit einer Therapieentscheidung im Einzelfall regeln zu wollen. Letztlich beruhe die Autorität von Leitlinien aber auf der breiten Anerkennung durch Zahnärzte und Patienten.

Nach den Ausführungen des Juristen Prof. Dr. Jochen Taupitz bestünde die Möglichkeit, dass Leitlinien verbindlichen Rechtscharakter erlangen könnten, sobald sie in einer Verordnung durch ein Recht setzendes Organ ausgeführt würden. Allerdings bedürfen Leitlinien, die in der Regel den „Normalfall“ fokussieren, im Falle einer juristischen Auseinandersetzung immer einer Prüfung und Abwägung bezüglich des Einzelfalls.

### **Honorarordnung der Zahnärzte – Alternative zum Regierungsentwurf**

Auf der Bundesversammlung der Bundeszahnärztekammer wurde im Januar 2007 den Delegierten die Honorarordnung der Zahnärzte, kurz HOZ, präsentiert. Auf Grundlage der zahnmedizinisch-wissenschaftlichen Neubeschreibung einer präventionsorientierten Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde, auf Basis der arbeitswissenschaftlichen BAZ-II-Studie sowie als Ergebnis der ökonomischen Bewertung durch das unabhängige Schweizer-Prognosis-Institut stellt die HOZ somit den einzigen sachgerechten Entwurf einer zahnärztlichen Gebührenordnung und zugleich die zahnärztliche Al-

ternative zum Referentenentwurf des Bundesministeriums für Gesundheit dar. Denn nur die HOZ berücksichtigt wissenschaftlich validierte und betriebswirtschaftlich kalkulierte Faktoren, die vor dem Hintergrund einer weiteren Absenkung des Honorarniveaus verhindert, dass sich in immer mehr Praxen die wirtschaftliche Situation weiter verschärft und zugleich das Versorgungsniveau bedroht wird.

Ende Mai des Jahres besuchte der LZK-Vorstand die Bundeszahnärztekammer in Berlin und forderte den BZÄK-Vorstand zum wiederholten Mal eindringlich auf, die Öffentlichkeitsarbeit zum Thema HOZ zu forcieren und sowohl intern für die Kollegenschaft als auch extern für die Öffentlichkeit professioneller und transparenter zu vermitteln.



Dies trug sicherlich mit dazu bei, dass Mitte September von der Bundeszahnärztekammer in Berlin ein Strategie-Workshop für die Pressereferentinnen und Pressereferenten der Länderkammern durchgeführt wurde, bei der unter Begleitung und professioneller Hilfe der PR-Agentur Hill & Knowlton ein zielgruppenspezifisches Kommunikationskonzept

für die weitere einheitliche Argumentation zur HOZ erarbeitet wurde. Auf dieser Basis führte dann Mitte Oktober die Bun-



deszahnärztekammer gemeinsam mit der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung eine Koordinierungskonferenz für die Presseleute der Länderkammern und der Kassenzahnärztlichen Vereinigungen durch, bei der die Ergebnisse des Berliner Workshops überprüft und weitere berufspolitische Maßnahmen festgelegt wurden.

Die genannten Maßnahmen waren notwendig, um Hintergründe und Wesen der HOZ besser zu verstehen und nach außen hin „mit einer Sprache“ klar, verständlich und je nach Zielgruppe besser kommunizieren zu können. Dazu leistet der entstandene Fragen-Antwort-Katalog zur HOZ-Thematik, der zusammen mit der PR-Agentur erarbeitet wurde, einen wertvollen Beitrag für die weitere Diskussion mit Politikern, Medien, Patienten sowie innerhalb des zahnärztlichen Berufsstandes.

## Novellierung der zahnärztlichen Gebührenordnung

Die Novellierung der Gebührenordnung Zahnärzte (GOZ) gehört zu den wichtigsten Entscheidungen für die Zukunft der Zahnärzteschaft. Der erste „vertrauliche“ Entwurf des Bundesministeriums für Gesundheit sowie begleitende Briefe von Staatssekretärin Caspers-Merk, die Mitte



des Jahres erschienen und eine „Bematisierung“ der GOZ thematisieren, bestätigten die negativen Vorahnungen des LZK-Vorstandes. Bereits auf

der außerordentlichen Vertreterversammlung der Landeszahnärztekammer im Juli legte der Vorstand den Delegierten drei politische Resolutionen vor, in denen der Unmut über den vorliegenden GOZ Entwurf des BMG sowie über die Änderungen im Versicherungsvertragsgesetz klar artikuliert wurde.

Da die Gebührenordnung für Zahnärzte eine Rechtsverordnung darstellt, muss sie zwar nicht den parlamentarischen Entscheidungsprozess im Bundestag durchlaufen, sie ist aber zustimmungspflichtig durch den Bundesrat. Der Entscheidungsprozess um die neue GOZ, die voraussichtlich Mitte 2008 vorliegen soll, geht jetzt in die heiße Phase. In diesem Kontext ist die Lobbyarbeit auf Länderebene zu intensivieren. Aus diesem

Grund wurden bereits Gespräche mit Parlamentariern aller Parteien des Landtags von Baden-Württemberg sowie mit dem Fachreferat des zuständigen Ministeriums für Arbeit und Soziales geführt, um die Mängel des derzeitigen GOZ-Entwurfes des Bundesministeriums für Gesundheit offen zu legen und die HOZ als bessere Alternative einer Gebührenordnung im Vergleich zum vorliegenden GOZ-Entwurf zu kommunizieren.

Entsprechend der Vorgehensweise zum Versicherungsvertragsgesetz wird der GOZ-Ausschussvorsitzende der Landeszahnärztekammer, Dr. Bernd Borckmann, den genannten Maßnahmen- und Ablaufplan zu GOZ-Fragen in seinem Bericht der LZK-Vertreterversammlung im Dezember 2007 präsentieren.



## Qualitätsmanagement – liberale und individuelle Regelung

Die im November 2006 vom Gemeinsamen Bundesausschuss beschlossene Richtlinie für das Qualitätsmanagement (QM) in der vertragszahnärztlichen Versorgung verpflichtet die Vertragszahnärzte bundesweit bis Ende 2010 ein einrichtungsinternes QM-System einzuführen, betriebliche Ablaufprozesse und Kompetenzen besser zu strukturieren und damit die Patientenzufriedenheit sowie die individuelle Entwicklung der Praxis zu för-

dem. Die QM-Richtlinie ist von großer Liberalität gekennzeichnet. Charakteristisch dabei ist die Orientierung am Qualitätskreislauf sowie die Verpflichtung zur Dokumentation des ganz individuell gestaltbaren QM-Systems. Eine Zertifizierung der Praxen wird nicht ausdrücklich gefordert, ist aber möglich.

Die Kassenzahnärztliche Vereinigung in Baden-Württemberg, die die Aufgabe hat, bei zwei Prozent der Zahnarztpraxen im Land die Dokumentationen zu prüfen, sowie die Landeszahnärztekammer führen vor diesem



Hintergrund seit Mitte des Jahres landesweit gemeinsame Informationsveranstaltungen zum QM durch. Darüber hinaus wird die seit Jahren mit großem Erfolg durchgeführte QM-Fortbildung im

Bereich Karlsruhe, die ein mehrstufiges Fortbildungskonzept mit Seminaren und Workshops beinhaltet, jetzt auch im Bereich der BZK Stuttgart angeboten.

Insgesamt gesehen ist es das Ziel des LZK-Vorstandes, der Kollegenschaft „Hilfe zur Selbsthilfe“ anzubieten. Dabei wird eine liberale Umsetzung der Richtlinie ohne Restriktionen und Kontrolle stattfinden, so wie dies der LZK-Vorstand in einem Positionspapier dargelegt hat.

## Satzungsänderungen – im Interesse der Kammermitglieder

Einen größeren Raum der Vorstandsarbeit nahm in diesem Jahr das Thema Satzungsänderungen ein. Auf Grund der Novellierung des Heilberufekammergesetzes zum Februar und Oktober dieses Jahres, sah sich der Vorstand veranlasst, den Satzungsausschuss mit einer grundlegenden Überarbeitung der aus dem Jahre 1977 stammenden LZK-Satzung sowie einer Reihe weiterer Ordnungen zu beauftragen.

In Vorbereitung auf die außerordentliche LZK-Vertreterversammlung im Juli dieses Jahres, deren Ziel es sein sollte, sich



ausdrücklich mit Satzungsfragen zu beschäftigen, wurden durch den Satzungsausschuss eine Reihe von Änderungsvorschlägen

zur LZK-Satzung, den Geschäftsordnungen von Vorstand und Vertreterversammlung sowie zu Melde-, Gutachter- und Wahlordnung erarbeitet und dem Vorstand vorgelegt.

In diesem Kontext betonte der LZK-Vorstand, dass es bei der Arbeit an Satzungen und Ordnungen nicht um Knebelungen und Einengungen der Kammermitglieder gehe, sondern darum, neue und verbesserte Wege und Möglichkeiten, die der Gesetzgeber der standespolitischen Selbstverwaltung eröffnet, im

Interesse der Kammermitglieder erfolgreich umzusetzen.

Auf Grund wichtigerer Entscheidungen konnten bei der außerordentlichen LZK-Vertreterversammlung im Juli die vorgelegten Satzungsänderungen nicht beraten und verabschiedet werden, sondern wurden auf die LZK-Vertreterversammlung im Dezember vertagt.

### **Weiterbildung Fachzahnarzt und die Entwicklung postgradualer Masterstudiengänge**

Bereits seit einiger Zeit beschäftigt sich der LZK-Vorstand auch mit den immer häufiger an den Universitäten des Landes angebotenen postgradualen Masterstudiengängen. Diese gehören in den Bereich der Fortbildung und stellen nach Auffassung des LZK-Vorstandes deshalb keine Schwächung des Staatsexamens dar. Unbestritten ist zudem, dass die berufsbegleitenden postgradualen Masterstudiengänge einerseits im Vergleich zur strukturierten Fortbildung höherwertiger zu bewerten sind, andererseits aber deutlich unter der Weiterbildung zum in Vollzeit zu absolvierenden Fachzahnarzt als der höchsten Qualifikationsstufe liegen. Damit die Kammer die Nachfrage nach postgradualen Masterstudiengängen ermitteln kann, schlug der Vorsitzende des Arbeitskreises „Masterstudiengänge/ Weiterbildung“ Dr. Gerhard Cube vor, dazu eine Kammerumfrage zu starten. Der LZK-Vorstand befürwortete diesen Vorschlag und beschloss mit großer Mehrheit, die Kammerumfrage nach der Sommerpause durchzuführen. Mit ersten Ergebnissen wird im Frühjahr 2008 zu rechnen sein.

Nach anfänglicher Skepsis hat sich beim LZK-Vorstand die Meinung durchgesetzt, die Landesuniversitäten im Bereich Zahnmedizin bei der Etablierung berufsbegleitender postgradualer Masterstudiengänge im Rahmen der Möglichkeiten zu unterstützen.

Im Kontext effizienter Vernetzung von Fort- und Weiterbildung stellt sich zudem die Frage, inwieweit die Inhalte und Ziele postgradualer Masterstudiengänge auf die Weiterbildung zum Fachzahnarzt angerechnet werden können. Dazu ist eine enge inhaltliche Abstimmung zwischen den zahnärztlichen Landesuniversitäten und der Landes Zahnärztekammer ebenso erforderlich wie die Novellierung der Weiterbildungsordnung der Kammer, die auf Grund der Ratifizierung der EU-Berufsanerkennungsrichtlinie in nationales Recht im kommenden Jahr ohnehin einer Überarbeitung bedarf.



### **EDV-Konzept der Landes Zahnärztekammer – mehr Effizienz und Einheitlichkeit**

Die LZK-Vertreterversammlung erteilte im letzten Dezember dem LZK-Vorstand den Auftrag bis Ende 2007 „...ein strategisches EDV-Konzept mit zukünftiger Aufgabenstellung und dem damit verbundenen Investitionsvolumen zu erstellen.“ Der Vorstand gründete dazu einen Arbeitskreis. Unter dem Vorsitz des EDV-Kammerreferenten Dr. Wilfried Forscher hat dieser Arbeitskreis, dem auch die

BZK-Geschäftsführer sowie die Mitarbeiter der EDV-Abteilung der Landeszahnärztekammer angehören, sich intensiv mit der Thematik auseinandergesetzt und ein EDV-Konzept erarbeitet, dass dem LZK-Vorstand auf den Klausurtagungen im September und Oktober vorgelegt und vom LZK-Vorstand beschlossen wurde. Mit dem fertig gestellten EDV-Konzept hat der LZK-Vorstand somit seinen Auftrag der letzten Vertreterversammlung pflichtgemäß erfüllt.



### **AG Gesundheits- und Sozialpolitik – für eine intensive Lobbyarbeit**

Die Arbeitsgruppe Gesundheits- und Sozialpolitik (AG GUS), bestehend Dr. Udo Lenke, Dr. Joachim Schwalber, Dr. Bernhard Jäger und Johannes Clausen, wurde vom LZK-Vorstand Anfang 2006 ins Leben gerufen und tagte in diesem Jahr sieben Mal.

Die AG GUS hat die Aufgabe, relevante gesundheits- und standespolitische Themen für den Vorstand konzeptionell zu erarbeiten, antizipative Lösungsvorschläge vorzubereiten sowie im Auftrag des Vorstands Gespräche mit gesundheitspolitischen Multiplikatoren auf Bundes- und Länderebene zu führen.

Nach dem zum 1. April das GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz in Kraft

getreten ist, das unter anderem die Einführung eines Basistarifs in der Privaten Krankenversicherung vorsieht, bestand dringender Gesprächsbedarf in Bezug zur Einführung des Basistarifes in der Privaten Krankenversicherung, der mit negativen Auswirkungen auf die Zahnärzteschaft verbunden ist. In Gesprächen mit dem CDU-Fraktionschef Stefan Mappus, Landtag Baden-Württemberg, dem Konstanzer Bundestagabgeordneten Peter Friedrich, Mitglied im Gesundheitsausschuss, mit Ulrich Stenger, Vorsitzender des Landesverbandes der privaten Krankenkassen, sowie mit Volker Stich, Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes Baden-Württemberg, wurden beispielsweise Fragen der Ausgestaltung des Basistarifes und der zu erwartenden Auswirkungen auf Patienten und Zahnärzte thematisiert. Auch die Änderungen zum Versicherungsvertragsgesetz, insbesondere was die Ausweitung der Spielräume der PKV in § 193 VVG betrifft, wurden intensiv erörtert. Zwecks kollegialer und fachlicher Verstärkung wurden zu den Gesprächen je nach Thematik auch der GOZ-Ausschussvorsitzende Dr. Bernd U. Borckmann und der Bundesvorsitzende des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte, Dr. Karl-Heinz Sundmacher, als Gäste eingeladen. Mitte Juli fand in Berlin ein Gespräch mit dem Präsidenten der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, Dr. Dieter Hundt, statt, das zum Ziel hatte, wichtige gesundheitspolitische Grundsatzpositionen aus Sicht Baden-Württembergs auf Bundesebene zu präsentieren. Ebenfalls einen hohen Stellenwert nahmen die Gespräche im Kontext der anstehenden Novellierung der Zahnärztlichen Gebüh-

renordnung ein, die mit dem Vorsitzenden der FDP/ DVP-Landtagsfraktion Dr. Ulrich Noll, der gesundheitspolitischen Sprecherin der SPD-Fraktion im Landtag, Ulla Haußmann, sowie mit leitenden Ministerialbeamten der zuständigen Fachabteilung im Ministerium für Arbeit und Soziales des Landes geführt wurden.

Neben der Bearbeitung von Stellungnahmen der Bundeszahnärztekammer, der Vorbereitung der Gespräche mit den Multiplikatoren sowie der Präsentation der Ergebnisse im LZK-Vorstand, diskutierte der Arbeitskreis erstmals im Oktober den Entwurf eines Maßnahmen- und Ablaufkataloges zur GOZ-Novellierung und VVG-Änderung in Bezug auf die Prüfung effizienter und gezielter Unterstützungsmöglichkeiten für die Kollegenschaft, der der LZK-Vertreterversammlung im Dezember vorgestellt wird.

Da sowohl die GOZ-Novellierung als auch das Versicherungsvertragsgesetz frühestens Mitte 2008 bzw. Anfang 2009 in Kraft treten sollen, gilt es weiterhin, intensive Lobbyarbeit auf Länderebene zu leisten und im politischen Entscheidungsprozess unsere standespolitischen Interessen offensiv und mit hoher Überzeugungskraft den zuständigen Politikern zu vermitteln.

### **Klausurtagung ‚Interne Kommunikation‘ mit Weltschiedsrichter Dr. Markus Merk**

Am 7. Juli führte der LZK-Vorstand eine Klausurtagung zum Thema ‚interne Kommunikation‘ durch. Als Referent konnte Dr. Markus Merk gewonnen werden.







# Vertreterversammlung

Neben Vorstand, Umlageausschuss und Landesberufsgericht für Zahnärzte gehört die Vertreterversammlung zu den alle vier Jahre zu wählenden vier Organen der Kammer. Nach § 12 der Satzung der Landeszahnärztekammer entscheidet sie über alle Angelegenheiten der Kammer und fasst insbesondere Beschlüsse zum Erlass und zur Änderung von Satzungen, Statuten und Ordnungen, sie stellt den Haushaltsplan fest und legt die Höhe des Kammerbeitrags fest.

Zur Wahrnehmung dieser ihr per Heilberufe-Kammergesetz zugestandenen Aufgaben tagte die Vertreterversammlung im Berichtszeitraum zu ihrer ordentlichen Vertreterversammlung im Dezember 2006 sowie im Juli 2007 zu einer außerordentlichen Vertreterversammlung.

## Ordentliche Vertreterversammlung

„Konstruktiv und einheitlich in der Sache“, befand LZK-Präsident Dr. Udo Lenke über den Ablauf der Vertreterversammlung am 8. und 9. Dezember 2006 in Stuttgart. Einigkeit herrschte unter den Delegierten vor allem in der Ablehnung der GKV-Reform. „Diese GKV-Reform ist und bleibt Makulatur“ – diese Feststellung von LZK-Präsident Dr. Udo Lenke wurde von den Delegierten mit großem Applaus bedacht. Welche Kräfte der zahnärztliche Berufsstand und die Landeszahnärztekammer im Besonderen gegen diese Makulatur mobilisierten, dominierte sowohl den Bericht des Präsidenten als auch den der stellvertretenden Präsidentin.

Im Rahmen der sich anschließenden gesundheitspolitischen Diskussion über

das GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz, bewirkten die Delegierten mit zwei Anträgen eine intensive Debatte über den Hauptkritikpunkt der Zahnärzteschaft am Gesetzesentwurf – nämlich die Verpflichtung der privaten Krankenversicherung zur Einführung eines Basistarifs in der GOZ.



Mit dem einstimmig angenommenen ersten Antrag lehnte die Vertreterversammlung die Einführung eines Basistarifs in der PKV als politisch motivierten Eingriff in funktionierende Versicherungsstrukturen ab. Nach Auffassung der Vertreterversammlung ist damit ein Systembruch verbunden, da systemfremde Elemente des umlagefinanzierten GKV-Systems in ein Versicherungssystem, das auf der Grundlage der Ermittlung des individuellen Krankheitsrisikos basiert und über Kapital gedeckte Rücklagen verfügt, implantiert würde. Die Vertreterversammlung forderte mit ihrem Antrag die Landesregierung Baden-Württemberg auf, die Lösung des Basistarifs der PKV vom Sicherstellungsauftrag des SGB V unter Beibehaltung der GOZ als Vergütungsgrundlage zu präferieren.

Darüber hinaus machte die Vertreterversammlung von ihrem Haushaltsrecht

## DELEGIERTE DER VERTRETERVERSAMMLUNG

Dr. Georg BACH • Dr. Konstantin BAER • Dr. Bert BAUDER • Dr. Bernd Ulrich BORCKMANN • Alfred BRAIG • Dr. Konrad BÜHLER • Dr. Jürgen CAROW • Dr. Gerhard CUBE • Dr. Dr. Hans Thomas EICHE • Prof. Dr. Johannes EINWAG • Dr. Dr. Helmut EISELE • Dr. Norbert ENGEL • Dr. Rüdiger ENGEL • Dr. Wilfried FORSCHNER • Dr. Conrad GAST • Prof. Dr. Dr. Gernot GÖZ • Dr. Foelko GRUNERT • Dr. Wolfgang GUTERMANN • Dr. Robert HEIDEN • Prof. Dr. Elmar HELLWIG • Dr. Eva HEMBERGER • Dr. Bernhard JÄGER • Dr. Manfred JOOS • Dr. Alfred KIMMICH • Dr. Bernd KRÄMER • Prof. Dr. Gisbert KREKELER • Dr. Peter KUTTRUFF • Dr. Edgar LAUSER

Gebrauch und genehmigte die Gesamtbilanz 2005 zur Reduzierung der Haushaltsanforderungen für das Jahr 2007 sowie die Verwendung der erzielten Mehreinnahmen der Landeszahnärztekammer, der Bezirkszahnärztekammern und der Fortbildungseinrichtungen in Stuttgart und Karlsruhe und entlastete Vorstand und Geschäftsführung der Landeszahnärztekammer, die Verwaltungsräte der Fortbildungseinrichtungen und den Umlageausschuss. Die Delegierten genehmigten auch den Haushaltsplan 2007 der LZK und der Bezirkszahnärztekammern sowie die Beitragstabelle für das Jahr 2007.



### **Im Gedenken an Professor Heners**

Ungeachtet aller berufspolitischen und haushalterischen Beratungen und Beschlussfassungen stand die Vertreterversammlung ganz im Zeichen der Trauer um den langjährigen Direktor der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe und Mitglied der Vertreterversammlung, Professor Dr. Michael Heners, der völlig unerwartet am Sonntag, 3. Dezember 2006 verstarb. Die Delegierten gedachten Michael Heners mit einer Schweigeminute. LZK-Präsident

Dr. Udo Lenke würdigte Prof. Dr. Heners als hoch angesehenen und über die Maßen anerkannten Wissenschaftler und Zahnarzt und einen Visionär standespolitisch verantworteter Fortbildung, der wie kein anderer Stil, Wissenschaft und Gesellschaft miteinander zu verbinden vermochte.

### **Außerordentliche Vertreterversammlung**

Eigentlich war die außerordentliche Vertreterversammlung am 21. Juli 2007 der Satzungsarbeit vorbehalten. Angesichts der einschneidenden gesundheitspolitischen Reformen forderte der Präsident die Delegierten durch seinen „Bericht zur gesundheitspolitischen Lage“ zur politischen Diskussion auf. Von ihrem originären Recht, Satzungen zu erlassen, werden die Delegierten erst bei der ordentlichen Vertreterversammlung am 7. und 8. Dezember 2007 Gebrauch machen.

Im Mittelpunkt der politischen Analyse des Präsidenten standen das zum 1. April in Kraft getretene GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz, das am 5. Juli vom Bundestag verabschiedete Versicherungsvertragsgesetz (VVG) sowie die mit der anstehenden Novellierung der zahnärztlichen Gebührenordnung für die Zukunft der Zahnärzteschaft wichtigste Entscheidung.

Die Vertreterversammlung genehmigte außerdem den Anstellungsvertrag von Professor Dr. Winfried Walther als Leiter der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe. Professor Walther hat die Nachfolge des verstorbenen Professor Dr. Michael Heners zum 1. August als Direktor angetreten.

### **DELEGIERTE DER VERTRETERVERSAMMLUNG**

**Dr. Udo LENKE • Dr. Manfred LIEKEN • Dr. Uwe LÜCKGEN • Dr. Renate LÜLLWITZ-HOCH • Prof. Dr. Ralph G. LUTHARDT • Dr. Klaus Otto A. LUX • Dr. Burkhard MAAGER • Dr. Ute MAIER • Dr. Ulrich MEIBNER • Dr. Eberhard MONTIGEL • Dr. Klaus PRINZ • Dr. Hendrik PUTZE • Dr. Klaus-Peter RIEGER • Dr. Antoinette RÖTTELE • Dr. Christian SCHEYTT • Dr. Dr. Heinrich SCHNEIDER • Dr. Helmut SCHÖNBERG • Dr. Frank SCHUH • Dr. Joachim SCHWALBER • Prof. Dr. Dr. Hans Jörg STAEHLE • Dr. Bernd STOLL • Dr. Norbert STRUB • Dr. Karl-Heinz SUNDMACHER • Dr. Torsten TOMPERT • Dr. Helmut WELLER • Dr. Hans Hugo WILMS • Dr. Jan WILZ • Dr. Dr. Manfred WOLF • Dr. Hans-Peter ZIMMERER**

**RESOLUTION**  
**der Vertreterversammlung der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg**  
**zum Basistarif**

Der durch das „GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz“ installierte Basistarif in der privaten Krankenversicherung (PKV-Basistarif) ist der gewollte Einstieg in die Bürgerversicherung. Ein Basistarif mit Kontrahierungszwang, limitierten Beiträgen und unbegrenzten Leistungsversprechen widerspricht privatrechtlichen Grundsätzen.

Der für Zahnärzte und Ärzte geltende Behandlungszwang ohne Sicherstellung mindestens einer Kostendeckung verstößt gegen das Grundrecht auf freie Berufsausübung. Die Verpflichtung privat Versicherter zur Bezuschussung illiquider Basistarifteilnehmer bricht mit dem Vertrauensschutz im Vertragsrecht und führt zur Ausbeutung der Privatversicherten.

Die Vertreterversammlung der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg fordert die Vorstände der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung und der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg und alle anderen Vorstände der Kassenzahnärztlichen Vereinigungen im Bundesgebiet, die per Gesetz die Sicherstellung der Versorgung für die PKV-Basistarife über Verträge mit dem PKV-Verband gewährleisten sollen, auf, sich nicht an der Zerstörung des PKV-Systems und der sozialrechtlich begründeten Unterminierung unserer Grundrechte zu beteiligen.

Stuttgart, den 21.07.2007

**RESOLUTION**  
**der Vertreterversammlung der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg**  
**zur Änderung des Versicherungsvertragsgesetzes (VVG)**

Die Vertreterversammlung der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg warnt eindringlich vor den gravierenden Auswirkungen der am 5. Juli 2007 vom Bundestag verabschiedeten Reform des Versicherungsvertragsgesetzes (VVG) auf die Struktur der privaten ambulanten Krankenversorgung in Deutschland.

Mit in Kraft treten des Gesetzes zum 1. Januar 2008 wird die bisherige Trennung von Behandlungsvertrag und Versicherungsvertrag und damit auch die bisherige Trennung der Rechtskreise Patient - Zahnarzt einerseits und Versicherter - Versicherung andererseits politisch bewusst verlassen. Ohne jeden Zweifel wird damit den privaten Krankenversicherungen per Gesetz die Möglichkeit eingeräumt, in das Verhältnis zwischen Zahnarzt und Patient nachhaltig einzugreifen.

Die höchst bedenklichen „Dienstleistungen der Versicherungen“ in § 192 Abs. 3 VVG sollen ein Instrument zur Steuerung der Kostenentwicklung sein. Das Justizministerium ließ sich dabei von der irrigen Ansicht leiten, es sei ein Mangel der PKV, dass der Versicherer keine direkten Vertragsbeziehungen mit dem „Leistungserbringer“ habe. Letztlich zielt § 192 Abs. 3 VVG also darauf ab, „Segnungen“ der GKV in der PKV zu etablieren; die mit § 192 Abs. 3 Ziffer 5 VVG mögliche Sachleistung ist der eindeutige Beweis für diese Nivellierung. Die Landeszahnärztekammer fordert darum eindringlich jeden einzelnen Zahnarzt auf, bei der möglichen „unmittelbaren Abrechnung“ immer den Patienten mit einzubeziehen und nicht der Verlockung der Direktabrechnung mit der Privaten Krankenversicherungsgesellschaft zu erliegen.

Des Weiteren ist aufgrund § 192 Abs. 3 VVG die Etablierung von Managed Care-Strukturen im PKV-Bereich zu erwarten. So ist denkbar, dass Versicherungen darauf hinwirken, dass von ihr empfohlene Ärzte und Zahnärzte nur einen bestimmten Leistungsumfang erbringen, der sich mit dem deckt, was die Versicherung für medizinisch notwendig erachtet mit eindeutiger Schwächung der Position der versicherten Patienten. Die Landeszahnärztekammer fordert darum im Hinblick auf den Patientenschutz eindringlich jeden einzelnen Zahnarzt auf, sich nicht an solchen Managed Care-Strukturen zu beteiligen und nicht der Verlockung der einfachen Patientenaquisition durch die PKV zu erliegen.

Die Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg weist im Übrigen darauf hin, dass die Beratung über medizinische Leistungen bereits Teil der Ausübung der Zahnheilkunde ist. Soweit Sachbearbeiter von Krankenver-

sicherungen ohne zahnärztliche oder ärztliche Approbation solche Beratungen vornehmen ist dies eine unerlaubte Ausübung der Heilkunde und als solche strafbewehrt. Auch die Rechtsberatung durch private Krankenversicherungsunternehmen hinsichtlich der Berechtigung von Entgeltansprüchen ist in dieser Form rechtlich unzulässig.

Die Vertreterversammlung der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg hält es darum für ihre Pflicht, Patienten und Zahnärzte vor den Folgen der Ausweitung der Kompetenzen der PKV im Bereich des Leistungsvertragsrechtes eindringlich zu warnen.

Stuttgart, den 21.07.2007

**RESOLUTION**  
**der Vertreterversammlung der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg**  
**zum Entwurf des Bundesministeriums für Gesundheit zur neuen GOZ**

Die Vertreterversammlung der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg stellt fest, dass die „vertraulich“ gekennzeichnete „konsolidierte Fassung des Gebührenverzeichnisses auf der Grundlage der Arbeitspapiere der Arbeitsgruppe des BMG zur Novellierung der GOZ“ die schlimmsten Befürchtungen der Zahnärzteschaft bestätigt.

Bekräftigter Wille des BMG ist, dass der BEMA hinsichtlich der Leistungsbeschreibungen, der Abrechnungsbestimmungen und auch hinsichtlich der Bewertungsrelationen bestimmend für die neue GOZ sein wird. Damit soll das Ziel erreicht werden, in PKV und GKV bei vergleichbaren Leistungen auch vergleichbare Vergütungen zu schaffen. Das BMG ist nach wie vor nicht bereit, die HOZ - den fachlich fundierten Vorschlag der Zahnärzteschaft – als Grundlage einer GOZ-Novelle anzuerkennen. Der Entwurf ignoriert die von den Zahnärzten vorgelegte Beschreibung einer präventionsorientierten modernen Zahnmedizin und setzt sich über die betriebswirtschaftlich einwandfreien Berechnungen der Wirtschaftsberatungsfirma prognos GmbH hinweg, die unabhängig und wissenschaftlich einwandfrei belegt berechnet hat, was Zahnmedizin heute kosten muss. Im Widerspruch hierzu sieht der Entwurf vor, dass 2/3 der Gebührenpositionen der neuen GOZ den vergleichbaren Leistungen des BEMA entsprechen. Eine fundierte Bewertung der Auswirkungen der Leistungsbeschreibung ist erst dann möglich ist, wenn Paragraphenteil und Punktwert zur Verfügung stehen.

Die Vertreterversammlung der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg findet es skandalös, dass das GOZ-Novellierungsverfahren dem parlamentarischen Verfahren entzogen ist, zumal gleichzeitig politische und mit der Beihilfeverordnung fiskalische Interessen des BMG im Raum stehen. Darum fordert die Landeszahnärztekammer den Gesetzgeber auf, gemäß dem Zahnheilkundengesetz sowohl die berechtigten Interessen der Zahnärzte als auch die Interessen der Patienten/Versicherten beim Erlass der GOZ zu berücksichtigen.

Auch weist die Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg wiederholt darauf hin, dass der Gesetzgeber seit Jahren gegen den Grundsatz der regelmäßigen Anpassung – siehe Begründung zur GOZ (BR-Drucksache 267/87) – verstößt. Das BMG wird aufgefordert, nach 19 Jahren Stillstand die längst überfällige gebührenrechtliche Anpassung an die fachlich-medizinische und ökonomische Entwicklung der vergangenen Jahre vorzunehmen.

Angesicht der zu erwartenden BEMAtisierung der GOZ ist es umso wichtiger, den Zahnärzten die Augen für die eigene wirtschaftliche Situation zu öffnen und diesen ein Kalkulationsraster der praxisindividuellen betriebswirtschaftlichen Daten zur Verfügung zu stellen. Die Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg wird alles daran setzen, alle Praxen zeitnah und umfassend darüber zu informieren, welche Behandlungen unter solchen Umständen noch wirtschaftlich erbringbar wären. Sie warnt alle Praxen eindringlich davor, selbstausbeuterisch Leistungen zu erbringen, die durch die Honorierung nicht mit einem angemessenen Gewinn vergütet werden. Dazu wird die Landeszahnärztekammer alle rechtlich gangbaren Wege ausloten und den Praxen rechtssichere Handlungsvorgaben zur Verfügung stellen.

Stuttgart, den 21.07.2007

# Umlageausschuss

**G**emäß § 17 Abs. 1 Heilberufekammergesetz (HBKG) ist der Umlageausschuss neben Vorstand, Vertreterversammlung, Bezirks- und Landesberufsgerichten eines der



Organe der Kammer, deren Bestand kammerrechtlich zwingend vorgeschrieben ist. Was das, abweichend von anderen „Ausschüssen“, konkret bedeutet, hat der Umlageausschuss in diesem Jahr herausgearbeitet und mit dem Vorstand der Landes Zahnärztekammer ein Gespräch darüber geführt.

Die Organstellung ist eine durch Gesetz verliehene Rechtsstellung. Diese Rechtsposition kann dem Umlageausschuss nicht durch innerorganisatorische Maßnahmen entzogen, eingeschränkt oder von „dritter Seite“ wahrgenommen werden.

Diese Organstellung wird auch im § 5 Abs. 1 der LZK-Satzung wiederholt. Die Aufgaben des Umlageausschusses sind in den §§ 20, 23-28 des HBKG festgelegt.

Der Umlageausschuss gibt dem Vorstand und der Vertreterversammlung

unter anderem die notwendigen Informationen darüber, welche Entscheidungen welche finanziellen Auswirkungen haben. Dies gehört kraft Sachzusammenhang (Aufstellung des Haushaltsplanes) zu seinen gesetzlich zugewiesenen Aufgaben.

Über diese hervorgehobene Bedeutung des Umlageausschusses im Dienste der Kollegenschaft wurde auch im Zahnärzteblatt Baden-Württemberg (ZBW) Heft 07/2007 ausführlich berichtet und die Arbeit sowie die Mitglieder dieses Kammerorgans vorgestellt.

Im Rahmen ihres Amtes ist Dr. Eva Hemberger auch immer wieder als willkommener Gast zu Sitzungen des Vorstandes geladen, um über die Beratungen des Umlageausschusses zu berichten (siehe auch Berichterstattung im ZBW Heft 08/2007).



Der Umlageausschuss führte im Berichtsjahr 2007 fünf Sitzungen durch, davon eine Sitzung zusammen mit dem LZK-Vorstand. Außerdem fanden eine Schlussbesprechung mit der Prüfstelle der Bundeszahnärztekammer und jeweils eine Belegprüfung in der LZK-Geschäftsstelle, der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe und im

## MITGLIEDER

**Dr. Eva HEMBERGER, Heidelberg, Vorsitzende**  
**Dr. Foelko GRUNERT, Lörrach, stv. Vorsitzender**  
**Dr. Bert BAUDER, Mannheim**  
**Dr. Jürgen CAROW, Flein**  
**Dr. Christian SCHEYTT, Ulm**

## ZUSTÄNDIGKEIT IN DER LZK-GESCHÄFTSSTELLE

**Axel MAAG**  
**Ralf KRAFT**  
**Kathleen KAMPRATH**  
**Inge HÖLLMÜLLER**

Zahnärztlichen Fortbildungszentrum  
Stuttgart statt.

### **Die Landeszahnärztekammer – ein Schiff mit sieben Segeln**

Wie die einzelnen Segel zu einem Schiff gehören und dieses gut voranbringen, so sind LZK-Geschäftsstelle, Bezirkszahnärztekammern und Fortbildungseinrichtungen alle Teile eines großen Ganzen, nämlich der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg. So ist das auch im



Heilberufekammergesetz und der LZK-Satzung verankert.

Dies spiegelt sich auch in der vom Umlageausschuss auf Anregung von Dr. Eva Hemberger beschlossenen konsolidierten Bilanz wieder, die für Jahresabschlüsse ab 2007 verwendet werden soll und die bisherige summarische Zusammenfassung der Teilbilanzen ablöst.

Sinn und Zweck der konsolidierten Bilanz ist, dass die Gesamtbilanz nicht nur die Werte der LZK-Geschäftsstelle und der Bezirkszahnärztekammern umfasst, sondern auch die der Fortbildungseinrichtungen. Zwischen den einzelnen Buchhaltungen werden die Salden abgestimmt, so dass sich Forderungen und Verbindlichkeiten innerhalb der Landeszahnärztekammer bei der Zusammenführung ausgleichen. Die neue Darstellung ist leicht lesbar, da auf

einer Seite die gesamte Aktiva und Passiva dargestellt wird.

Die alte Darstellung wurde entschlackt, Überflüssiges entfernt und Ab- bzw. Verläufe innerhalb des Berichtsjahres in die Erläuterungen umgepackt.

Außerdem wurden die Bilanzmuster in Abstimmung mit der Prüfstelle der Gliederung nach Handelsgesetzbuch

(HGB) angepasst und Begrifflichkeiten geklärt und vereinheitlicht.

Alle Muster werden zukünftig den Verwaltungen der Bezirkszahnärztekammern und Fortbildungseinrichtungen online zur Verfügung gestellt.



### **Prüfstelle**

Der Umlageausschuss hat sich ausgiebig mit der Frage beschäftigt, ob auch künftig die Jahresabschlüsse der Kammer



aus kammerrechtlicher Sicht von der Prüfstelle der Bundeszahnärztekammer geprüft werden können.

Durch einen Personalwechsel bei der Bundeszahnärztekammer musste sichergestellt werden, dass

die künftige Prüforganisation die Anforderungen des Heilberufekammergesetzes in Baden-Württemberg erfüllt, die eine Prüfung durch einen Wirt-

schaftsprüfer verlangt. Die BZÄK-Prüfstelle arbeitet aus diesem Grund neuerdings mit der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Verhülsdonk & Partner in Köln zusammen. Der Umlageausschuss hat dieses Gespann nach Einholung alternativer Prüfangebote – insbesondere auch nach einer überzeugenden Prüfung und Schlussbesprechung in diesem Jahr – wieder mit der Prüfung für das nächste Jahr beauftragt.

### Jahresabschlüsse und Prüftätigkeit

Im Rahmen der Prüfung der Jahresabschlüsse der LZK, ihrer Untergliederungen und Einrichtungen hat sich der Umlageausschuss intensiv mit Abweichungen zu den Haushaltsanforderungen beschäftigt.

In diesem Zusammenhang wurde das Thema Controlling bei den Einrichtungen



ausführlich besprochen um auf Abweichungen frühzeitig, unmittelbar und zeitnah reagieren zu können. Auch monatliche betriebswirtschaftliche Auswertungen (BWA) führen zu rechtzeitiger Problemerkennung.

Der unterschiedliche Stand des Controllings bei den Fortbildungseinrichtungen wurde von der Akademie im Laufe des Jahres 2007 aufgeholt.

Auch der Stand der Rücklagen und Rückstellungen wurde vom Umlageaus-

schuss überprüft. Das Gutachten über die Rückstellung für betriebliche Altersversorgung wurde gemäß dem zweijährigen Turnus erstellt. Im Ergebnis ist der Rückstellungsbedarf für die betriebliche Altersversorgung auf Grund verschiedener Veränderungen im Personalstand abgesunken, so dass eine deutliche Überdeckung der Rückstellung festgestellt werden konnte.

Ein Teil dieser Überdeckung wurde zum Ausgleich des in der Vertreterversammlung 2006 auf Anregung der Umlageausschussvorsitzenden diskutierten negativen Vermögens in einer Teil-



bilanz der LZK verwendet. Gemäß einem Gutachten der WP-Gesellschaft Ernst & Young hatte sich der Minusbetrag durch eine Abweichung zwischen Aktiva und Passiva ergeben, die durch die Übertragung von Haus und Grundstück in die Teilbilanz des ZFZ offensichtlich wurde. Diese Abweichung war dadurch entstanden, dass die Auflösung der Investitionsrücklage für die Finanzierung des Umbaus des ZFZ zugunsten der Erfolgsrechnung das Jahresergebnis positiv beeinflusst hatte und zu Mehreinnahmen geführt hat. Diese Mehreinnahmen wurden damals vollständig den Rückstellungen für betriebliche Altersversorgung zugeführt.

Der Gutachter hatte ursprünglich einen Ausgleich über die Betriebsmittelrücklage empfohlen. Auf Nachfrage der Umlageausschussvorsitzenden und in Kenntnis



der Vorgeschichte und des neuen versicherungsmathematischen Gutachtens, stimmt der Gutachter aber dem Vorschlag von Dr. Eva Hemberger zu, den Ausgleich eben aus der Rückstellung zu vollziehen, in die 1998 die Mehreinnahmen geflossen sind. Die Rückstellungen bleiben trotzdem in Überdeckung, worauf die Prüfstelle in der Schlussbesprechung auch ausdrücklich und lobend hingewiesen hat.



Der Umlageausschuss votierte einstimmig für diese Lösung, die in vollem Einvernehmen mit dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates der ZFZ und dem Leiter des ZFZ getroffen wurde.

Der Vertreterversammlung wurde vorgeschlagen, die Mehreinnahmen aus dem Jahr 2006 analog den Vorjahren in den jeweiligen Teilhaushalten zu belassen.

Die Betriebs-, Wirtschafts- und Rechnungsführung 2007 der Kammer, ihrer Untergliederungen und Einrichtungen wurden vom Umlageausschuss unter Zuziehung der Prüfstelle der Bundeszahnärztekammer geprüft. Der Umlageausschuss hat dazu einen einheitlichen Ablaufplan für die Prüfung der Jahresab-

schlüsse, die Schlussbesprechung und den Prüfbericht beschlossen. Diese Flussdiagramme gehen als Anlage in die Richtlinien für die Prüftätigkeit des Umlageausschusses ein.

Über die Prüfungen wurden Prüfberichte erstellt, die mit den hinzugezogenen Prüfern in Anwesenheit von Mitgliedern des Vorstandes in der Schlussbesprechung behandelt wurden. Die Prüfstelle konnte bestätigen, dass auf Grund der bei der Prüfung gewonnen Erkenntnisse der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der LZK-Satzung und der hierzu ergangenen Richtlinien entspricht. Es haben sich keinerlei Beanstandungen ergeben. Die Prüfberichte konnten in der Zeit vom 05. bis 23. November 2007 bei der Geschäftsstelle der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg eingesehen werden.



In der LZK-Geschäftsstelle und in den beiden Fortbildungseinrichtungen, der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe und dem Zahnmedizinischen Fortbildungszentrum Stuttgart, wurde durch die Mitglieder des Umlageausschusses jeweils eine Belegprüfung

durchgeführt. Über die Belegprüfungen der BZK-Umlageausschüsse bei den Bezirkszahnärztekammern wurde im Umlageausschuss der LZK berichtet. Auch bei diesen Prüfungen haben sich keine Beanstandungen ergeben.

### **Haushalt und Kammerbeitrag**

Der Umlageausschuss hat sich im Berichtsjahr auch intensiv mit den Ansätzen für den Haushalt 2008 und dem daraus resultierenden Kammerbeitrag auseinandergesetzt. Für die gemäß Haushaltsrichtlinien der LZK vorgesehene, bislang nicht vorgelegte Investitionsplanung wurde ein Muster erstellt, nach dem künftig alle Teilbereiche der Landes Zahnärztekammer die, den in den Haushaltsanforderungen berücksichtigten Abschreibungsbeträgen zu Grunde liegenden, Anschaffungen mit dem benötigten Finanzierungsbedarf auflisten .



### **Geldanlagen**

Über die Geldanlagen wurde berichtet und Alternativen geprüft. Dies stand insbesondere unter den Vorzeichen der angekündigten Investitionen bei der

Fortbildungseinrichtung in Karlsruhe. Im Rahmen der regelmäßig stattfindenden Besprechungen der Geschäftsführer tauschen die Geschäftsführer der LZK-Geschäftsstelle und der BZKen regelmäßig die Zinskonditionen ihrer Geldanlagen miteinander aus.



### **Änderungen von Richtlinien, Ordnungen und Leitlinien mit haushalterischen Auswirkungen**

Der Umlageausschuss beschäftigte sich im laufenden Jahr mit folgenden Änderungen von Ordnungen und Richtlinien:

1. *Empfehlungen für Geldanlagen der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg*  
Die seit 1999 unverändert gültigen Empfehlungen wurden redaktionell geändert und die Bevollmächtigungen innerhalb des bevollmächtigten Personenkreises detaillierter geregelt.
2. *Leitlinie für die Anforderung von Haushaltsmitteln*  
Die Leitlinie wurde überarbeitet. Dabei erfuhren insbesondere die Regelungen zu Repräsentationskosten und

zur Abschreibung Änderungen.

### 3. *Beitragsordnung*

Die Beitragsordnung der LZK Baden-Württemberg wurde von der LZK-Vertreterversammlung im Dezember vergangenen Jahres einer grundlegenden Neufassung unterzogen. Im Rahmen dieser Änderung wurde auch die beitragsmäßige Erfassung einer bezirks- bzw. länderübergreifenden Berufstätigkeit im Kammerbereich der Landeszahnärztekammer berücksichtigt, die seit der Änderung der Berufsordnung für Zahnärzte zum 21.12.2005 möglich ist.

In der Folgezeit hat sich herausgestellt, dass die damalige Formulierung in der Satzungsänderung zu eng gefasst war, denn nach dem Satzungstext entstand die Beitragspflicht für eine weitere bezirksübergreifende Tätigkeit, z. B. in einer „Zweitpraxis“, nur für den Praxisinhaber, nicht jedoch für dort angestellte Zahnärzte oder Assistenten. Mit der jetzt vorliegenden Satzungsänderung wird diese Regelungslücke in der Beitragsordnung beseitigt.

### 4. *Aufwandsentschädigungsordnung*

Der LZK-Vorstand hat in seiner Sitzung am 19.01.2007 beschlossen, den bisherigen Beauftragten für Qualität, Herrn Dr. Norbert Engel, zum Qualitätsmanagement-Referenten der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg zu bestellen und ihm zugleich eine Aufwandsentschädigung entsprechend den anderen Referenten der Landeszahnärztekammer zugebilligt.

### 5. *Gebührenordnung*

Auf Grund der Aufhebung des Statuts für die Ethikkommission bei der Landeszahnärztekammer durch die Vertreterversammlung im Dezember vergangenen Jahres ist eine Änderung der Gebührenordnung notwendig geworden, da in der Gebührenordnung nach wie vor die „Gebühren für Verfahren vor der Ethikkommission“ enthalten waren. Der Satzungsentwurf enthält gemäß Beschluss des Vorstandes neben der Streichung der Gebühren für das Verfahren vor der Ethikkommission auch eine Anpassung der in der Gebührenordnung enthaltenen „Gebühren für die berufsgerichtlichen Verfahren“, die seit dem Jahr 1978 keiner Anpassung mehr unterzogen wurden, sowie eine Übernahme der Änderung des Gerichtskostengesetzes.

### 6. *Vereinbarung über die Ermittlung des Erstattungsbetrags bei der Zusage einer betrieblichen Altersversorgung für Fälle der Personalunion LZK/KZV*

In die Vereinbarung wurde die neue Richtlinie zur betrieblichen Altersversorgung der LZK vom 03.12.2005 mit eingearbeitet.

### 7. *Richtlinien für die Prüftätigkeit des Umlageausschusses*

Die von der Vorsitzenden für den Umlageausschuss ausgearbeiteten Flussdiagramme zum Prüfungsablauf, dem Prüfbericht und der Schlussbesprechung werden als Anlage in die Richtlinien aufgenommen werden.



# Landesberufsgericht für Zahnärzte

**D**ie Überwachung der Einhaltung der Berufspflichten durch die Kammermitglieder gehört nach dem Heilberufe-Kammergesetz des Landes Baden-Württemberg zu den Aufgaben der Landeszahnärztekammer. Kammermitglieder haben sich bei etwaigen berufsunwürdigen Handlungen in einem Berufsgerichtsverfahren zu verantworten.

Zu diesem Zwecke ist bei der Kammer in Form der Organschaft eine berufsständige Gerichtsbarkeit eingerichtet. Bei den vier Bezirkszahnärztekammern im Lande ist je ein erstinstanzliches Bezirksberufsgericht und bei der Landeszahnärztekammer als Berufungsinstanz ein Landesberufsgericht für Zahnärzte eingerichtet. Die Mitglieder der Berufsgerichte werden im Einvernehmen mit dem Justizministerium Baden-Württemberg bestellt und besitzen richterliche Unabhängigkeit.

## **Kammeranwälte vertreten Kammer**

Die Kammer bestellt Rechtskundige, welche die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst besitzen als Ermittlungsführer und Vertreter der berufsgerichtlichen Klage im Verfahren vor den Berufsgerichten. Die Kammeranwälte werden auf Vorschlag der Bezirkszahnärztekammern von der Landeszahnärztekammer bestellt.

Die Kammeranwälte sind, mit Ausnahme im Ermittlungsverfahren, an Weisungen der sie bestellenden Kammervorstände gebunden.

Sobald der Kammeranwalt durch eine Anzeige oder auf anderem Wege von einem Verdacht einer berufsunwürdigen

Handlung Kenntnis erlangt, nimmt er das Ermittlungsverfahren auf und erforscht den Sachverhalt, ob eine berufsgerichtliche Klage zu erheben ist. Er hat dabei nicht nur die belastenden, sondern auch die entlastenden und die für die Strafbemessung bedeutsamen Umstände zu ermitteln.

## **Anzahl der Berufungen leicht ansteigend**

Die Anzahl der gegen erstinstanzliche Berufsgerichtsentscheidungen eingelegten Berufungen ist im Vergleich zum Vorjahr wieder leicht ansteigend. Während im Vorjahr noch 5 Berufungen gegen erstinstanzliche Entscheidungen eingegangen sind, liegen im laufenden Berichtsjahr bereits 6 Berufungen vor.

### **MITGLIEDER**

Lutz-Rüdiger von Au, Vizepräsident des LG Stuttgart, Vorsitzender  
Helmut Schwall, LMinRat a. D., juristischer Beisitzer, Sindelfingen  
Dr. Stephan Haenel, 1. zahnärztlicher Beisitzer, Zell a. H.  
Dr. Hans-Peter Stichs, 2. zahnärztlicher Beisitzer, Hemsbach  
Dr. Gisela Sauter, 3. zahnärztliche Beisitzerin, Stuttgart

### Verhandlung von Berufungen aus dem Jahr 2006

	Zahl	Verstöße
<b>Verurteilung</b>	1	Werbung
<b>Verurteilung unter Abänderung der berufsgerechtlichen Maßnahme</b>	-	
<b>Einstellung des Verfahrens durch Beschluss</b>	1	Werbung
<b>Rücknahme der Berufung</b>	-	
<b>Freisprüche</b>	-	
<b>noch offene Fälle</b>	-	

### Verhandlung von Berufungen aus dem Jahr 2007

<b>Verurteilung</b>	1	Werbung
<b>Verurteilung unter Abänderung der berufsgerechtlichen Maßnahme</b>	-	
<b>Einstellung des Verfahrens</b>	1	Werbung
<b>Rücknahme der Berufung</b>	-	
<b>Freisprüche</b>	-	
<b>noch offene Fälle</b>	4	Werbung Unkollegiales Verhalten Betrügerisches Agieren Verwendung der Berufsbezeichnung zu gewerblichen Zwecken

#### STELLVERTRETENDE MITGLIEDER

Harald HEYLAUF, Direktor des Amtsgerichts Ludwigsburg, stv. Vorsitzender  
 Siegfried MAHLER, Ltd. Oberstaatsanwalt der Staatsanwaltschaft Stuttgart, stv. Juristischer Beisitzer  
 Dr. Klaus DE CASSAN, stv. 1. zahnärztlicher Beisitzer, Murg  
 Dr. Gerald FUCHS, stv. 2.zahnärztlicher Beisitzer, Rastatt  
 Dr. Frank RÜHLE, stv. 3. zahnärztlicher Beisitzer. Dettenhausen

### Neueingänge der Berufungsverfahren aus den Bezirken

Stuttgart	Karlsruhe	Freiburg	Tübingen
2	1	3	-

### Anträge auf berufsgerichtliche Entscheidung

	Zahl	Sachverhalt
Beschwerden und Anträge aus dem Jahr 2006	1	Antrag als unzulässig verworfen
Beschwerden und Anträge aus dem Berichtsjahr 2007	2	
noch offene Fälle	1	

### Beschwerdeverfahren gegen die Einstellung des Ermittlungsverfahrens

Aufgabe des Landesberufsgerichts für Zahnärzte es ebenso, über die Beschwerde eines Anzeigerstatters gegen die Einstellung des berufsgerichtlichen Ermittlungsverfahrens nach § 23 Abs. 2 Berufsgerichtsordnung (BGO) zu entscheiden. § 24 Abs. 2 BGO sieht vor, dass ein Anzeigerstatter, falls er durch die Handhabung verletzt ist, binnen zwei Wochen nach Bekanntmachung der das Ermittlungsverfahren einstellenden Verfügung des Kammeranwalts, die Entscheidung des Landesberufsgerichts darüber beantragen kann, ob die berufsgerichtliche Klage zu erheben ist.

Die Anträge auf berufsgerichtliche Entscheidung nach § 24 Abs. 2 BGO haben sich im Vergleich zum Vorjahr im Berichtsjahr 2007 vervierfacht.

#### GESCHÄFTSSTELLE

Axel MAAG, Rechtsanwalt, Geschäftsstellenleiter  
Cäcillia FALK, Sekretariat

## Erstinstanzliche Verfahren vor den Bezirksberufsgerichten

	FR	KA	S	TÜ
<b>Anzahl der Verfahren insgesamt</b>	17	10	17	10
<b>Anzahl der Verurteilungen zu:</b>				
<b>Warnung</b>	-	-	-	-
<b>Verweis</b>	-	1	2	1
<b>Geldbuße</b>	5	3	7	2
<b>Aberkennung der Mitgliedschaft in den Organen der Kammer und den Vertretungen und Ausschüssen in den Untergliederungen</b>	-	-	-	-
<b>Aberkennung des Wahlrechts und der Wählbarkeit in die Organe der Kammer und in die Vertretungen und Ausschüsse der Untergliederungen bis zur Dauer von 5 Jahren</b>	1	-	-	-
<b>Anzahl der Einstellungen gem. § 153 StPO</b>	-	-	2	3
<b>Anzahl der Einstellungen gem. § 153 a StPO</b>	4	3	-	-
<b>Anzahl der Einstellungen gem. § 154 StPO</b>	-	-	-	-
<b>Anzahl der Freisprüche</b>	2	1	1	-
<b>Anzahl der noch offenen Fälle</b>	6	2	5	4

### KAMMERANWÄLTE

Hanspeter EHRET, Richter am LG a. D., Freiburg (für den Bereich Freiburg)

Wolfgang KNEIP, Oberstaatsanwalt, Staatsanwaltschaft Mannheim, Edingen (für den Bereich Karlsruhe)

Rainer CHRIST, Ltd. Oberstaatsanwalt, Generalstaatsanwaltschaft Stuttgart, Stuttgart (für den Bereich Stuttgart)

Dr. Hans ELLINGER, Ltd. Oberstaatsanwalt, Staatsanwaltschaft Tübingen, Tübingen (für den Bereich Tübingen)

### STV. KAMMERANWÄLTE

Edgar VILLWOCK, Oberstaatsanwalt, Staatsanwaltschaft Freiburg, Freiburg (für den Bereich Freiburg)

Andreas GROSSMANN, Staatsanwalt, Staatsanwaltschaft Mannheim, Mannheim (für den Bereich Karlsruhe)

Kurt SCHRIMM, Oberstaatsanwalt, Staatsanwaltschaft Ludwigsburg, Bondorf (für den Bereich Stuttgart)

Günter GEIGER, Oberstaatsanwalt, Staatsanwaltschaft Tübingen, Tübingen (für den Bereich Tübingen)

# Zentrale Ethikkommission für Ärzte und Zahnärzte bei der Landesärztekammer

**B**ereits im vergangenen Jahr wurde aufgrund der Änderung des Heilberufe-Kammergesetzes vom 14. Februar 2006 eine zentrale Ethikkommission für Ärzte und Zahnärzte bei der Landesärztekammer Baden-Württemberg gegründet.

Als zahnärztliche Mitglieder sitzen der Kommission - als Vertreter der Zahnärzteschaft Baden-Württembergs - Professor Dr. Dr. Heiner Weber, als Vertreter der Hochschullehrer, und Dr. Barbara Müller-Abicht, als Vertreterin der niedergelassenen Zahnärzte, bei. Beide zahnärztlichen Mitglieder sind bereits im vergangenen Jahr von der Vertreterversammlung der Landesärztekammer Baden-Württemberg bestellt worden.

Die Hauptaufgaben der Ethikkommission sind:

- Stellungnahmen zu ethischen Fragen abzugeben, die durch den Fortschritt und die technologische Entwicklung in der (Zahn-)Medizin und ihren Grenzgebieten aufgeworfen werden und die eine gemeinsame Antwort für das Land Baden-Württemberg erfordern.
- In Fragen, die unter ethischen Gesichtspunkten im Hinblick auf die Pflichten bei der ärztlichen und zahnärztlichen Berufsausübung von grundsätzlicher Bedeutung sind, Stellung zu nehmen.

Darüber hinaus kann die Ethikkommission des Landes auch ergänzende Beurteilungen von ethischen Fragen die von grundsätzlicher Bedeutung sind bei der

Zentralen Ethikkommission der Bundesärztekammer einholen.

Im Berichtsjahr gab es einen zahnärztlichen Antrag, der in der 1. Sitzung der neuen Wahlperiode am 06.03.2007 von der Ethikkommission behandelt wurde. Es handelte sich um einen so genannten freien Antrag, der nicht dem Arzneimittelgesetz oder dem Medizinproduktegesetz unterlag und bei dem der Antrag stellende Zahnarzt somit lediglich berufsrechtlich beraten wurde.

## MITGLIEDER

Dr. med. Thomas ALEKER, Vorsitzende  
Prof. Dr. med. Hans Joachim v. BÜDINGEN  
Dr. med. Georg HOOK  
Prof. Dr. med. Bernhard RAUCH  
Prof. Dr. jur. Eibe RIEDEL  
Prof. Dr. theol. Dr. med. Dietrich RÖSSLER  
Prof. Dr. med. Ingeborg WALTER-SACK

## ZAHNÄRZTLICHE MITGLIEDER

Prof. Dr. Dr. Heiner WEBER  
Dr. Barbara MÜLLER-ABICHT  
STV. ZAHNÄRZTLICHE MITGLIEDER  
Prof. Dr. Dr. Jörg-Elrad OTTEN  
Prof. Dr. Winfried WALTHER  
Dr. Hans-Peter STICHS  
Dr. Petra KRAUSS





# Geschäftsstelle der Landes Zahnärztekammer

Das Informations- und Beratungsangebot der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg wird von den Mitgliedern intensiv genutzt. Eine Fülle von Fragen und Anliegen wird dort jeden Tag bewältigt. Der kurze Draht zur Geschäftsstelle - meist per Fax oder Telefon - ist für viele Kammermitglieder inzwischen selbstverständlich. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle haben sich zum Ziel gesetzt, alle Anfragen schnell, praxisorientiert und unbürokratisch zu beantworten.

## Umzug der LZK-Geschäftsstelle nach Stuttgart-Möhringen



Am 18.12.2006 war es soweit, der Umzug der Geschäftsstelle in das neue Domizil nach Stuttgart-Möhringen erfolgte. Nach Monaten der Planung und Vorbereitung des Umzuges trafen die Umzugsexperten pünktlich am

frühen Morgen am alten Standort Herdweg 59 ein. Bereits Mitte November wurde der Umzug des Archivs veranlasst um so einem möglich Engpass aus dem Wege zu gehen. Die Büromöbel wurden demontiert, Bilder und Pflanzen sachgemäß eingepackt und etwa 300 Umzugskartons mit Schriftwechsel und sonstigen Büromaterialien sowie 120 Rollcontainer mit ca. 11.000 Aktenordnern nach Stutt-

gart-Möhringen transportiert. Der Einzug ging ebenso unproblematisch über die Bühne und nach 12 Stunden war der Umzug erfolgreich gemeistert.

Zeitlich längere Vorlauf- und Einrichtungszeit benötigte in diesem Zusammenhang die EDV-Abteilung der Geschäftsstelle, die in Eigenregie einen Server-Raum inklusive Verteilerschrank und Verkabelung eingerichtet und in Betrieb genommen hat.

Die Geschäftsstelle der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg ist nunmehr im Albstadtweg 9, 1.OG zu finden.



## Arbeitsgemeinschaft zur Einführung der elektronischen Gesundheitskarte in Baden-Württemberg

Bereits im letzten Jahresbericht wurde über die fortlaufende Arbeit der Arbeitsgemeinschaft und die Modalitäten der Testung und Einführung der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) in Baden-Württemberg berichtet.

Im Dezember des vergangenen Jahres wurde die Mustervereinbarung der Arbeitsgemeinschaft mit den Testteilnehmern erarbeitet und die Auswahlkriterien für die Testteilnehmer festgestellt. Danach ist es aufgrund der Vorgaben der Gesellschaft für Telematikanwendungen der Gesundheitskarte mbH (GEMATIK)

### Personal in der LZK-Geschäftsstelle

Axel Maag, Direktor, RA  
Friederike Fritz, Geschäftsführende Sekretärin  
Thorsten Beck, Direktionsassistent  
Rocco Nemitz, Referent des Präsidenten  
Andrea Mader, Kommunikationsassistentin  
Christine Martin, Justiziarin, RAin

nötig, abgeschlossene regionale Einheiten für die Testung auszuwählen. Für die Pilotregion Heilbronn sind dies der Stadtteil Heilbronn-Sontheim, Leingarten und Güglingen. Hier sind die Voraussetzungen gegeben, dass bis zu 25 Testärzte, bis zu 10 Apotheken sowie ein Krankenhaus und 10.000 Versicherte aller beteiligten Krankenkassen motiviert werden können bei der Testmaßnahme mitzuwirken. Bei mehreren Informationsveranstaltungen wurde über den geplanten 10.000er Feldtest in Heilbronn und die vertraglichen Modalitäten informiert.



In der Sitzung des Steuerungskreises der Arbeitsgemeinschaft, in der von Seiten der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg Thorsten Beck vertreten ist, wurde im Februar dieses Jahres unter anderem berichtet, dass die Musterumgebung technisch keine Mängel aufwies. Allerdings war im Ergebnis das Antwortzeitenverhalten von Kartenleser und elektronischer Gesundheitskarte als zu lange beurteilt. Dieses Thema wurde im Rahmen eines Treffens mit der GEMATIK erläutert. Im Oktober des Jahres sind nunmehr die ersten Praxistests in der Pilotregion Heilbronn angelaufen,

bei denen Ärzte, Apotheken und das Klinikum Heilbronn erste Erfahrungswerte sammeln werden. Zahnärzte werden bei der 10.000er Testung aufgrund der geringen Inanspruchnahme telematischer Anwendungen nicht teilnehmen.

Dennoch gilt es für die Geschäftsstelle der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg durch eine frühzeitige Testbegleitung und Auswertung der Ergebnisse auf dem aktuellem Stand der Dinge zu bleiben. Da der Ausgabeprozess der Heilberufeausweise nicht zuletzt dem Aufgabenbereich der Landes Zahnärztekammer zuzuordnen ist, müssen mögliche Varianten der Ausgabe durchgesprochen und verglichen werden.

Im Rahmen der Einführung der Elektronischen Gesundheitskarte ist die Landes Zahnärztekammer auch im Arbeitskreis Telematik bei der Bundes Zahnärztekammer vertreten. Seit März des Berichtsjahres werden Sitzungstermine auf Bundesebene wahrgenommen um aktuelle Informationen und Entwicklungen aus den anderen Ländern zu erhalten und miteinander abzustimmen. Die Teilnahme erfolgt nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass die Landes Zahnärztekammer im Rahmen der Einführung der Elektronischen Gesundheitskarte alle Zahnärztinnen und Zahnärzte mit so genannten Elektronischen Heilberufeausweisen ausstatten muss. In diesem Zusammenhang sei auch erwähnt, dass die Geschäftsstelle davon ausgeht, dass der Regelbetrieb noch einige Zeit auf sich warten lassen wird.

Obwohl die politischen Entscheidungsträger auf Bundes- und Landesebene in

#### Personal in der LZK-Geschäftsstelle

**Marco Wagner, Sachbearbeiter Praxisführung**

**Dietmar Sorg, Leiter Abteilung EDV**

**Steffen Griebisch, EDV-Mitarbeiter**

**Sandy Steiniger, Sekretärin/ Sachbearbeiterin Öffentlichkeitsarbeit**

**Cäcillia Falk, Sekretärin/ Sachbearbeiterin Weiterbildung**

diversen Pressemitteilungen publizierten, dass die Elektronische Gesundheitskarte bereits im Jahre 2008 eingeführt werden solle, da mithin die technischen Voraussetzungen vorliegen und somit die gesetzlichen Bestimmungen erfüllt würden, betrachtet die Geschäftsstelle dies kritisch, denn nach wie vor gibt es für die Systemhäuser einige Herausforderungen zu lösen, um im Regelbetrieb nach Möglichkeit keinen verwaltungstechnischen Mehraufwand in die Zahnarztpraxen einziehen zu lassen.

### Fachdental Südwest 2007

Vom 26.-27.10.2007 feierte die Fachdental Südwest auf der Neuen Messe Stuttgart Premiere. In der neu fertig gestellten Halle 4 trafen sich in diesem Jahr Fach-



publikum der Zahnarztpraxen und Dentallabors um die neuesten Entwicklungen auf dem Dentalmarkt zu begutachten.

Veränderung und Wandel sind Kennzeichen einer Zeit, in der sich der gesamte Dentalmarkt mit ständigen Reformen des Gesundheitswesens und veränderten Rahmenbedingungen auseinandersetzen muss. Hinzu kommt, dass sich auch die Aufgaben von Zahnarzt, Praxisteam und Zahntechniker mehr und

mehr wandeln. Durch die Einführung neuer Technologien in der Zahnarztpraxis besteht enormer Informationsbedarf, der im Rahmen eines Gespräches am Informationsstand der Kammer bedient werden konnte. So wurden Informationen zum Kammermodell des BuS-Dienstes, zum Qualitätsmanagement in der Zahnarztpraxis (CD-ROM) sowie rund um den Ausbildungsberuf der Zahnmedizinischen Fachangestellten und deren Aufstiegsfortbildungsmöglichkeiten bei einem persönlichen Gespräch vom Personal der Geschäftsstelle beantwortet.



### Deutscher Zahnärztag 2008 in Stuttgart

Der Deutsche Zahnärztag 2008, gemeinsam getragen von Bundeszahnärztekammer, der Deutschen Gesellschaft für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde, der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung und der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, der vom 23.-25.10.2008 in Stuttgart stattfinden wird, wirft bereits im Berichtsjahr seine Schatten voraus. Die organisatorische und verwaltungstechnische Planung für das zahnärztliche Großereignis ist in vollem

#### Personal in der LZK-Geschäftsstelle

**Annerose Hauber, Sekretärin/ Sachbearbeiterin Zahnmedizinische Mitarbeiterinnen**  
**Katja Veit, Sekretärin/ Sachbearbeiterin Praxisführung/ GOZ**  
**Angela Lauchs, Sekretärin/ Sachbearbeiterin Zahnärztliche Fortbildung**  
**Ralf Kraft, Buchhaltungsleiter**  
**Kathleen Kamprath, Bilanzbuchhalterin**  
**Inge Höllmüller, Konturistin**

Gänge und im Rahmen von Arbeitsgesprächen konnte ein Grobraster für den zeitlichen Ablauf erstellt werden.

Unter dem wissenschaftlichen Tagungsthema „Ästhetik in der Zahnheilkunde“ wird die Veranstaltung in Stuttgart, die mit ihrer repräsentativen Zentralveranstaltung in der Alten Reithalle ihren politischen Auftakt haben wird, die Erfolge der vergangenen Zahnärztetage weiterführen. Sie wird demonstrieren, dass zahnmedizinische Versorgung und Wissenschaft, zahnärztliche Ethik und gesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein Hand in Hand gehen.



### **Abteilung Praxisführung aufgebaut**

Die Abteilung Praxisführung versteht sich als Schnittstelle der Landeszahnärztekammer zu dem Unternehmer Zahnarzt. Die vom Ausschuss für Praxisführung erarbeiteten Ideen werden von der Landeszahnärztekammer detailliert ausgearbeitet und der Zahnärzteschaft als Serviceleistung zur Verfügung gestellt. Auch Informationen über Arbeitssicherheit, Hygiene, Qualitätsmanagement in der Zahnarztpraxis sowie die ökonomische Praxisführung werden in diesem Zusammenhang zeitnah veröffentlicht. Fra-

gen bezüglich neuer Verordnungen und Vorschriften haben in dem Berichtsjahr nicht zuletzt aufgrund der neuen Richtlinie des Robert-Koch-Instituts stark zugenommen.

Ein Schwerpunktthema der Abteilung war in diesem Jahr der BuS-Dienst – die Betriebsärztliche und sicherheitstechnische



Betreuung für die Kammermitglieder. Zwischen der Fa. Streit GmbH und der Landeszahnärztekammer besteht hierfür bereits seit Jahren ein

Rahmenvertrag, der günstige Konditionen für die Kammermitglieder beinhaltet. Zusätzlich zu dem bestehenden Angebot konnte die Landeszahnärztekammer ab diesem Jahr das so genannte „Kammermodell“ für eine alternative bedarfsorientierte Betreuung anbieten. Die Landeszahnärztekammer bietet das neue Kammermodell in Kooperation mit der Landeszahnärztekammer Westfalen-Lippe an. Das Modell sieht vor, dass der Praxisinhaber in fünf Zeitstunden durch den Betriebsarzt und die Fachkraft für Arbeitssicherheit geschult wird und damit in die Lage versetzt wird, die Erstbegehung seiner Praxis selbst durchzuführen und die Gefährdung zu beurteilen. Hierzu fanden bereits zwei zentrale Großveranstaltungen statt.

Um der gestiegenen Nachfrage in der Abteilung Praxisführung nachkommen zu können, steht der Geschäftsstelle seit Mitte dieses Jahres der Sicherheitsinge-

nieur Marco Wagner als kompetenter Mitarbeiter in allen Fragen rund um die technischen Aspekte in der Zahnarztpraxis zur Verfügung. Marco Wagner wird den Praxisführungsausschuss fachlich entlasten und ist auch für die Aktualisierung und Pflege des technischen Inhalts der Praxishandbücher zuständig.

### **Honorarordnung für Zahnärzte und Novellierung der Gebührenordnung für Zahnärzte**

Am 31.01.2007 hat die außerordentliche Bundesversammlung der BZÄK die „Honorarordnung für Zahnärzte“ (HOZ) einstimmig verabschiedet. Mit der HOZ hat die Zahnärzteschaft einen Vorschlag unterbreitet, der den Anforderungen an eine wissenschaftlich fundierte und präventionsorientierte Zahnheilkunde gerecht wird und eine auf betriebswirtschaftlichen Grundsätzen beruhende Bewertung für eine qualitativ hochstehende Zahnheilkunde schafft.

Zur Vorbereitung einer umfassenden Novellierung der GOZ, die zuletzt 1987 überarbeitet worden war, hat das BMG im Juli 2004 eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Bundeszahnärztekammer, des Verbandes der privaten Krankenversicherung sowie von Vertretern der Beihilfekostenträger eingesetzt. Die Beratungen in dieser Arbeitsgruppe sind inzwischen weit fortgeschritten. Obwohl die Beratungen in der Arbeitsgruppe auf Bitten der BZÄK vom April 2005 bis Dezember 2005 unterbrochen waren, konnte der interne Entwurf für den Leistungskatalog des Gebührenverzeichnisses der neuen GOZ im Dezember 2006 fertig gestellt werden. Mittlerweile liegt ein „in-

terner Entwurf“ über das Leistungsverzeichnis der möglichen neuen GOZ vor.

Im Rahmen dieser gesundheitspolitischen Entwicklungen wurde von der Geschäftsstelle in Zusammenarbeit mit den Bezirkszahnärztekammern ein Maßnahmenkatalog erarbeitet, der u. a. vorsieht, dass die Zahnärzteschaft über die neue GOZ und deren Auswirkungen auf die Praxis umfassend informiert wird. Neben Informationsveranstaltungen und Workshops zur neuen GOZ sollen auch die Beratungen und schriftliche Publikationen durch die Geschäftsstelle organisiert werden.



### **Satzungsänderungen - Vorarbeit und Unterstützung des Satzungsausschusses**

Aufgrund zweier Änderungen des Heilberufe-Kammergesetzes zum Anfang des Berichtsjahres und zum 10.10.2007 ergab sich Änderungsbedarf bei einer Reihe von Satzungen der Landes Zahnärztekammer. Neben einer satzungsrechtlichen Änderung, die der Satzungsausschuss mit Unterstützung der Geschäftsstelle erarbeitete, mussten im Berichtsjahr folgende, zum Teil sehr umfangreiche Satzungsänderungen vorbereitet werden:

- Neufassung der LZK-Satzung
- Neufassung der Geschäftsordnung der Vertreterversammlung

- Neufassung der Geschäftsordnung des Vorstandes
- Änderung der Berufsordnung
- Neufassung der Meldeordnung
- Neufassung der Gutachterordnung und
- Neufassung der Wahlordnung.

Des Weiteren stehen folgende Satzungsänderungen mit haushalterischem Hintergrund zur Änderung an:

- Aufwandsentschädigungsordnung
- Beitragsordnung und
- Gebührenordnung.

#### Arbeitskreise auf Bundesebene



Im Rahmen der Arbeit auf Bundesebene ist der Direktor der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, Axel Maag, mittlerweile in einer Reihe von Arbeitskreisen auf Bundesebene eingebunden, die sich um eine bundesweite Abstimmung und Vereinheitlichung von Vorgängen bemühen.

Die Arbeitskreise der Geschäftsführer im Einzelnen:

- Juristische Personen des Privatrechts
- Musterberufsordnung
- Praxisformen
- Allgemeiner Teil der Gebührenordnung für Zahnärzte
- Telematik

#### Elektronische Datenverarbeitung, Informations- und Kommunikationssysteme für die Kammermitglieder

Trotz der personellen Aufstockung der EDV-Abteilung war das Jahr 2007 ein ebenso arbeitsreiches Jahr wie 2006. Mehrere große Projekte beschäftigten die EDV-Abteilung über das ganze Jahr hinweg und bis weit in das folgende Jahr hinein.

#### Relaunch im Bereich der elektronischen Datenverarbeitung

Nicht zuletzt aufgrund der Novellierung des Berufsbildungsgesetzes zum 23.03.2005 und der damit einhergehenden geänderten Berufsbildungsstatistik, die erstmals im Frühjahr 2008 für das abgeschlossene Jahr 2007 an das statistische Landesamt gemeldet werden muss, war es notwendig im



Bereich der EDV-Abteilung der Geschäftsstelle Unterstützung durch eine zusätzliche Fachkraft zu erhalten. Aus diesem Grund wurde der bestehende Personalstamm um eine Planstelle erhöht, die von der Vertreterversammlung bereits im vergangenen Jahr genehmigt wurde. Mit Steffen Griebisch steht der Geschäftsstelle ein sachkundiger EDV-

Mitarbeiter zur Verfügung, der bereits bei der körperschaftlichen Schwesterorganisation, der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg, für die Hard- und Softwarebetreuung zuständig war.

Die Entwicklung eines neuen Stammdatenprogramms für die Landeszahnärztekammer und die Bezirkszahnärztekammern war, wie erwartet, das Hauptprojekt und somit auch das zeitintensivste Projekt der EDV-Abteilung in diesem Jahr.



Bei dem neuen Programm werden die Daten zwar zentral in der Geschäftsstelle der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg sowie der vier Bezirkszahnärztekammern aufzeigen soll. Strategisches Ziel des EDV-Konzepts der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg ist es, für die Geschäftsstellen eine einheitliche, moderne und datensichere Arbeitsumgebung zu schaffen, jedoch wie bisher

dezentral durch die Bezirkszahnärztekammern gepflegt und verwaltet. Die Bearbeitung erfolgt über eine VPN-Verbindung mittels eines Web-Browsers. Trotz einiger Verzögerungen im Vorfeld konnte die Bezirkszahnärztekammer Stuttgart zum 01.10.2007 mit dem Echtbetrieb im neuen System beginnen. Die Fehlerbeseitigung, die Vollendung des Reporting, die Implementierung von notwendig gewordenen Erweiterungen sowie die Vorbereitung der Migration der Daten aus den Bezirkszahnärztekammern Freiburg, Karlsruhe und Tübingen werden bis zum Ende des Jahres andauern. Die komplette Einführung des

neuen Stammdatenprogramms ist im nächsten Jahr geplant.

Darüber hinaus hat die LZK-Vertreterversammlung bereits im Dezember vergangenen Jahres den Beschluss gefasst, ein EDV-strategisches Konzept durch die Geschäftsstelle erarbeiten zu lassen, das Schnittstellen und Berührungspunkte der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg sowie der vier Bezirkszahnärztekammern aufzeigen soll. Strategisches Ziel des EDV-Konzepts der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg ist es, für die Geschäftsstellen eine einheitliche, moderne und datensichere Arbeitsumgebung zu schaffen, die die verwaltungsinterne Zusammenarbeit unter den Geschäftsstellen wesentlich erleichtert. Hierzu musste auch die Lesemöglichkeit der Geschäftsstelle der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg auf die Stammdaten, die bisher nicht besteht, realisiert werden.

**E-Mail Kommunikation**

Wie bereits im Vorjahr bei der Geschäftsstelle der Landeszahnärztekammer durchgeführt, wurden nun auch bei den Bezirkszahnärztekammern Lotus Notes





als E-Mail-System abgelöst und durch Microsoft Exchange mit Outlook-Clients ersetzt. Jede Bezirkszahnärztekammer verfügt nun über einen eigenen Mail-Server dessen Wartung mittels VPN-Verbindung und Fernwartung durch die EDV-Abteilung der Landes Zahnärztekammer sichergestellt ist.

### Neues Buchhaltungsprogramm

Bedingt durch den Umstieg der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg auf einen neuen Release des Buchhaltungsprogramms EBS hat sich der Vorstand der Landes Zahnärztekammer dafür entschieden, in den Bezirkszahnärztekammern ein neues Buch-

Abteilung der Landes Zahnärztekammer. Trotz eines recht eng gehaltenen Zeitrahmens sollte die Umstellung in den Bezirken bis zum Jahresende erfolgreich abgeschlossen sein.



haltungsprogramm analog dem System der Geschäftsstelle der Landes Zahnärztekammer einzuführen. Die Buchhaltungssysteme werden dezentral in den Bezirkszahnärztekammern installiert und betrieben. Die Wartung der Systeme erfolgt ebenfalls mittels VPN-Verbindung und Fernwartung durch die EDV-

# Bezirkszahnärztekammer Freiburg

Wie in den vergangenen Jahren erfreuten sich die Fortbildungstagung 2007 und der Gesellschaftsabend der Bezirkszahnärztekammer Freiburg wieder großer Beliebtheit. Sicherlich kann dies auf das wissenschaftliche Programm mit aktuellen Themen und interessanten Referenten zurückgeführt werden, aber auch auf den Festredner, Oswald Metzger, Mitglied



des Landtages von Baden-Württemberg und Finanzpolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Landtag. Sehr schnell war von den Zuhörern gegenüber dem diesjährigen Festredner die anfängliche Skepsis verflogen. Sein Vortrag – ein regelrechtes Feuerwerk - kann als ein bekenndes Statement zur Marktwirtschaft und Ordoliberalismus zusammengefasst werden.

Als Gesamtergebnis kann festgehalten werden, dass die gesamte Veranstaltung wieder ein voller Erfolg hinsichtlich Fortbildung und Kommunikation war.

## **Fortbildung der Zahnmedizinischen MitarbeiterInnen**

Über 450 Zahnmedizinische Fachangestellte kamen am 20. April 2007 zur 18. Fortbildungsveranstaltung der Bezirks-

zahnärztekammer Freiburg nach Schluchsee. Das Thema „Mensch und Mundhöhle – eine besondere Beziehung“ stand im Mittelpunkt der Referate und eröffnete den TeilnehmerInnen einen ganzheitlichen Blickwinkel auf Zusammenhänge zwischen Zähnen, allgemeiner Gesundheit, Psyche und Alter. Zum ersten Mal fiel die Vorbereitung und wissenschaftliche Leitung der beliebten Tagung in die Verantwortung von Dr. Peter Riedel, dem neuen Referenten für Zahnmedizinische MitarbeiterInnen der Bezirkszahnärztekammer Freiburg, der - wie sein Vorgänger in den Vorjahren - für eine qualitativ gelungene, interessante und motivierende Veranstaltung sorgte. Am Ende der Veranstaltung war von TeilnehmerInnen stets zu hören: „Hoffentlich schickt mich mein Chef nächstes Jahr wieder hier her!“.



## **Ehrungen**

In feierlichem Rahmen wurde im April 2007 Dr. Louis Freymann aus Straßburg für seine Verdienste in der Zahnärzteschaft und Völkerverständigung zwischen Frankreich und Deutschland die Silberne Ehrennadel der Deutschen

### **VORSTAND DER BEZIRKSZAHNÄRZTEKAMMER FREIBURG**

Dr. Joachim SCHWALBER, Freiburg, Vorsitzender  
Prof. Dr. Gisbert KREKELER, Freiburg, stv. Vorsitzender  
Dr. Ulrich MEISNER, Freiburg, GOZ-Referent  
Dr. Conrad GAST, Ettenheim  
Dr. Norbert STRUSS, Freiburg



Zahnärzteschaft in Titisee verliehen. Die Laudatio hielt Prof. Dr. Krekeler. Im Oktober 2007 bekam Prof. Dr. Krekeler, stellvertretender Vorsitzender der Bezirkszahnärztekammer Freiburg, für seine erworbenen Verdienste als erster nichtfranzösischer Staatsbürger die Silberne Ehrenmedaille der französischen Zahnärzteschaft in Straßburg verliehen.



Die Laudatio wurde von Dr. Louis Freymann gehalten. Beide Ehrungen wurden gebührend gefeiert. Mögen diese beiden besonderen und herausragenden Ehrungen erst der Anfang auf einem Weg der Freundschaft und intensiven fachlichen Zusammenarbeit mit dem Elsaß und Frankreich sein.

### **Aktuelles aus der Geschäftsstelle**

Seit 1. September 2007 darf in der Geschäftsstelle der Bezirkszahnärztekammer Freiburg im Berufsbild Bürokauffrau und Bürokaufmann ausgebildet werden. Dieses Novum in der Kammergeschichte wurde erst aufgrund der Ausbildungsbezeichnung des Geschäftsführers sowie der Unterstützung durch den Vorstand der Bezirkszahnärztekammer Freiburg möglich.

Im April 2007 war eine Ausbildungsstelle zur Bürokauffrau oder Bürokaufmann ausgeschrieben. Sie wurde mit einer Bewerberin zum 1. September 2007 besetzt.

### **Aktualisierung der Fachkunde im Strahlenschutz**

Aufgrund der Richtlinie „Fachkunde und Kenntnisse im Strahlenschutz bei dem Betrieb von Röntgeneinrichtungen in der Medizin oder Zahnmedizin“ vom 22.12.2005 hatten alle Zahnärztinnen und Zahnärzte und alle Zahnmedizinischen Fachangestellten, die ihre Fachkunde und ihre Kenntnisse bis zu einem bestimmten Stichtag erworben haben, diese zu aktualisieren. Ansonsten haben diese Personen keine Berechtigung mehr zum Röntgen.

Während den Reaktivierungskursen, die bereits Ende 2006 begannen, wurden durch die Referenten der Bezirkszahnärztekammer Freiburg über 2.800 Zahnmedizinische Fachangestellte und annähernd 800 Zahnärztinnen und Zahnärzte in der Fachkunde sowie auch in den Kenntnissen im Strahlenschutz aktualisiert.

Alle TeilnehmerInnen haben die geforderten Testate erfolgreich bestanden. Die positiven Rückmeldungen über die Kursgestaltungen und die stets angenehme Atmosphäre während allen Veranstaltungen gaben den Verantwortlichen ein sehr positives Feedback der Aktualisierungskurse.

### **Zweites Praxisgründungsseminar des Zahnärztheuses Freiburg**

Aufgrund der guten Resonanz im Jahr 2006 laufen derzeit die Planungen für eine erneute Seminarreihe des Praxisgründungsseminars im Jahr 2008. Die Seminarthemen rund um die Praxisgründung und Praxisübernahme werden umfassen:

- Sicherung der Praxiseinnahmen
- Rhetorik und Grundlagen der Gesprächsführung
- Niederlassungsmanagement, einschließlich neue Formen der Berufsausübung
- Strukturen der Berufsausübung
- Praxis, Geld und Sicherheit
- Berufsrecht, Fort- und Weiterbildung

Kompetente Referenten geben an sechs Samstagen einen kompakten Abriss und beantworten Fragen zu diesen Themen. Alle Veranstaltungen werden wieder sehr praxisnah gestaltet. Nach der Seminarteilnahme kann dann den TeilnehmerInnen sicherlich nachgesagt werden, dass sie „fit for the future“ sind.

### **Universitätsjubiläum**

Im Jahr 2007 feierte die Albert-Ludwigs-Universität Freiburg - eine der ältesten

Universitäten Europas - ihren 550. Geburtstag.

Namensgeber für die Alma Mater ist Erzherzog Albrecht VI., der als Gründervater in die Geschichte einging. Erst im Jahre 1805, nachdem Freiburg zum Großherzogtum Baden überging und die Freiburger Universität in Konkurrenz zur Universität Heidelberg stand, gab Großherzog Ludwig von Baden aus seiner Privatschatulle eine Zustiftung. Hierdurch war die Existenz der Freiburger Universität neben der Heidelberger Universität gesichert. Als Dank und zu Ehren des Stifters gab sich die Universität fortan den Doppelnamen: Albert-Ludwigs-Universität. Die Universität Freiburg, als Teil davon die Universitätsklinik mit der Zahnmedizinischen Fakultät, ist mit annähernd 8.500 Beschäftigten einer der größten Arbeitgeber in der Region. Allein annähernd 3.000 Studenten studieren in Freiburg Human-, Zahn- oder Molekularmedizin. Neben dem akademischen Nachwuchs werden Pflegekräfte und anderes medizinisches Personal ausgebildet. Die Wirtschaftskraft reicht weit in die Region. Forschung und Lehre sind international, was besonders beim Tag der Offenen Tür am 30. Juni 2007 eindrucksvoll zu sehen war.



# Bezirkszahnärztekammer Karlsruhe

**A**uf Bundesebene begann das Jahr mit der außerordentlichen Bundesversammlung zwecks Verabschiedung der Honorarordnung der Zahnärzte. Die Delegierten der Bezirkszahnärztekammer Karlsruhe zur Bundesversammlung der Bundeszahnärztekammer zeigten gemeinsam mit den anderen Delegierten aus Baden-Württemberg Flagge und wirkten daran mit, dass die Zahnärzteschaft eine eigene Honorarordnung auf den Weg brachte, immerhin ein schlüssiges Gegenmodell für die Diskussion um die sich abzeichnende bematierte neue Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ).

Auf Landesebene waren die wichtigsten Themen das Qualitätsmanagement - hervorragend aufgearbeitet von Dr. Norbert Engel, der sowohl für die Landes-zahnärztekammer als neuer Referent für Qualitätsmanagement als auch für die KZV BW in der Arbeitsgruppe Qualitätsmanagement aktiv ist - Alterszahnheilkunde, die Bestellung des Leiters der Akademie in Karlsruhe, Satzungsänderungen und ein von der Vertreterversammlung in Auftrag gegebenes EDV-Konzept für die Vertreterversammlung im Dezember 2007. Auf Bezirksebene traf sich der Vorstand der Bezirkszahnärztekammer Karlsruhe im Februar 2007 zu

einer Klausurtagung in Baden-Baden. Unter der fachkundigen Moderation von Professor Börkircher, Ötisheim, wurden richtungweisende Entscheidungen für die Bezirkszahnärztekammer beschlossen. Der Vorstand der BZK Karlsruhe analysierte die aktuelle Situation der Zahnärzteschaft, der zahnärztlichen Körperschaften in Baden-Württemberg, die Bedürfnisse der Zahnärztinnen und Zahnärzte und die zukünftige Rolle der Körperschaften. Ziel muss es sein, die



Kammern als Premium-Dienstleister der Zahnärzte in den wichtigen Fragen rund um die Berufsausübung aufzustellen. Die Geschäftsführung wurde damit beauftragt, der Verwaltung der BZK Karlsruhe personell und räumlich eine eigene Struktur zu geben. Der Vorstand der BZK Karlsruhe verstärkte im Berichtsjahr den Kontakt zu den Kreisvorsitzenden. Neben einem Treffen im Zahnärztehaus wurde der regelmäßige Austausch von Informationen vereinbart.

## Zahnärztehaus Mannheim

Im Sinne der Unterstützung der Kollegenschaft aus einer Hand wurde die gute Zusammenarbeit im Zahnärztehaus Mannheim zwischen KZV BW, BD Karlsruhe und der BZK Karlsruhe im Jahre 2007 fortgesetzt.

### VORSTAND DER BEZIRKSZAHNÄRZTEKAMMER KARLSRUHE

Dr. Bernd U. BORCKMANN, Heidelberg, Vorsitzender  
Dr. Bernhard JÄGER, Mannheim, stv. Vorsitzender  
Dr. Joachim Wilko BOUMAN, Pforzheim, Prophylaxe-Referent  
Dr. Norbert ENGEL, Mühlacker, Fortbildungsreferent  
Dr. Robert HEIDEN, Karlsruhe, Referent für Zahnmedizinische MitarbeiterInnen

Verwaltungsintern wurde das Zahnärztehaus Mannheim umstrukturiert. In enger Abstimmung mit der KZV BW verfügt die Bezirkszahnärztekammer seit 01.07.2007 über eine eigene Struktur - räumlich, personell und in der Büroausstattung (Möbiliar, PCs etc.). Die Kosten konnten aufgrund sparsamer Haushaltsführung aus dem laufenden Haushalt entnommen werden, gleichzeitig wird der Vertreterversammlung vorgeschlagen, den BZK Kammerbeitrag für das Jahr 2008 um 10 Prozent zu senken.

Das Zahnärztehaus Mannheim ist damit zweieinhalb Jahre nach der Zwangsfusion der KZVen für die zukünftigen Aufgaben im Sinne der Dienstleistung am Zahnarzt gut gerüstet. Gemeinsam agierend, dabei aber unabhängig.

### Kreisversammlungen

Vom 12. bis 26. Juni 2007 fanden die Kreisversammlungen der Bezirkszahnärztekammer Karlsruhe statt, ausnahmsweise



ohne die Schwesterkörperschaft, da die jeweiligen Themen alleine abendfüllend waren. Die Honorarordnung der Zahnärzte (HOZ) wurde von Dr. Bernd Borckmann als betriebswirtschaftliche Kalkulation vorgestellt. Mit Hilfe des von der Bundeszahnärztekammer in

Auftrag gegebenen Umrechnungsprogramms für bundesweit alle Zahnärzte ist immerhin gesichert, dass der kommenden „bematisierten GOZ“ ein betriebs-

wirtschaftlich kalkuliertes Modell gegenübergestellt werden kann.

Dr. Bernhard Jäger stellte im Anschluss das Konzept der Senioren- und Behinderten-



beauftragten der Landes-zahnärztekammer Baden-Württemberg vor. Präsenz der Zahnärzteschaft in Senioren- und Behinderten-

heimen und die Unterstützung engagierter Kollegen durch die Beauftragten ist erklärtes Ziel der Landes-zahnärztekammer. Die Bereitschaft in den Kreisen, dieses Projekt mit Leben zu füllen war erfreulich hoch. Die Senioren- und Behindertenbeauftragten sind in allen acht Kreisen gewählt und haben Ihre Arbeit aufgenommen.

Abschließend informierte Dr. Norbert Engel über das Jahr des Hautschutzes, erläuterte eine geplante Studie des Landesgesundheitsamtes mit Untersuchung 30 auffälliger Zahnarztpraxen (die betroffenen Praxen sind bereits angeschrieben). Bemerkenswert, es fanden sich weit mehr als 30 Zahnarztpraxen allein in Nordbaden, die freiwillig als Vergleichspraxen die Untersuchung durchführen lassen.

## Fortbildungsangebot für Zahnärztinnen und Zahnärzte

Gleich zu Beginn des Jahres hatten die Kolleginnen und Kollegen wieder das gemeinsame Fortbildungskalendarium aus dem Zahnärztheus Mannheim in der Hand.



Eine ganztägige Berufsfachkundevorlesung unter Leitung des Vorsitzenden, Dr. Bernd Borckmann besuchten an einem Samstag im Januar wieder 50 Studentinnen und Studenten. Gemeinsame Kursangebote mit guter Resonanz waren „Die Technik der intraoralen Fotografie“, „Controlling in der Zahnarztpraxis“ und „Neue Räume in der Zahnarztpraxis“.

Rechtliche Seminare wurden zu den Themen



„Werbung in der Zahnarztpraxis“,  
„Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz“

sowie „Neue Formen der Berufsausübung“ mit guter Resonanz angeboten. Zur noch gültigen GOZ wurden verschie-

dene Seminare durch den GOZ Referenten der BZK Karlsruhe, Dr. Jan Wilz angeboten.

Dezentrale Fortbildungsangebote sind inzwischen ebenfalls im Fortbildungsprogramm der BZK integriert, an verschiedenen Orten (einmal in Bad Wildbad, zweimal in Mannheim) fanden Hygieneworkshops unter der Leitung von Dr. Norbert Engel statt. Wiederaufgelegt wurde eine Reihe von Notfalldienstkursen, daneben wurden

insgesamt 23 Röntgenkurse für die Helferinnen angeboten. Im April fand zum zweiten Mal der Tag des Qualitätsmanagements im Zahnärztheus Mannheim unter Leitung von Dr. Norbert Engel, Fortbildungsreferent der BZK Karlsruhe und Referent für Qualitätsmanagement der Landes-



Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg statt. 140 Teilnehmer konnten neben dem Präsidenten der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, Dr. Udo Lenke, und dem Vorsitzenden der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg, Dr. Peter Kuttruff, fünf hochkarätige Referenten zu diesem wichtigen Thema erleben.

Dr. Engel nahm diese Veranstaltung zum Anlass, die gemeinsamen Bemühungen eines freiheitlichen Ansatzes der zahnärztlichen Körperschaften in Baden-Württemberg zum SGB V vom Gesetzgeber vorgeschriebenen Qualitätsmanagement darzulegen.



Die enge Abstimmung der Körperschaften in der Auslegung der Richtlinien des gemeinsamen Bundesausschusses für ein Qualitätsmanagement in der vertragszahnärztlichen Praxis mündete in weitere Infoveranstaltungen von KZV und Kammer zum Qualitätsmanagement mit vielen hundert Teilnehmern. Daneben wurde das Qualitätsmanagement der DGQ angeboten.



### **Zahnmedizinische Mitarbeiter, Fachlehrer, Jugendzahnpflege**

Für Mitarbeiterinnen der Praxen (Herstellung von Situationsmodellen, Gruppen- und Individualprophylaxe) und Auszubildende (Lerntraining für Azubis) fanden ebenfalls mehrere Seminare statt.

Unter Leitung des Helferinnenreferenten Dr. Robert Heiden fand am 25. und 26. November 2006 in Ladenburg die alljährliche Fachlehrertagung statt.

Dr. Wilko Bouman lud am 08. November 2006 zur Sitzung der Arbeitsgemeinschaft Jugendzahnpflege ins Zahnärzthehaus Mannheim ein.

### **Ausblick**

Das Jahr 2008 wird wieder große Herausforderungen für die Zahnärztinnen und Zahnärzte bringen. Speziell die Kammer muss sich rund um die Beratung zur neuen GOZ aufstellen. Auf Landesebene müssen die in Karlsruhe seit Jahren bewährten Konzepte einer kollegennahen Unterstützung im täglichen Kampf um die dann aktuelle GOZ etabliert werden. Der Vorstand der BZK Karlsruhe wird alles daran setzen, die aktuellen Fragestellungen und Probleme basisnah aufzubereiten und umfassend zu informieren, insgesamt muss es Ziel für die nächsten Jahre sein, dass Dienstleistungsangebot der Kammer neuen Anforderungen anzupassen und weiter zu optimieren.

**V**on Kollegen für Kollegen“ – unter diesem Motto sieht der Vorstand der BZK Stuttgart seinen Auftrag. Nur wer die täglichen Fragestellungen der Zahnarztpraxis aus eigener Erfahrung kennt, kann erfolgreich Hilfestellung geben und mit Rat und Tat zur Seite stehen.

## Schwerpunkt der Kammerarbeit

Schwerpunkt der Arbeit der Bezirkszahnärztekammer Stuttgart im Jahr 2007 war es insbesondere, den Kammermitgliedern Hilfestellung und Unterstützung bei der Führung ihrer Zahnarztpra-



xen zu geben. Schwerpunktthemen waren unter anderem:

- Erfüllung der Fortbildungspflicht,
- Aktualisierung der Fachkunde Strahlenschutz nach der RÖV für Zahnärztinnen und Zahnärzte und Zahnmedizinische MitarbeiterInnen,
- Einführung eines Qualitätsmanagements in der Zahnarztpraxis,
- Betreuung von Alten-, Pflege- und Behinderteneinrichtungen.

## Fortbildung

Highlight des Stuttgarter Fortbildungsjahres 2007 war der 3. Stuttgarter Zahnärztetag der BZK Stuttgart, der am 22. und 23. Juni 2007 im Kultur- und Kongresszentrum Liederhalle, Stuttgart, mit einem Programm für Zahnärztinnen und Zahnärzte und für Zahnmedizinische Mitarbeiter/innen und einer eigenen begleitenden Dentalausstellung stattgefunden hat.

„Wer nicht dabei war, hat wirklich etwas verpasst“ urteilte das ZBW in seiner Ausgabe 8/2007. Unter der Überschrift „Endodontie: Indikationen – Möglichkeiten – Grenzen“ wurde das Thema aus allen Blickwinkeln beleuchtet. Es wurde deutlich, welchen Stellenwert die Endontie heute hat und dass demographische Erhebungen zeigen, dass sie in Zukunft noch mehr an Bedeutung gewinnen wird. Mit dem Anteil älterer Menschen steigt auch die Bedeutung zahn-erhaltender Maßnahmen. Damit trug der Stuttgarter Zahnärztetag dem vor- dringlichen Wunsch der Patienten Rechnung, Zähne bis ins hohe Alter zu erhalten. In hochkarätigen Vorträgen wurden umfassende und auch neue Kenntnisse der Endodontie vermittelt.

Fast 1.000 TeilnehmerInnen und ein gelungener Gesellschaftsabend in der Alten



## VORSTAND DER BEZIRKSZAHNÄRZTEKAMMER STUTTGART

Dr. Konrad BÜHLER, Eislingen, Vorsitzender  
Dr. Renate LÜLLWITZ-HOCH, Böblingen, stv. Vorsitzende  
Dr. Gerhard CUBE, Stuttgart, Gutachter-Referent  
Dr. Dr. Hans Thomas EICHE  
Dr. Helmut SCHÖNBERG, Fellbach, Referent für Zahnmedizinische MitarbeiterInnen



Reithalle des MARITIM-Hotels machten die Veranstaltung wieder zu einem vollen Erfolg.

Das diesjährige Forschungsstipendium der Walter und Anna Körner Stiftung, Stuttgart, in Höhe von 25.000,00 EUR erhielt der Tübinger Wissenschaftler Christoph Goldammer. Er wird dank dieses Stipendiums sein Projekt „Invitro Untersuchung zur Bruchfestigkeit und Dauerbruchfestigkeit von Zirkonoxidkonstruktionen in Abhängigkeit von der Oberflächenbearbeitung der Verblendkeramik“ an der Showa-Universität in Tokio weiterführen.

Viele weitere Fortbildungsveranstaltungen in Nord-Württemberg haben das



Stuttgarter Fortbildungsjahr abgerundet. Hierzu gehörten insbesondere die wissenschaftlichen Fortbildungen in den 12 Kreisvereinigungen der BZK Stuttgart und das 11. KH-Symposium – Herbsttagung der BZK Stuttgart in Zusammenarbeit mit der Vereinigung Wissenschaftliche Zahnheilkunde Stuttgart/ Katharinenhospital Klinikum Stuttgart zum Thema „Die Kieferhöhle – ein Problem für den Zahnarzt?“.

### **Aktualisierung der Fachkunde Strahlenschutz nach der RÖV für Zahnärztinnen und Zahnärzte und Zahnmedizinische MitarbeiterInnen**

Seit In-Kraft-Treten der Novellierung der Röntgenverordnung muss die Aktualisierung der Fachkunde Strahlenschutz mindestens alle 5 Jahre durch einen entsprechenden Kurs nachgewiesen werden.

Zum 30.06.2007 sind die letzten gesetzlich vorgegebenen Übergangsfristen abgelaufen, und zwar für Zahnärztinnen und Zahnärzte, die nach 1987 die Fachkunde erworben haben, und für Zahnmedizinische MitarbeiterInnen, die ihre Kenntnisse im Bereich Strahlenschutz bis zum 30.06.2002 erworben haben.

Für die BZK Stuttgart bedeutete dies: Organisation und Durchführung von

- 6 regionalen Ganztageskursen für Zahnärztinnen und Zahnärzte mit jeweils 8 Stunden für 1.195 TeilnehmerInnen und
- 18 regionalen Halbtageskursen für Zahnmedizinische MitarbeiterInnen

mit jeweils 4 Stunden für 4.592 TeilnehmerInnen

Lohn dieses Kraftakts waren nicht nur die erfolgreich bestandenen Testate, sondern auch die vielen positiven Rückmeldungen über die praxisnahe Gestaltung der Kurse und die gute Atmosphäre vor Ort.

### **Einführung eines Qualitätsmanagements in der Zahnarztpraxis**

Nachdem die „Tour de Ländle“ 2006 der BZK Stuttgart unter dem Thema „Qualitätsmanagement – Gesetzliche Bürde oder Gewinn für die Zahnarztpraxen?“ stand, hat der Vorstand im Oktober 2007 das dort gegebene Versprechen eingelöst, die Kolleginnen und Kollegen mit einem umfassenden Schulungsangebot zu akzeptablen Preisen zu unterstützen. Nach intensiven Vertragsverhandlungen mit der Deutschen Gesellschaft für Qualität e.V. wurde mit dieser ein Kooperationsvertrag abgeschlossen. Die BZK Stuttgart bietet damit nach der BZK Karlsruhe sowohl Grundlagenschulungen als auch Schulungen zur Einführung eines QM-Systems in Zahnarztpraxen an.

Zielgruppe der Schulungen sind Zahnärztinnen und Zahnärzte und MitarbeiterInnen aus Zahnarztpraxen, die sich über das Thema Qualitätsmanagement informieren und die interne Organisation der Praxis verbessern möchten und die ein systematisches QM-System in Ihrer Praxis einführen und ein QM-Handbuch erstellen möchten.

### **Betreuung von Alten-, Pflege- und Behinderteneinrichtungen**

Der Arbeitskreis Alterszahnheilkunde und Behindertenbehandlung der LZK Baden-Württemberg hat dem Vorstand der LZK vorgeschlagen, in den Kreisvereinigungen Behinderten- und Seniorenbeauftragte zu etablieren, die für die Betreuung und Koordination der Zahnheilkunde in Alten-, Pflege- und Behinderteneinrichtungen zuständig sein sollen, also Ansprechpartner und Koordinatoren für alle Kolleginnen und Kollegen im Kreis sind, die in Alten-, Pflege- und Behinderteneinrichtungen tätig sind oder tätig werden wollen. Nachdem Vorstand und Umlageausschuss der LZK der Etablierung der Behinderten- und Seniorenbeauftragten in den Kreisvereinigungen zugestimmt haben, hat der Vorstand der BZK Stuttgart die Behinderten- und Seniorenbeauftragten auf Vorschlag der zuständigen Kreisvereinigungsverfahren bestellt und der interessierten Kollegenschaft im Rahmen der Tour de Ländle 2007 mit dem Thema Zähne im Alter – ein Stück Lebensqualität vorgestellt.





# Bezirkszahnärztekammer Tübingen

Im Berichtszeitraum fanden in den Monaten Dezember, März, Juni und September vier Vorstandssitzungen statt. In der Juni-Sitzung werden die Berufsjubilare anlässlich ihrer 50 jährigen Approbation geehrt.

## Vertreterversammlung



Die Vertreterversammlung findet traditionell immer in Lindau anlässlich der Bodenseetagung im September statt.

## Bodenseetagung

Bei den Fortbildungsveranstaltungen dominierte natürlich im Jahr 2007 die wie



immer sehr gut besuchte 42. Bodenseetagung. Neben einem hervorragenden wissenschaftlichen Programm zum Thema „Zahnersatz und Lebensqualität“, kam auch die Pflege des Gemeinsinns nicht zu kurz. Ein Ehrengastessen und ein Gesellschaftsabend rundeten das Programm ab.

## Herbstsymposium der Universitätszahnklinik Ulm

Am 18.11.2006 fand das nun mittlerweile traditionelle und gut besuchte Ulmer Herbstsymposium statt, bei dem die Klinik aktuelle Themen aus der Forschung vorstellt.

## Senioren- und Behindertenbeauftragte

Inzwischen ist das „Ulmer Modell“, ein Projekt, das von Ulmer Zahnärztinnen und Zahnärzten auf die Initiative der Kollegen Gebhardt und Ludwig gestartet wurde, vom LZK-Arbeitskreis Alters- und Behindertenzahnheilkunde beispielhaft als Pilotprojekt anerkannt worden. Am 12.05.2007 fand eine erste Informationsveranstaltung für interessierte Bürger statt

In fast jedem Landkreis wurden inzwischen Kolleginnen und Kollegen benannt, die diese Aufgabe übernehmen werden. Am 18. Juli 2007 fand ein erstes Treffen in Riedlingen statt, um ein einheitliches Vorgehen abzustimmen. Erster Schritt soll die Kontaktaufnahme mit den Trägern der Einrichtungen sein, dann soll ein „Team“ von interessierten Zahnärzten in den Kreisen gebildet werden, das diese Einrichtungen dann betreut. Betreuung bedeutet hier nicht die Behandlung von Patienten, sondern primär die Un-

## VORSTAND DER BEZIRKSZAHNÄRZTEKAMMER TÜBINGEN

Dr. Wilfried FORSCHNER, Biberach, Vorsitzender  
Dr. Dr. Heiner SCHNEIDER, Metzingen, stv. Vorsitzender  
Dr. Knut HOCHLEITNER, Reutlingen  
Dr. Bernd STOLL, Albstadt, Referent für Zahnmedizinische MitarbeiterInnen  
Dr. Helmut WELLER, Pfullingen, GOZ-Referent

terwesung des Personals in den einfachsten Maßnahmen und Hilfen für die Bewohner der Einrichtungen. Dazu stehen pro Kreis ein „Mundhygienekoffer“ mit Hilfsmitteln und ein Powerpoint-Vortrag zur Verfügung.

Ziel ist es, bis zum Frühjahr 2008 eine Bestandsaufnahme zu machen, aus der hervorgeht, ob und welches Interesse bei den Trägern vorhanden ist und wie in den einzelnen Kreisen vorgegangen werden kann.



Am 24. August 2007 fand ein Gespräch von Kollegin Faiss und dem Vorsitzenden mit dem Leiter des Tübinger Gesundheitsamtes und dem zuständigen Jugendzahnarzt statt. Das Interesse des Gesundheitsamtes ist vorhanden und ein erster Vortrag vor den Leitern der Einrichtungen wird demnächst terminiert.

### **Berufsgerichte**

Die Zahl der Verfahren entwickelte sich wie folgt:

1998	31 Verfahren
1999	31 Verfahren

2000	51 Verfahren
2001	15 Verfahren
2002	4 Verfahren 5 Einstellungsverfügungen
2003	4 Verfahren 6 Einstellungsverfügungen
2004	1 Verfahren 3 Einstellungsverfügungen
2005	4 Verfahren 4 Einstellungsverfügungen
2006	3 Verfahren 4 laufende Ermittlungen 3 Einstellungsverfügungen
2007	3 Verfahren 4 laufende Ermittlungen 2 Einstellungsverfügungen

### **Gutachterkommission für Fragen zahnärztlicher Haftung**

Im laufenden Jahr hat die Gutachterkommission für Fragen zahnärztlicher Haftung 40 Fälle vorliegen.

### **Standespolitische Nachwuchstagung**

Die Standespolitische Nachwuchstagung des Jahres 2006 fand am 6./7.10.2006 in Limpach statt. Kernthema war das „Bild des Zahnarztes in der Gesellschaft“, einmal aus Sicht der Öffentlichkeit (Vortrag Prof. Dr. W. Marotzki) und zum Anderen aus der Sicht der Zahnärzte (Vortrag Dr. Peter Kuttruff).

Im Jahr 2007 fand die standespolitische Nachwuchstagung in am 28./29.09. in Isny statt. Höhepunkt war neben den Berichten aus KZV und Kammer ein Seminar mit dem Rhetoriktrainer Peter Brandt aus Tübingen. Außerordentlich bewährt hat sich die Einbeziehung von Studenten der höheren Semester aus Tübingen und Ulm.

### **Praxistag**

Der diesjährige Praxistag, von der BZK Tübingen organisiert, fand am 07. Juli 2007 in Ulm statt. Themen der Veranstaltung waren „Neue Berufsausübungsformen“ (RA Michael Lennartz und Dr. Dr. Heiner Schneider) sowie „Erstattungsverhalten privater Krankenversicherungen“ (RAin Doris Mücke).

### **Patientenberatung und Zweitmeinung**

Der BZK-Vorstand hat schon im Jahr 2006 beschlossen, die gemeinsame Patientenberatung und Zweitmeinung von LZK und KZV im bestehenden Umfang weiter zu führen. Er spricht sich gegen eine Ausweitung der Beratungsstellen (an der Universitätszahnklinik Ulm oder in Praxen) aus. Die bisherige Beratung auf „neutralem Boden“ im Zahnärztehaus hat sich bewährt. Weder die betroffenen Patienten noch die beteiligten Beratungszahnärzte sehen hier Handlungsbedarf.

Vom Arbeitskreis Patientenberatung wurde in 2007 ein neues „Organisations- und Ablaufschema“ entworfen und inzwischen von beiden Körperschaften unterzeichnet.

### **Weitere politische Aktivitäten**

14.10.2006

Podiumsdiskussion des Vorsitzenden in Oberteuringen unter anderen mit dem Mitglied des Deutschen Bundestages, Annette Widmann-Mauz

04.04.2007

Gespräch mit dem Mitglied des Deutschen Bundestages, Franz Romer.

### **Geschäftsführung und Geschäftsstelle**

Auch das vergangene Jahr war von einer vertrauensvollen Zusammenarbeit von Vorstand und Geschäftsstelle geprägt. Deshalb ein herzliches „Dankeschön“ an die Geschäftsführerin, Hildegard Vöhringer, und an alle Mitarbeiter/Innen der Geschäftsstelle. Ein Betriebsausflug im Juli an den schönen Bodensee ist ein Zeichen des guten Betriebsklimas in der BZK Tübingen.





**A**uf Grund der in 2006 und auch in 2007 erfolgten Novellierung des Heilberufe-Kammergesetzes (HBKG) hatte der LZK-Vorstand eine umfassende Änderung der aus dem Jahre 1977 stammenden LZK-Satzung sowie entsprechende Folgeänderungen weiterer Satzungen beim Satzungsausschuss in Auftrag gegeben. Im Einzelnen beschäftigte sich der Satzungsausschuss mit nachfolgenden Satzungsänderungen und machte hierzu entsprechende Vorschläge, die der LZK-Vertreterversammlung zunächst im Juli 2007 vorlagen, diese jedoch dann auf die Vertreterversammlung im Dezember verlagt wurden.

## 1. Neufassung der Satzung der Landes Zahnärztekammer

Bedingt durch die Änderungen des Heilberufe-Kammergesetzes aus dem Jahre 2006 und jüngst zum 10.10.2007 sind gesetzliche Änderungen eingetreten, die eine Änderung der LZK-Satzung bedürfen. Beispielhaft genannt seien hier insbesondere die Auflösung der Ethikkommission bei der Landes Zahnärztekammer und die Bildung einer zentralen Ethikkommission für Ärzte und Zahnärzte bei der Landesärztekammer, die Erweiterung der kammergesetzlichen Aufgaben, hier insbesondere die Ausgabe der Health Professional Card, die Beachtung der Patientenrechte bei der Wahrnehmung der Kammeraufgaben, die Umbenennung des Sozialministeriums Baden-Württemberg in Ministerium für Arbeit und Soziales und des Umlageausschusses in Haushaltsausschuss sowie die Umsetzung der EU-Berufsanerkennungsrichtlinie in nationales Recht.

## 2. Neufassung der Geschäftsordnung der Vertreterversammlung

Die Geschäftsordnung der Vertreterversammlung der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg (GO-VV) stammt vom 09.06.1977. Seit dieser Zeit ist die GO-VV unverändert geblieben. Im Rahmen der Änderung der LZK-Satzung wurde eine weit reichende Entschlackung der Hauptsatzung von Vorschriften vorgenommen, die rechtssystematisch bzw. auf Grund ihres Regelungsinhaltes andernorts zu regeln waren. Eine Vielzahl dieser Vorschriften, die systemwidrig in der LZK-Satzung geregelt wurden, gehörte in die Geschäftsordnung der Vertreterversammlung und die Geschäftsordnung des Vorstandes. Die weiteren wesentlichen Änderungen in der GO-VV waren beispielsweise die Regelungen, in welchen Fällen eine geheime Wahl zu erfolgen hat sowie die von der Vertreterversammlung bereits beschlossene Installierung eines Versammlungsleiters.

## 3. Neufassung der Geschäftsordnung des Vorstandes

Die Überarbeitung der LZK-Satzung bedingte letztlich auch eine Neufassung der Geschäftsordnung des Vorstandes der Landes Zahnärztekammer (GO-VO), die unverändert bereits seit 1977 datiert. Neben einer grundlegenden redaktionellen Anpassung der Formulierungen im Satzungstext an den Wortlaut der LZK-Satzung und der GO-VV wurde die bisher in der LZK-Satzung geregelte Beschlussfähigkeit des Vorstandes in die Geschäftsordnung aufgenommen. Ein Änderungsbedarf ergab sich des Weiteren auf Grund der Erweiterung des Regelungsinhalts in § 17 Abs. 3 Heilberufe-

### MITGLIEDER

Dr. Joachim SCHWALBER, Freiburg, Vorsitzender  
Dr. Wilfried FORSCHNER, Biberach, stv. Vorsitzender  
Dr. Jürgen CAROW, Flein  
Dr. Karl-Heinz SUNDMACHER, Hockenheim  
Dr. Torsten TOMPERT, Esslingen

### ZUSTÄNDIGKEIT IN DER LZK-GESCHÄFTSSTELLE

Cäcillia FALK

Kammergesetz. Danach ist im Kammergesetz nicht mehr nur von „Ausschüssen“, sondern nunmehr auch von „Kommissionen und Arbeitskreisen“ die Rede.

#### **4. Änderung der Berufsordnung**

Die im Dezember vergangenen Jahres von der LZK-Vertreterversammlung auf Grund der Etablierung einer gemeinsamen Ethikkommission für Ärzte und Zahnärzte bei der Landesärztekammer Baden-Württemberg beschlossene Aufhebung des Statuts einer Ethikkommission bei der LZK BW hatte zur Folge, dass die berufsrechtliche Vorschrift noch auf die Ethikkommission bei der LZK verwiesen hat. Die nunmehr vorbereitete Änderung der Berufsordnung bildet die Etablierung der gemeinsamen Ethikkommission bei der Landesärztekammer in der Berufsordnung ab. Daneben wurden auch die durch die EU-Berufsanerkennungsrichtlinien ergebenden Neuerungen in der Berufsordnung abgebildet.

#### **5. Neufassung der Meldeordnung**

Die Meldeordnung wurde einer grundlegenden redaktionellen und inhaltlichen Überarbeitung unterzogen, bedingt durch die Änderungen im HBKG und in der LZK-Satzung. Die wesentlichen Änderungen der Meldeordnung sind insbesondere zu finden in der Meldepflicht, betreffend die freiwillige Mitgliedschaft, Regelungen bezüglich der Mitgliedsakte bei mehreren Tätigkeitsorten in verschiedenen Kammerbezirken sowie der Speicherung und Weitergabe von Daten. Die Neufassung trägt nunmehr auch der berufsrechtlichen Liberalisierung und der damit verbundenen Möglichkeit der Kammermitglieder, mehrere Praxissitze zu gründen, Rechnung.

#### **6. Neufassung der Gutachterordnung**

Auf Vorschlag der Gutachterreferenten wurde die Gutachterordnung in einigen wesentlichen Punkten einer Änderung unterzogen. So ist nunmehr vorgegeben, dass ein Gutachter noch zahnärztlich tätig sein muss. Aufgenommen wurde in den Satzungstext auch, dass die Selbsteinschätzung des Gutachters, dass er für einen bestimmten Gutachterauftrag fachlich nicht geeignet ist, Grund für eine Ablehnung eines Gutachterauftrages sein kann. Der Auffassung der Gutachterreferenten, dass die Gutachterordnung kein Leitfaden für die Erstellung von Gutachten sein sollte, wurde ebenfalls Rechnung getragen und die bisherigen Regelungen zur „Vorbereitung des Gutachtens“ als auch zum „Aufbau des Gutachtens“ aus dem Satzungstext ersatzlos gestrichen. Ein zusätzlicher Änderungsbedarf ergab sich auch auf Grund der Änderung der Rechtsgrundlage für die Entschädigung der Gutachter. Das frühere Zeugen- und Sachverständigenentschädigungsgesetz (ZSEG) wurde durch das Justizvergütungsentschädigungsgesetz (JVEG) ersetzt.

#### **7. Änderung der Wahlordnung**

Die Wahlordnung aus dem Jahre 1991 wurde redaktionell überarbeitet und einer geschlechtsneutralen Formulierung unterzogen, was, neben der Streichung der Verweise auf Paragraphen im Satzungstext, zu einer wesentlichen Vereinfachung und Lesbarkeit der Wahlordnung beigetragen hat. Ferner wurden auf Vorschlag und in Abstimmung mit dem langjährigen Landeswahlleiter, LMinRat a. D. Helmut Schwall, weitere Änderungen vorgenommen, um Unklarheiten im Ordnungstext zu beseitigen.

**A**m 31. Januar des Jahres hat die außerordentliche Bundesversammlung der Bundeszahnärztekammer die „Honorarordnung der Zahnärzte“ (HOZ) einstimmig verabschiedet. Mit der HOZ hat die Zahnärzteschaft einen Vorschlag unterbreitet, der den Anforderungen an eine wissenschaftlich fundierte und präventionsorientierte Zahnheilkunde gerecht wird und eine auf betriebswirtschaftlichen Grundsätzen beruhende Bewertung für eine qualitativ hochstehende Zahnheilkunde schafft. Die Bundeszahnärztekammer hat den Vorschlag der Zahnärzteschaft für eine neue Rechtsverordnung zur Regelung der Entgelte für zahnärztliche Tätigkeiten auch offiziell dem Bundesministerium für Gesundheit übergeben. Neben dem Bundesministerium für Gesundheit wurde die HOZ an die Mitglieder des Gesundheitsausschusses und des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestags, an die Vorsitzenden und gesundheitspolitischen Sprecher der Fraktionen des Deutschen Bundestages, das Bundeskanzleramt sowie die Presse überreicht.

## **Novellierung der GOZ als zentrales Thema im Ausschuss**

Zeitlich folgend auf die HOZ hat im Juli des Berichtsjahres das Bundesministerium für Gesundheit dem Ausschuss für Gesundheit des Deutschen Bundestages einen Sachstandsbericht über den Stand der GOZ-Novelle vorgelegt. Aufgrund der gesundheitspolitischen Entwicklungen war es daher unerlässlich, dass sich der GOZ-Ausschuss in seiner Sitzung im November des Jahres ausführlich mit dieser Thematik beschäftigte, zumal die

neue GOZ voraussichtlich im Jahre 2008 in Kraft treten soll.

Der GOZ-Ausschuss stellte fest, dass bei dem erkennbaren Versuch die Gebührenordnung in eine Erstattungsordnung umzuwandeln, an zahlreichen Stellen



Einschränkungen definiert werden, die zahnmedizinisch fachlich nicht haltbar erscheinen und dem Einzelfall nicht gerecht werden. Ohne Frage geht mit jeder Gebührenordnung wie jeder Rechtsnorm ein hohes Maß an Abstraktion ein-

her. Da die GOZ jedoch die Behandlung von Patienten beschreibt, die in ihrer Individualität unterschiedlichste Behandlungskonzepte erfordern, ist es zwingend erforderlich, dass eine Gebührenordnung die Berücksichtigung dieser Individualität erlaubt. Willkürliche Leistungseinschränkungen verhindern in diesem Sinne eine risikoadaptierte Behandlung des einzelnen Patienten.

In diesem Zusammenhang wurde eine Bewertung des als „interner Entwurf“ des BMG vorliegenden Leistungsverzeichnisses zur GOZ vorgenommen. Der Ausschuss kam zu dem Ergebnis, dass das Leistungsverzeichnis fachwissenschaftlich nicht zutreffend sei, da elementare Prinzipien und Grundsätze einer modernen Zahnmedizin in Deutschland verletzt, anerkannte oralepidemiologische Forschungsergebnisse ignoriert und infolge-

### **MITGLIEDER**

**Dr. Bernd U. BORCKMANN, Heidelberg, Vorsitzender**  
**Dr. Ulrich MEIßNER, Freiburg, stv. Vorsitzender, GOZ-Referent BZK Freiburg**  
**Dr. Guido FALKENTHAL, Leonberg, GOZ-Referent BZK Stuttgart**  
**Dr. Helmut WELLER, Pfullingen, GOZ-Referent BZK Tübingen**  
**Dr. Jan WILZ, Mannheim, GOZ-Referent BZK Karlsruhe**

### **KOOPTIERTES MITGLIED**

**Dr. Dr. Alexander RAFF, Stuttgart, stv. GOZ-Referent BZK Stuttgart**

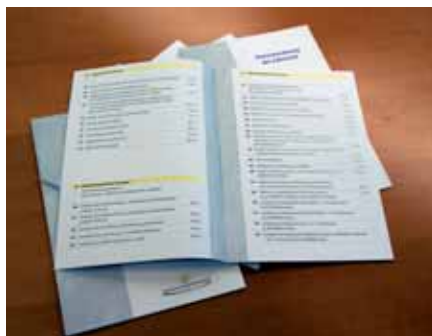
dessen eine präventionsorientierte, risikoadaptierte und individualisierte Behandlung verhindert werde. Der GOZ-Ausschuss erkannte, dass sich diese Mängel in ausnahmslos allen Abschnitten des Leistungsverzeichnisses niederschlagen.

Aufgrund der Erkenntnisse wurde ein Maßnahmen- und Ablaufkatalog zur GOZ erarbeitet, welcher Möglichkeiten aufzeigt, die Kollegenschaft für diese Thematik zu sensibilisieren und durch entsprechende Informations- und Schulungsveranstaltungen auf die bevorstehenden Änderungen vorzubereiten. Ab dem Frühjahr 2008 sollen die ersten Informationsveranstaltungen in den Bezirken durchgeführt werden um die Zahnärzteschaft über die bevorstehenden Änderungen zu informieren.

### **Konstruktives Arbeitsgespräch mit dem Landesamt für Besoldung und Versorgung Baden-Württemberg**

Als Beihilfestelle des Landes Baden-Württemberg ist das Landesamt für Besoldung und Versorgung Baden-Württemberg (LBV) für die Zahlung von Beihilfen in der beamtenrechtlichen Krankenfürsorge und damit auch für die Beihilfegewährung von Aufwendungen für zahnärztliche Leistungen zuständig. Die Beihilfefähigkeit von Aufwendungen bestimmt sich nach der Beihilfeverordnung des Landes, die dem Grundsatz der „medizinischen Notwendigkeit und Angemessenheit der jeweiligen Leistun-

gen“ folgt. Da die Bewertung und Einschätzung der medizinischen Notwendigkeit und Angemessenheit von zahnmedizinischen Leistungen in der Praxis jedoch zunehmend auf Schwierigkeiten bei den zuständigen Sachbearbeitern stößt, fragte das LBV bei der Geschäftsstelle an, ob es möglich wäre, ein Arbeitsgespräch mit den zuständigen Referenten der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg zu führen um diese Thematik näher beleuchten zu können. Ein Arbeitsgespräch fand im Sommer des Jahres statt.



Es wurde offensichtlich, dass aufgrund interner Beihilfavorschriften sich in der täglichen Abrechnungspraxis des LBV zunehmend die Frage stellt, welche zahnärztlichen und zahntechnischen Leistungen bestimmten Erstattungseinschränkungen unterliegen. In diesem Zusammenhang haben sich in der Vergangenheit unterschiedliche Auffassungen zwischen dem LBV und dem Staatlichen Rechnungsprüfungsamt als dem für die Prüfung der Beihilfefestsetzung und dem Rechnungshof unterstellten zuständigen Prüfungsgremium bezüglich der Zuordnung verschiedener Leistungen gebildet.

Im Rahmen des Arbeitsgespräches wurde deutlich, dass sich das LBV den Ausführungen der Landes Zahnärztekammer zu zahnmedizinischen Erläuterungen und gebührenrechtlichen Sachverhalten anschließen konnte und in diesem Sinne auch künftig Erstattungsanträge der Beihilfeempfänger bearbeiten will. Lediglich das Rechnungsprüfungsamt als Aufsicht

#### **ZUSTÄNDIGKEIT IN DER LZK-GESCHÄFTSSTELLE**

**Thorsten BECK**  
**Katja VEIT**

würde in vielen Fällen gerne Erstattungskürzungen beantragen und das LBV hierzu anhalten. Auch wurde in diesem Zusammenhang bereits an die Einführung von „Sachkostenlisten“ im Rahmen der Erstattung nachgedacht. Dies wäre allerdings nur mit einem erheblichen Verwaltungsmehraufwand durchführbar, was derzeit nicht zu bewerkstelligen wäre.

Der offen geführte Dialog zwischen den Teilnehmern konnte als konstruktives Arbeitsgespräch gewertet werden. Nach Möglichkeit könnten auch künftig derartige Arbeitsgespräche stattfinden um auftretende Fragestellungen entsprechend zu behandeln.

Von Seiten der Landeszahnärztekammer wurde zudem die Möglichkeit erwähnt, bei eventuellen Fragestellungen im Rahmen der zahnärztlichen Liquidation direkt mit den GOZ-Referenten der Bezirkszahnärztekammern Kontakt aufnehmen zu können.

Auch könnte man sich vorstellen Informationsschulungen zur GOZ für die fachlich zuständigen Mitarbeiter des LBV zentral bei der Landeszahnärztekammer durchzuführen. Ein Grobkonzept wird derzeit vom GOZ-Ausschuss erarbeitet.

### **GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz-Einführung Basistarif zum 01.01.2009**

Zum 01.04.2007 ist das GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz (GKV-WSG) in Kraft getreten. Somit werden sich auch Änderungen des derzeitigen Standardtarifes sowie die Einführung des sogenannten Basistarifes ab 01.01.2009 ergeben. Demnach sieht das Gesetz vor, dass Versicherte mit dem Basistarif einen Anspruch auf zahnärztliche Behand-

lung gegenüber dem Zahnarzt haben. Die Behandlung darf nicht über dem Faktor 2,0 liquidiert werden.

Die Thematik der Behandlungspflicht des Zahnarztes wurde bereits in einem gemeinsamen Schreiben des Bundesministerium des Innern und des Bundesministerium der Justiz, vom 09.01.2007, an Dr. Martina Bunge, MdB, Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit des Deutschen Bundestages, näher betrachtet. Der entsprechende Auszug des Schreibens lag dem GOZ-Ausschuss vor.

Der GOZ-Ausschuss kam nach vorausgegangener Diskussion zu dem Ergebnis, dass durch den Sicherstellungsauftrag der KZV, Vertragszahnärzte mittelbar verpflichtet werden, im Basistarif Versicherte zu behandeln und für medizinisch notwendige Leistungen keine Berechnung über dem 2,0-fachen Satz GOZ erfolgen kann.

Kammermitglieder wurden über diese Thematik mittels Rundschreiben entsprechend informiert, um im Vorfeld mögliche Fehlinterpretationen über den neuen Basistarif aus dem Wege zu räumen.

### **Berechnungs- und Auslegungsfragen**

Ein zentrales Aufgabengebiet des GOZ-Ausschuss war auch in diesem Jahr die Bearbeitung von Berechnungs- und Auslegungsfragen zur Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ) und die Aktualisierung des Beschlusskataloges im Praxishandbuch „Gebührenordnung für Zahnärzte“ der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg.

Neben telefonischen und schriftlichen Anfragen zur GOZ bereitet der GOZ-

Ausschuss Abrechnungshinweise, Urteile, Listen von berechnungsfähigen Materialien und zahnmedizinische Bewertungen auf und vertrat so zahnärztliche Belange und Belange zum Allgemeinwohl in gleicher Hinsicht nach außen.

Die Beschlüsse sind immer aktuell im Internet eingestellt und können jederzeit abgerufen werden. Auf der Seite [www.lzk-bw.de](http://www.lzk-bw.de) unter dem Menü: Zahnärzte – Praxishandbücher – Gebührenordnung für Zahnärzte – Beschlusskatalog, sind alle Beschlüsse themenspezifisch geordnet und erlauben somit eine gezielte Suche nach dem gewünschten Schwerpunkt.



### Veröffentlichungen im Zahnärzteblatt Baden-Württemberg

Neben gebührenrechtlichen Beratungen in den jeweiligen Bezirken und der Abstimmung im GOZ-Ausschuss wurden auch bestimmte Sachverhalte im Zahnärzteblatt Baden-Württemberg publiziert um die zahnärztliche Kollegenschaft auf dem aktuellen Stand der wissenschaftlichen Entwicklungen (Praxisreife neuer

Behandlungsmethoden) und der gebührenrechtlichen Entscheidungen zu halten.

- ZBW 1/2007  
Quo vadis GOZ?  
Dr. Hartmut Falkenthal, GOZ-Referent der Bezirkszahnärztekammer Stuttgart
- ZBW 4/2007  
Beantwortung von Auskunftersuchen durch die PKV  
Dr. Dr. Alexander Raff
- ZBW 5/2007  
Neu gerichtliche Entscheidungen  
Dr. Jan Wilz, GOZ-Referent der Bezirkszahnärztekammer Mannheim
- ZBW 6/2007  
Die PKV wird nicht müde...  
Dr. Helmut Weller, GOZ-Referent der Bezirkszahnärztekammer Tübingen
- ZBW 7/2007  
Quo vadis Zahlheilkunde?  
Dr. Hartmut Falkenthal, GOZ-Referent der Bezirkszahnärztekammer Stuttgart
- ZBW 10/2007  
„Versuchsanordnungen“ in der Zahnheilkunde  
Dr. Dr. Alexander Raff
- ZBW 11/2007  
Dentinadhäsive Aufbaufüllungen  
Dr. Jan Wilz, Mannheim, GOZ-Referent der Bezirkszahnärztekammer Mannheim
- ZBW 12/2007  
Dr. Helmut Weller, GOZ-Referent der Bezirkszahnärztekammer Tübingen

# Ausschuss für Praxisführung

**D**er Ausschuss für Praxisführung führte im Berichtsjahr 2007 vier Sitzungen durch. Im März fand eine Klausurtagung zum Thema „Aufbereitung von Medizinprodukten“ statt.

Der Ausschuss hat sich vorrangig mit den Themen Hygiene, Aufbereitung von Medizinprodukten und deren Umsetzung durch den Leitfaden der LZK zur Organisation der Hygienemaßnahmen, dem Arbeitsschutz (insbesondere Hautschutz) sowie den Entwicklungen der behördlichen Maßnahmen im Rahmen deren Überwachungspflichten auseinandergesetzt.

Nach Einrichtung eines internen Online-Forums für die Mitglieder des Ausschusses ist die Abklärung von Einzelfragen - insbesondere nach Beendigung der Hotline - schnell, effizient und problemlos möglich.

## **Leitfaden Organisation der Hygiene in der Zahnarztpraxis**

Nach dem Erscheinen des Leitfadens im Sommer 2006 war der Ausschuss im Jahr 2007 auf Grund der weiteren Entwicklungen in diesem Bereich und vor allem den Konkretisierungen in verschiedenen Teilbereichen durch die praktische Erfahrung mit der Überarbeitung zur 2. Auflage beschäftigt. Insbesondere die Aufbereitung von Hand- und Winkelstücken im Sterilisator wurde im Land kontrovers diskutiert. Nach mehreren Veröffentlichungen über die Wirkungsweise eines Sprüh- Desinfektionsmittels zur Desinfektion von Hand- und Winkelstücken gemäß den Vorgaben nach der RKI-Empfehlung lud der Ausschuss für

Praxisführung den Verfasser des Gutachtens über das Desinfektionsmittel zum Gespräch ein. Die Aktualisierung des Leitfadens zur Organisation der Hygiene wurde auf Grund der neuen Erkenntnisse vorangetrieben und wird in Kürze fertig gestellt.

Weiterhin verfolgt der Ausschuss seine Idee von der Umsetzung der Inhalte in Sachen Hygiene durch Fortbildungen des gesamten Praxisteam. Angedacht ist ein Einstieg in E-Learning Programme zur Fortbildung von zahnmedizinischen MitarbeiterInnen mit dem Thema „Freigabe“. Es soll eine Struktur sowie ein Zeitplan erarbeitet werden und dann gemeinsam mit dem Ausschuss für zahnmedizinische MitarbeiterInnen beraten werden.

Immer wieder Diskussionsstoff bringen die Unterlagen über Begehungen nach Medizinprodukterecht aus anderen Länderkammern. Der Ausschuss setzt sich fachlich ausführlich damit auseinander, um auf Fragen der Kammermitglieder angemessen reagieren zu können. Auch hier in Baden Württemberg verschickte Fragebögen bieten zahlreiche zu diskutierende Elemente, mit denen sich der Ausschuss eingehend befasste.

## **Hygiene Hotline**

Auf Grund der zahlreichen Anfrage aus der Zahnärzteschaft zu den Fragen der Hygiene und der Aufbereitung von Medizinprodukten wurde die Sommer 2006 eingerichtete Hygiene-Hotline bis einschließlich Juli 2007 fortgesetzt. Die Mitglieder des Ausschuss für Praxisführung standen somit ein Jahr lang abwechselnd

### **MITGLIEDER**

**Dr. Norbert STRUSS, Freiburg, Vorsitzender**  
**Dr. Burkhard MAAGER, Denzlingen, stv. Vorsitzender**  
**Dr. Jürgen CAROW, Flein**  
**Dr. Christian HOCH, Reutlingen**  
**Dr. Carsten ULRICH, Mannheim**  
**KOOPTIERTES MITGLIED**  
**Dr. Norbert ENGEL, Mühlacker**

### **ZUSTÄNDIGKEIT IN DER LZK-GESCHÄFTSSTELLE**

**Christine MARTIN**  
**Katja VEIT**  
**Marco WAGNER**



zweimal monatlich einen halben Tag telefonisch den Kammermitgliedern zur Verfügung. Anhand der erhobenen und von der Geschäftsstelle ausgewerteten Daten zeigte sich ein Hauptbereich der Fragestellungen bei dem Thema Sterilisatoren. Interessant war auch die Nachvollziehbarkeit der Umsetzung des Hygiene-Leitfadens in den Praxen. Von einem Termin der Hotline zum nächsten war das Grundwissen vertiefter und die Fragen dementsprechend detaillierter.

Durch die personelle Verstärkung der LZK-Geschäftsstelle im Bereich Praxisführung seit Juni 2007 mit Marco Wagner wird die Hotline nunmehr täglich weitergeführt.

### **Arbeitsschutz**

Das Thema Arbeitsschutz gewinnt innerhalb der Praxisführung immer mehr an Bedeutung. Dementsprechend beschäftigt sich der Ausschuss zunehmend mehr damit und hat beschlossen, einen Leitfaden zum Arbeitsschutz zu erstellen. Die Abstimmung dieses Werkes hat im Ausschuss bereits begonnen. Die Fertigstellung und Versendung ist für das erste Quartal 2008 vorgesehen, so dass ein ausführlicher Bericht im nächsten Jahresbericht erfolgen wird.

### **Praxishandbücher**

Der Ausschuss beschäftigte sich auch mit der Neukonzeption des Aufbaus der Praxishandbücher. Nachdem jetzt 5 Bücher auf der CD-ROM enthalten sind, sollte noch ein 6. Buch hinzukommen: Das BuS-Handbuch, das den ersten Teilnehmern am Kammermodell in die-

sem Jahr noch in Schriftform zur Verfügung gestellt wurde.

Eine Neuauflage der CD-ROM Praxishandbücher, die Teil der Präsentation der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg auf der Messe Fachdental im Oktober 2007 war, mit der neuen Konzeption ist seitens des Ausschusses geplant.

### **BuS-Dienst – Kammermodell**

Unter BuS-Dienst – Kammermodell versteht sich das alternative bedarfsorientierte Betreuungsmodell für den betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Dienst in der Zahnarztpraxis.

Die Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg bietet seinen Kammermitgliedern seit Anfang dieses Jahres die alternative Betreuung (Kammermodell) in



Zusammenarbeit mit der Berufsgenossenschaft für Wohlfahrtspflege (BGW) und der Zahnärztekammer Westfalen-Lippe an. Der Ausschuss für Praxisführung hat in Verhandlungen

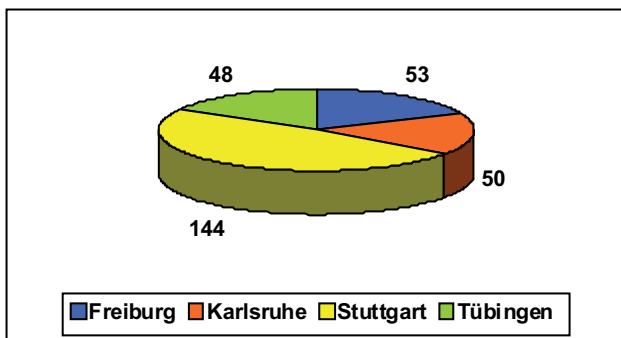
intensiv auf die Einführung dieses kammer-eigenen Modells in Baden Württemberg hingearbeitet. Seit Februar 2007 ist die Umsetzung nun gelungen; jetzt gilt es die Vorteile des Kammermodells der Zahnärzteschaft noch deutlicher zu ma-

chen, so dass die Teilnehmerzahlen größer werden. Aus diesem Grund wird das Thema BuS-Dienst den Ausschuss für Praxisführung weiterhin beschäftigen.

Der Ablauf bei der Teilnahme am Kammermodell stellt sich wie folgt dar:  
 Der Praxisinhaber wird in 5 Zeitstunden durch einen Betriebsarzt und eine Fachkraft für Arbeitssicherheit geschult. Durch diese Schulung wird der Praxisinhaber in die Lage versetzt, die Erstbegehung seiner Praxis selbst durchzuführen und die Gefährdungsbeurteilung zu erstellen. Bei auftauchenden Fragen steht den Teilnehmern eine Telefon-Hotline zur Verfügung. Außerdem erhält jeder Praxisinhaber ein BuS-Handbuch.

Für die Teilnahme an diesem Betreuungsmodell wird ein Betrag von EUR 99,00 pro Jahr fällig. Darin enthalten sind die einmalige Schulung, die Nutzungsmöglichkeit der Hotline sowie das BuS-Handbuch nebst Aktualisierungen. Im BuS-Handbuch sowie den LZK-Praxishandbüchern 'Qualitätsmanagement in der Zahnarztpraxis' finden sich detaillierte Informationen und Hilfsmittel zur Umsetzung eines effektiven Arbeitsschutzes.

Es sind derzeit 295 Praxen am Kammermodell beteiligt, die sich wie folgt auf die einzelnen Bezirkszahnärztekammern aufteilen:



Am 18.07.2007 fand in Stuttgart die erste und am 15.09.2007 in Karlsruhe die zweite BuS-Dienst-Schulung statt. Hier wurde deutlich, warum die Landes Zahnärztekammer sich im Rahmen des Kammermodells für die eigenverantwortliche Organisation der sicherheitstechnischen und betriebsärztlichen Betreuung stark macht. Der Vorsitzende des Ausschuss für Praxisführung, Dr. Norbert Struß, betonte in seinem Vorwort, dass alle Entscheidungen für den Arbeits- und Gesundheitsschutz in Ihrer Praxis bei dem Praxisinhaber liegen – von dieser Verantwortung kann sich niemand freikaufen.



Wer kennt sich in den komplexen Arbeitsabläufen einer zahnärztlichen Praxis besser aus als der Praxisinhaber? Dafür sprechen seine fachliche Qualifikation und die Tatsache, dass der Zahnarzt in den überwiegenden Teil der von seinen Arbeitnehmern zu leistenden Arbeitsprozesse einbezogen ist. Folgerichtig gibt es niemand, der geeigneter wäre, die betriebsärztliche und sicherheitstechnische Betreuung der Zahnarztpraxis wahrzunehmen als der Praxisinhaber selbst. Die Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg gibt dem Praxisin-

haber mit dem neuen, so genannten Kammermodell jetzt die Möglichkeit diese betriebsärztliche und sicherheitstechnische Betreuung der Zahnarztpraxis eigenverantwortlich durchzuführen.

Mit dem neuen Kammermodell wählt der Praxisinhaber den Zeitpunkt der Praxisbegehung nun selbst. Es wird also keine unliebsamen Unterbrechungen des Praxisbetriebs mehr geben und auch keine Terminabsprachen mit externen Fachleuten. Außerdem kann der Praxisinhaber bei Teilnahme am Kammermodell nun 100% sicher sein, dass keinerlei sensible Daten die Praxis ohne sein Wissen verlassen.

Die Justiziarin der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, Christine Martin, gab den Teilnehmern zunächst einen rechtlichen Überblick. Den Vortrag des sicherheitstechnischen Teils übernahm Tobias Salomon und Dr. Stolze führte durch die betriebsärztlichen Betreuungsaspekte.



Eine wirksame Verhütung von Arbeitsunfällen und arbeitsbedingten Erkrankungen setzt als Bestandsaufnahme eine Gefährdungsermittlung voraus. Die BuS-Experten rieten, eine Gefährdungsanalyse mittels Prüflisten durchzuführen und die Ergebnisse sowie die ergriffenen Maßnahmen schriftlich zu dokumentieren. Die Dokumentation ist generell ein zentraler Aspekt, alles, was sie nicht



schriftlich haben, haben Sie nicht gemacht.

Ganz wichtig sei, betonte Tobias Salomon, den Arbeitsschutz ganzheitlich, als Teil der Praxisorganisation zu begreifen. Ansonsten plädierte der Sicherheitstechniker für einen praktikablen und ‚vernünftigen‘ Arbeitsschutz, finden Patienten den Ausgang Ihrer Praxis nicht, wird es Zeit Kennzeichnungen anzubringen. Ein Notausgang gehört hingegen nicht zu jenen Sicherheitskennzeichnungen, die einen Schilderwald erfordern.

Der Betriebsmediziner Dr. Stolze hob die Außenwirkung des Gesundheits- und Arbeitsschutzes hervor: Patienten fühlen sich wohl und kommen gerne wieder, wenn Sicherheit und Hygiene in Ihrer Praxis stimmen! Der Patientenschutz hat heute einen enormen Stellenwert, hinzu



kommt der Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dr. Stolze mahnte, die Fristen für arbeitsmedizinische Untersuchungen der Mitarbeiter genau einzuhalten. Wenn ein Hepatitis B Vorfall zu beklagen ist, hat der Gewerbearzt die Pflicht herauszufinden, woher die Krankheit kommt. Eine lückenlose Dokumentation aller Vor- und Nachsorgeuntersuchungen ist hier von entscheidendem Vorteil.

### **Aktualisierung der Fachkunde und der Kenntnisse im Strahlenschutz**

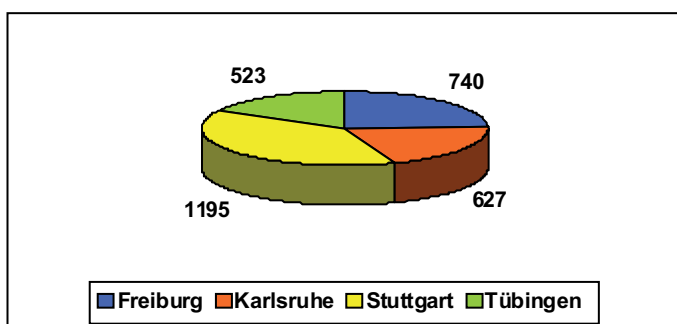
Seit In-Kraft-Treten der Novellierung der Röntgenverordnung muss die Aktualisierung der Fachkunde im Strahlenschutz mindestens alle 5 Jahre durch einen entsprechenden Kurs nachgewiesen werden. Für die vor dem 01.07.2002 tätigen Zahnärztinnen und Zahnärzte, die eine Röntgeneinrichtung betreiben, gelten für die Aktualisierung gestaffelte Fristen, die vom Zeitpunkt des Erwerbs der Fachkunde im Strahlenschutz abhängen. Zahnärztinnen und Zahnärzte, die bis 1987 ihre Fachkunde erworben haben, mussten diese bis zum 01.07.2005 in der ersten Runde aktualisieren. Für die Zahnärztinnen und Zahnärzte, die erst nach 1987 die Fachkunde erworben haben, begann dieses Jahr die zweite Runde: Sie waren verpflichtet, ihre Fachkunde bis zum 01.07.2007 zu aktualisieren. Die Landeszahnärztekammer hat in Zusammenarbeit mit den Bezirkszahnärztekammern die erforderlichen Kurse angeboten. Insgesamt nahmen 3.085 Zahnärzte an den Aktualisierungskursen teil. Diese teilen sich wie folgt auf die einzelnen Kammerbereiche auf:

Mit großem Erfolg fanden auch im gesamten Kammerbereich der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg zahlreiche Kurse zur Aktualisierung der Kenntnisse im Strahlenschutz für zahnmedizinische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter statt.

Nach der Richtlinie Fachkunde und Kenntnisse im Strahlenschutz bei dem Betrieb von Röntgeneinrichtungen in der Medizin oder Zahnmedizin vom 22.12.2005, haben alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die ihre Kenntnisse im Bereich Strahlenschutz (Röntgen) bis zum 30.06.2002 erworben haben, bis spätestens 30.06.2007 diese Kenntnisse zu aktualisieren. Dies betrifft grundsätzlich alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die ihre Berufsausbildung vor dem 01.07.2002 abgeschlossen haben.

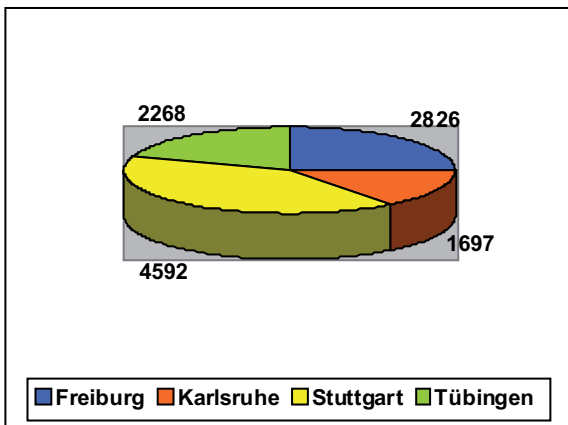
Falls der Nachweis der Aktualisierung nicht bis zum 30.06.2007 erbracht wurde, erlischt die Qualifikation. Dies hat zur Folge, dass diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter keine Röntgenaufnahmen mehr durchführen dürfen.

Die Dauer der Aktualisierungskurse betrug einschließlich einer Erfolgskontrolle vier Stunden. Vorbereitet durch die Lektüre des Skripts, welches alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach Anmeldung erhielten, kamen sie zu den halbtägigen Veranstaltungen. Durch den lebendigen Power-Point-Vortrag der Referenten, der durch viele Fotos sehr anschaulich und gut verständlich gestaltet ist, wurde die trockene Thematik aufgelockert. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen hatten genügend Möglichkeiten, Fragen zu stellen und oft entwickelt sich eine leb-



hafte Diskussion. Die Fragen der abschließenden Erfolgskontrolle wurden dann problemlos gelöst.

Im Jahr 2007 aktualisierten insgesamt 11.383 zahnmedizinische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Kenntnisse im Strahlenschutz. Diese verteilen sich auf die einzelnen Bezirkszahnärztekammern wie folgt:



### ZBW-Pinnwand

Die Pinnwand hat sich zu einem festen Bestandteil mit großem Wiedererkennungswert im Zahnärzteblatt Baden-Württemberg entwickelt. Der kurze Bericht über Themen der Praxisführung erfreut sich großer Beliebtheit und die Liste der Themen ist unerschöpflich. Folgende Themen wurden im Berichtsjahr im Zahnärzteblatt Baden-Württemberg veröffentlicht:

- ZBW 1/2007  
Mitarbeitergespräch  
Dr. Norbert Engel, Mühlacker
- ZBW 2/2007  
Schon GEZahlt?  
LZK-Geschäftsstelle
- ZBW 3/2007  
Brand- und Explosionsschutz  
Dr. Norbert Struß, Freiburg
- ZBW 4/2007  
Aktualisierung der Kenntnisse im Strahlenschutz  
LZK-Geschäftsstelle
- ZBW 5/2007  
TRBA 250  
Dr. Norbert Engel, Mühlacker
- ZBW 6/2007  
Auslaufzeit für 50 kV-Röntgengeräte  
Dr. Burkhard Maager, Denzlingen
- ZBW 7/2007  
TRGS 401 „Gefährdung durch Hautkontakt“  
Dr. Norbert Struß, Freiburg
- ZBW 8/2007  
Druckgeräte  
Dr. Carsten Ullrich, Mannheim
- ZBW 9/2007  
BGV A3 Prüfung der elektrischen Geräte  
Dr. Christian Hoch, Reutlingen
- ZBW 10/2007  
Strahlenschutzbeauftragter  
Dr. Burkhard Maager, Denzlingen
- ZBW 11/2007  
Arbeitsmedizinische Vorsorge  
Dr. Norbert Struß, Freiburg
- ZBW 12/2007  
Umgang mit den Praxishandbüchern der LZK BW  
LZK-Geschäftsstelle
- ZBW 12/2007  
Weihnachtliche Teambesprechung  
Dr. Norbert Engel, Mühlacker

# Weiterbildungsausschuss für Kieferorthopädie

**D**er Weiterbildungsausschuss für Kieferorthopädie führte im Berichtsjahr 2007 vier Sitzungen durch, in denen er sich hauptsächlich mit der Durchführung von Fachgesprächen im Rahmen des Anerkennungsverfahrens zur Erlangung der Fachgebietsbezeichnung „Fachzahnarzt für Kieferorthopädie“ beschäftigte.

## Anzahl der Fachgespräche

Durchführung von Fachgesprächen	17
davon erfolgreich bestanden	15
nicht bestanden	2

## Anzahl der Ermächtigungen

### 2-jährige Weiterbildungsermächtigung

Überprüfung der formalen Voraussetzungen	4
Durchführung der „kollegialen Gespräche“ mit Erteilung der Ermächtigung	1
Ablehnung des Antrages	2

## Anzahl der Ermächtigungen

### 3-jährige Weiterbildungsermächtigung

Überprüfung der formalen Voraussetzungen	0
Empfehlung zur Erteilung der Ermächtigung	1

Weitere Themenbereiche neben den zahlreichen Fachgesprächen, denen sich der Ausschuss anzunehmen hatte, waren die Genehmigung zur Verlängerung der Unterbrechung der Weiterbildungszeit, die Weiterbeschäftigung eines Weiterbildungsassistenten bei Ausscheiden des Weiterbildungsleiters sowie die Anerkennung einer zahnärztlichen Tätigkeit im Ausland auf das allgemein-zahn-

ärztliche Jahr (Dubai, Vereinigte Arabische Emirate).



Der Weiterbildungsausschuss beschäftigte sich des Weiteren mit Ausnahmeregelungen betreffend die Ableistung des allgemein-zahnärztlichen Jahres und einer nicht zusammenhängenden 2-jährigen fachspezifischen Weiterbildungszeit.

## MITGLIEDER

Prof. Dr. Dr. Gernot GÖZ, Tübingen, Vorsitzender  
Dr. Gabriele GÜDE, stv. Vorsitzende  
Dr. Alfred KIMMICH, Schwetzingen  
Dr. Thomas MIERSCH, Esslingen  
Dr. Thomas NEY, Tübingen

## ZUSTÄNDIGKEIT IN DER LZK-GESCHÄFTSSTELLE

Cäcilia FALK

**Die nachstehenden statistischen Angaben geben einen Überblick über die derzeitige Situation und die Entwicklung der Fachzahnärzte für Kieferorthopädie**

**Statistik Fachzahnärzte für Kieferorthopädie**

Anzahl der Fachzahnärzte für Kieferorthopädie (Stand 31.12.2006)

	FR	KA	S	TÜ	LZK
Niedergelassene Fachzahnärzte	98	112	171	74	455
In Praxen tätige Assistenten, Vertreter, angestellte Zahnärzte	2	1	2	0	5
Beamte, Angestellte außerhalb der ZA-Praxis	2	8	1	5	16
ohne zahnärztliche Tätigkeit	29	36	2	21	113
<b>Gesamt</b>	<b>131</b>	<b>157</b>	<b>201</b>	<b>97</b>	<b>589</b>

**Derzeit in Weiterbildung auf dem Gebiet der Kieferorthopädie gemeldete Weiterbildungsassistenten**

(Stand 10/2007)

bei niedergelassenen Zahnärzten mit 2-jähriger Ermächtigung	19
In Kliniken oder bei niedergelassenen Zahnärzten mit 3-jähriger Ermächtigung	21
<b>Gesamt</b>	<b>54</b>

**Anzahl der ermächtigten niedergelassenen Fachzahnärzte für Kieferorthopädie**

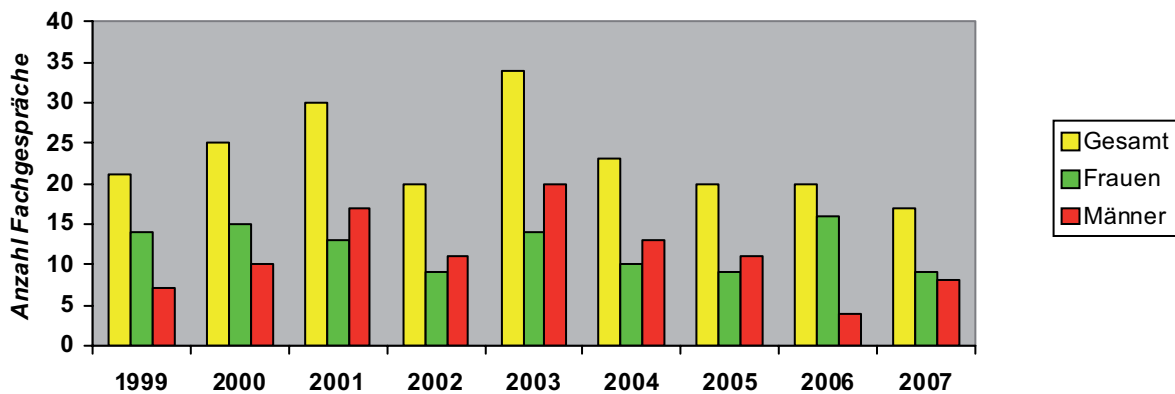
(Stand 10/2007)

	FR	KA	S	TÜ	LZK
mit 2-jähriger Ermächtigung	18	27	34	20	99
mit 3-jähriger Ermächtigung	---	---	---	1	1

## Statistik Durchgeführte Fachgespräche

Jahr	Anzahl gesamt	davon Frauen	davon Männer	davon bestanden	nicht bestanden
1999	21	14	7	19	2
2000	25	15	10	20	5
2001	30	13	17	29	1
2002	20	9	11	17	3
2003	34	14	20	26	8
2004	23	10	13	20	3
2005	20	9	11	19	1
2006	20	16	4	18	2
2007	17	9	8	15	2
<b>Gesamt</b>	<b>210</b>	<b>109</b>	<b>101</b>	<b>183</b>	<b>27</b>

## Frauen-/Männeranteil durchgeführte Fachgespräche







# Weiterbildungsausschuss für Oralchirurgie

**D**er Weiterbildungsausschuss für Oralchirurgie führte im Berichtsjahr 2007 bisher fünf Sitzungen durch. Eine zusätzliche Sitzung mit drei Fachgesprächen in 2007 ist bereits terminiert.

Auch in diesem Berichtsjahr beschäftigte sich der Weiterbildungsausschuss für Oralchirurgie vornehmlich mit der Durchführung von Fachgesprächen im Rahmen des Anerkennungsverfahrens zur Erlangung der Fachgebietsbezeichnung Fachzahnarzt für Oralchirurgie sowie der Bearbeitung von Anträgen auf Ermächtigung zur fachspezifischen Weiterbildung.

## Anzahl der Fachgespräche

Durchführung von Fachgesprächen 17  
davon erfolgreich bestanden 17

## Anzahl der Ermächtigungen

### 2-jährige Weiterbildungsermächtigung:

Überprüfung der formalen Voraussetzungen 1  
Durchführung des kollegialen Gespräches mit Erteilung der Ermächtigung 2

### Weiterbildungsstätte mit 2-jähriger

*Weiterbildungsermächtigung:*  
Überprüfung der formalen Voraussetzungen 1

### 3-jährige Weiterbildungsermächtigung:

Überprüfung der formalen Voraussetzungen 3  
Durchführung des kollegialen Gespräches mit Empfehlung an den LZK-Vorstand zur Erteilung der Ermächtigung 3

Auf der Tagesordnung des Weiterbildungsausschuss standen neben den zahlreichen Fachgesprächen auch diverse Anträge bezüglich der Ableistung des allgemein-zahnärztlichen Jahres, so zum Beispiel der Teilableistung in Abschnitten von weniger als 6 Monaten und einer Anerkennung einer zahnärztlichen Tätigkeit im Ausland (Syrien).

Ferner beschäftigte sich der Weiterbildungsausschuss mit der (Vorab-)Anerkennung einer im Ausland (Schweiz) absolvierten Weiterbildung.

Anträge auf Ausnahmegenehmigung zur Ableistung der Weiterbildung gem. § 2 Abs. 5 WBO (2 Jahre fachspezifische Weiterbildung ohne Unterbrechung an einer Weiterbildungsstätte) waren weitere Themen des Weiterbildungsausschusses.



## MITGLIEDER

Dr. Frank KEHRER, Backnang, Vorsitzender  
Dr. Dr. Hans Thomas EICHE, stv. Vorsitzende  
Dr. Ulrich FÜRST, Wiesloch  
Prof. Dr. Dr. Rainer SCHMELZEISEN, Freiburg  
Dr. Angelika VOGEL, Tübingen

## ZUSTÄNDIGKEIT IN DER LZK- GESCHÄFTSSTELLE

Cäcilia FALK

### Statistik Fachzahnärzte für Oralchirurgie

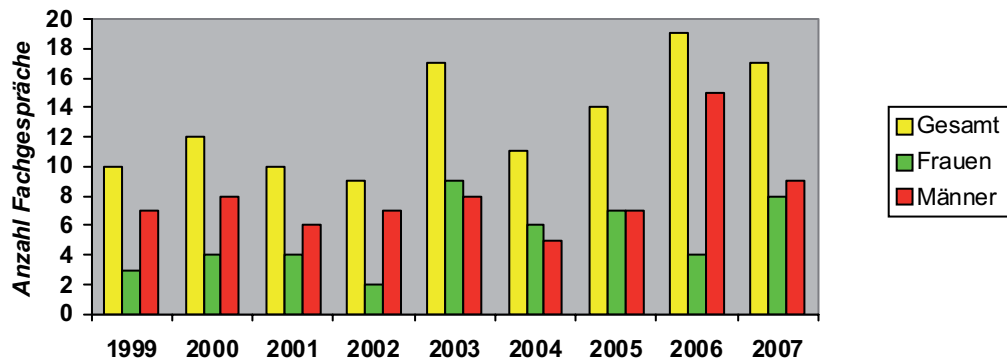
Die nachstehenden Zahlen geben einen Überblick über die derzeitige Situation bezüglich der Anzahl der Fachzahnärzte für Oralchirurgie (Stand 31.12.2006)

	FR	KA	S	TÜ	LZK
<b>Niedergelassene Fachzahnärzte</b>	69	73	110	56	308
<b>In Praxen tätige Assistenten, Vertreter, angestellte Zahnärzte</b>	2	3	4	1	10
<b>Beamte, Angestellte außerhalb der ZA-Praxis</b>	3	10	4	9	26
<b>ohne zahnärztliche Tätigkeit</b>	10	11	18	12	51
<b>Gesamt</b>	<b>84</b>	<b>97</b>	<b>136</b>	<b>78</b>	<b>395</b>

### Statistik Durchgeführte Fachgespräche

Im Jahr	Anzahl gesamt	davon Frauen	davon Männer	davon bestanden	nicht bestanden
1999	10	3	7	8	2
2000	12	4	8	12	---
2001	10	4	6	10	---
2002	9	2	7	9	---
2003	17	9	8	16	1
2004	11	6	5	9	2
2005	14	7	7	14	---
2006	19	4	15	17	2
2007 bisher durchgeführt	17	8	9	17	---
<b>Gesamt</b>	<b>101</b>			<b>94</b>	<b>7</b>

## Frauen-/Männeranteil durchgeführte Fachgespräche



## Derzeit in Weiterbildung auf dem Gebiet der Oralchirurgie gemeldete Weiterbildungsassistenten (Stand 10/2007)

bei niedergelassenen Zahnärzten mit 1- oder 2-jähriger Ermächtigung	14
In Kliniken oder bei niedergelassenen Zahnärzten mit 3-jähriger Ermächtigung	*48
<b>Gesamt</b>	<b>62</b>

\* In dieser Zahl sind teilweise auch Weiterbildungsassistenten enthalten, die nicht alle die Weiterbildung Oralchirurgie ableisten, sondern die Weiterbildung Mund-Kiefer-Gesichtschirurg absolvieren

## Anzahl der ermächtigten niedergelassenen Fachzahnärzte für Oralchirurgie (Stand 10/2007)

	FR	KA	S	TÜ	LZK
mit 1-jähriger Ermächtigung	---	1	11	2	14
mit 2-jähriger Ermächtigung	4	9	18	3	34
mit 3-jähriger Ermächtigung	1	1	4	1	7



# Ausschuss für Zahnmedizinische MitarbeiterInnen

**D**er Ausbildungspakt auf Bundesebene sieht vor, in enger Zusammenarbeit mit den Ländern allen ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen jungen Menschen ein Angebot auf Ausbildung oder Qualifizierung zu unterbreiten. Hierzu haben die Bundesregierung und Wirtschaft zahlreiche Maßnahmen zur Mobilisierung von Ausbildungsplätzen sowie einer zielgenauen Vermittlung in Ausbildung vereinbart. Die Paktpartner machen darüber hinaus deutlich, dass die Verbesserung der Chancen Jugendlicher aber auch eine über diesen Pakt hinausgehende Aufgabe insbesondere der Bildungs-, Familien-, Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Integrationspolitik ist. Mit dem neuen Ausbildungspakt hat sich der Kreis der Paktpartner erweitert. Der Bundesverband der Freien Berufe (BFB) wird gemeinsam mit den bisherigen Paktpartnern an der Umsetzung der vereinbarten Ziele arbeiten.

Der Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland, gültig für die Jahre 2007 - 2010, wird somit auch von der Landeszahnärztekammer als Mitglied im Landesverband der Freien Berufe unterstützt. Der Pakt sieht weiter vor, dass auch Jugendliche mit eingeschränkten Vermittlungschancen Perspektiven für den Einstieg in die berufliche Ausbildung und das Berufsleben erhalten sollen.

Der Ausschuss kam in seiner Sitzung im Frühjahr dieses Jahres zu dem Ergebnis, die Paktverpflichtungen der Freien Berufe zu unterstützen und auch im Rahmen des Ausbildungsberufes zur Zahnmedizinischen Fachangestellten einem möglichen künftigen Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

In diesem Zusammenhang fand Mitte des Jahres ein Gespräch mit der Agentur für Arbeit, Regionaldirektion Baden-Württemberg statt. In dem Gespräch wurde deutlich, dass die Ausbildungs- und Arbeitsvermittler in den Agenturen für Arbeit vor Ort immer geringere Kenntnisse im Bereich des Ausbildungs- und Berufsbildes der Zahnmedizinischen Fachangestellten aufweisen. Dies ergebe sich nicht zuletzt aus den Umstrukturierungsmaßnahmen innerhalb der Agentur für Arbeit. So war früher ein Ausbildungs- und Arbeitsvermittler für wenige Berufe zuständig (berufsgruppenspezifische Zuordnung), heute müssen die Berater über Fachkenntnis in allen Berufen verfügen (alphabetische Zuordnung der Bewerber). Aus diesem Grund bestehe auch in vielen Bereichen ein Mangel an Fachkenntnis über das jeweilige Berufsbild. Aus diesem Grund stellte sich der Ausschuss die Frage, mit welchen Maßnahmen der Ausschuss, die Agenturen für Arbeit unterstützen könnte, um nähere Informationen über das Berufsbild und die Fortbildungsmöglichkeiten der Zahnmedizinischen Fachangestellten zu erhalten.

Der Ausschuss hat in diesem Zusammenhang vorgeschlagen, dass für die im Bereich der Landeszahnärztekammer zuständigen Führungspersonen der Agenturen für Arbeit – über die Landeszahnärztekammer oder die jeweiligen Bezirkszahnärztekammern – Informationsveranstaltungen zum Berufsbild der Zahnmedizinischen Fachangestellten und deren Fortbildungsmöglichkeiten durchgeführt werden sollten.

## MITGLIEDER

**Dr. Klaus Peter RIEGER, Reutlingen, Vorsitzender**  
**Dr. Bernd STOLL, Albstadt, stv. Vorsitzender, Referent BZK Tübingen**  
**Dr. Robert HEIDEN, Karlsruhe, Referent BZK Karlsruhe**  
**Dr. Peter RIEDEL, Waldkirch, Referent BZK Freiburg**  
**Dr. Helmut SCHÖNBERG, Fellbach, Referent BZK Stuttgart**

## Einstiegsqualifizierung in der Zahnarztpraxis

Auch das Sonderprogramm zur Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (EQJ) ist Teil des Paktes für Ausbildung. Bundesregierung und Wirtschaft wollen mit diesem Programm Jugendlichen bis 25 Jahren, die auch nach den bundesweiten



Nachvermittlungsaktionen ohne Ausbildungsplatz geblieben sind, eine Perspektive bieten. Die Bundesregierung fördert deshalb in diesen Fällen ausbildungsvorbereitende Praktika mit einer Dauer von 6 bis 12 Monaten durch einen Zuschuss von 192 € zum

(Netto-) Unterhalt des Praktikanten und übernimmt die entsprechenden Gesamtsozialversicherungsbeiträge in Höhe von 102 €. Gleiches gilt auch generell für Jugendliche, die noch nicht in vollem Maße über die erforderliche



Ausbildungsbefähigung verfügen.

Der Ausschuss sprach sich diesbezüglich dafür aus, bei der Einstiegsqualifizierung die bisherige einheitliche Vorgehensweise aller vier Bezirkszahnärztekammern beizubehalten. Bereits im Jahre 2005 hatte sich der Ausschuss mit dieser Thematik beschäftigt und festgestellt, dass die Einstiegs-

qualifizierung für Zahnmedizinische Fachangestellte lediglich eine Ausnahme darstellen und das die Maßnahme auf die zeitliche Dauer der Berufsausbildung zur Zahnmedizinischen Fachangestellten in Baden-Württemberg nicht angerechnet werden könne. Darüber hinaus dürften durch diese Maßnahme auch keine regulären Ausbildungsplätze verdrängt werden.

## Ausbildungsvergütung für Zahnmedizinische Fachangestellte ab 2008

Die Empfehlung über die Höhe der Ausbildungsvergütung für die ausbildenden Zahnarztpraxen ist – nach dem vom Verband medizinischer Fachberufe e. V. zum 31.12.2003 gekündigten Vergütungstarifvertrag – seit 01.01.2003 unverändert.

Um die Attraktivität und den Zugang zum Ausbildungsberuf der Zahnmedizinischen Fachangestellten auch weiterhin zu sichern und dem inflationsbedingten Kaufkraftverlust entgegenzuwirken empfahl der Ausschuss dem Vorstand der Landeszahnärztekammer eine moderate Anhebung der Ausbildungsvergütung in folgender Höhe:

*im 1. Ausbildungsjahr:*  
von 510,-- € auf 540,-- €

*im 2. Ausbildungsjahr:*  
von 550,-- € auf 580,-- €

*im 3. Ausbildungsjahr:*  
von 590,-- € auf 620,-- €.

Der Vorstand konnte der Empfehlung des Ausschusses folgen. So werden

### ZUSTÄNDIGKEIT IN DER LZK-GESCHÄFTSSTELLE

Thorsten BECK  
Annerose HAUBER

künftig im Merkblatt der Landeszahnärztekammer zum Berufsausbildungsvertrag die neu empfohlenen Beträge für die monatliche Ausbildungsvergütung aufgeführt sein.

### **Aufnahme von Hygienemodulen in die Aufstiegsfortbildung**



Der Ausschuss hat bereits Ende des vergangenen Jahres beschlossen, das vom Praxisführungsausschuss am 21.10.2006 verabschiedete Modulprogramm Hygiene, Arbeitsmedizinische Vorsorge, Qualitätsmanagement, Röntgen nebst den stichwortartigen Inhalten der einzelnen Module im Rahmen der Aufstiegsfortbildungsmodule zu berücksichtigen. Im Rahmen der einzelnen Kursteile soll damit die Hygiene stärkeren Eingang bei der Wissensvermittlung erfahren. Es sollen nicht nur die größeren gesetzlichen Anforderungen im Bereich der Hygiene erfüllt werden, vielmehr soll der Zahnarztpraxis mit der aus- und fortgebildeten Zahnmedizinischen Fachangestellten eine noch fach- und sachkundigere Fachkraft zur Verfügung stehen, die im Rahmen der Qualitätssi-

cherung in der Zahnarztpraxis über aktuelles Wissen verfügt um die anstehenden Arbeiten gewissenhaft ausführen und somit den zahnärztlichen Behandler entlasten zu können.

Bereits im Rahmen der Ausbildung zur Zahnmedizinischen Fachangestellten werden diese Kenntnisse und Fertigkeiten vermittelt, um eine kompetente und handlungsfähige Fachkraft auszubilden, die mit dem Fachangestelltenbrief die Zahnarztpraxis entsprechend entlasten kann. Durch den technischen Fortschritt und die fortschreitende Entwicklung in der modernen Zahnheilkunde war es jedoch nötig dies auch im Rahmen der Aufstiegsfortbildung entsprechend zu berücksichtigen.



### **Online-Kurse für die Aufstiegsfortbildung in Baden-Württemberg**

Im Verwaltungsbereich – Kursteil III und Aufstiegsfortbildung zur Zahnmedizinischen Verwaltungsassistentin – erfahren die Fortbildungsinstitute der Landeszahnärztekammer verstärkte Konkurrenz durch externe Anbieter, die derartige Fortbildungsmodule im Rahmen von Online-Kursen anbieten. Darüber hinaus berichteten Zahnärzte, dass ihre Mitarbeiterinnen einzelne Verwaltungsförderungen externer Anbieter bevorzugen, da durch das Medium der Online-



Fortbildung keine örtliche Präsenzpflicht bestehe und somit die Teilnahme am Unterricht örtlich flexibel gestaltet werden kann.

In diesem Zusammenhang diskutierte der Ausschuss, ob die Landeszahnärztekammer als nach dem Berufsbildungsgesetz zuständige Stelle für die berufliche Fortbildung der Zahnmedizinischen Mitarbeiter/innen, sich dem Online-Fortbildungssystem öffnen und einzelne Module im Bereich der Fortbildung im Rahmen von Online-Kursen anbieten kann.



dem Online-Fortbildungssystem öffnen und einzelne Module im Bereich der Fortbildung im Rahmen von Online-Kursen anbieten kann.



Vor diesem Hintergrund wird derzeit ein mögliches e-learning-Konzept mit entsprechenden Präsenzzeiten an den kammereigenen Fortbildungsinstituten erarbeitet. Das Konzept soll einzelne

Bausteine möglicher Module und den zeitlichen Umfang sowie die entsprechenden Gebühren berücksichtigen. Anfang des nächsten Jahres wird der Ausschuss das Konzept diskutieren und im Rahmen einer Machbarkeitsstudie analysieren.

### **Koordinierungskonferenz der Bundeszahnärztekammer für die Länderreferenten**

Nach einjähriger Pause – die letzte Koordinierungskonferenz wurde im Jahre 2005 durchgeführt – trafen sich die Refe-

renten für Zahnmedizinische Mitarbeiter/innen der Länderkammern auf Bundesebene, um Erfahrungen auszutauschen und Informationen über die Entwicklungen auf dem Ausbildungsmarkt einzuholen.



In diesem Zusammenhang brachte Dr. Klaus Peter Rieger ein Anliegen des Ausschusses vor, dass die Gewichtung der schriftlichen und praktischen Prüfung im Rahmen der Abschlussprüfung zur Zahnmedizinischen Fachangestellten betraf. Demzufolge stellte der Ausschuss die Frage, ob es möglich wäre, den schriftlichen Teil der Prüfung (360 Minuten) im Verhältnis zum praktischen Teil der Prüfung (60 Minuten) mit 2:1 zu gewichten. Da die schriftliche Prüfung einen größeren Zeitraum in Anspruch nehmen, solle dies im Rahmen der Gewichtung berücksichtigt werden. In den Prüfungsordnungen der Länder wird zur Gewichtung keine weitere Ausführung gemacht, es ist lediglich vermerkt, dass die Abschlussprüfung aus einem schriftlichen und einem praktisch/mündlichen Teil besteht.

Die Koordinierungskonferenz kam zu dem Ergebnis, dass die Vorstellung des

Ausschusses nicht zu realisieren sei, da die Inhalte der Ausbildungsordnung und der jeweiligen Prüfungsordnung dies nicht zuließen. Bereits im Jahre 2004 hatte die Koordinierungskonferenz beschlossen, den schriftlichen, praktischen und mündlichen Teil weiterhin mit 1:1 zu gewichten. Mit dieser Gewichtung soll die Handlungskompetenz des Prüflings im Rahmen der praktisch-mündlichen Prüfung stärker in die Gesamtnote einfließen. Der Ausschuss nahm diese Entscheidung zur Kenntnis. Darüber hinaus wurde Dr. Klaus Peter Rieger in den Arbeitskreis „Einsatzrahmen Zahnmedizinische Fachangestellte“ der Bundeszahnärztekammer berufen, der sich mit Art, Inhalt und Umfang der Leistungsassistenz der zahnmedizinischen MitarbeiterInnen beschäftigt.



Im Rahmen der differenzierten gesetzlichen Vorgaben hängen Art, Inhalt und Umfang des Einsatzgebietes der Zahnmedizinischen Mitarbeiter/innen von der objektiv und subjektiv überprüften Qualifikation der Fachangestellten, von der Art

der Leistung und von Befund und Diagnose ab. In der Praxis erfolgt dies durch die Festlegung des jeweiligen Einsatzrahmens und durch Festlegung von internen generellen Delegationsanweisungen, ergänzt durch konkrete Anweisungen für den Einzelfall. In diesem Zusammenhang steht es dem Zahnarzt offen, Leistungen oder Teile von Leistungen zu delegieren. Der erarbeitete Delegationsrahmen des Arbeitskreises soll ein Anhaltspunkt für eine zulässige Delegation bieten. Hier werden beispielhaft Tätigkeiten aufgezählt, die an dafür qualifiziertes Personal mit abgeschlossener Ausbildung delegiert werden können.



# Berufsbildungsausschuss

**D**er Berufsbildungsausschuss ist in der rechtlichen Qualifizierung als Ausschuss der Landes Zahnärztekammer mit besonderem Aufgabenbereich einzustufen. Der Ausschuss ist nicht verselbständigt, sondern integrierender Bestandteil, also in die Gesamtorganisation der Kammer eingegliedert. Für ihn und seine Mitglieder gelten daher grundsätzlich auch die Organisationsnormen der Kammer als zuständige Stelle nach dem Berufsbildungsgesetz.

In diesem Zusammenhang ist der Berufsbildungsausschuss in allen wichtigen Angelegenheiten der Berufsaus- und Fortbildung von



Zahnmedizinischen Fachangestellten zu hören und zu unterrichten. Er hat im Rahmen seiner Aufgaben auf eine stetige Entwicklung der Qualität der beruflichen Bildung

hinzuwirken. Der Berufsbildungsausschuss beschließt die aufgrund des Berufsbildungsgesetzes von der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg zu erlassenden Rechtsvorschriften für die Durchführung der Berufsausbildung.

Dies wurde im Rahmen der Sitzung im Herbst des Jahres erneut deutlich, in welcher der Ausschuss über die Entwicklungen im Rahmen der Aus- und Fortbildung zur Zahnmedizinischen Fachangestellten informiert wurde.

## Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (EQJ)

Das Sonderprogramm zur Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (EQJ) ist Teil des Paktes für Ausbildung. Die Bundesregierung möchte mit diesem Programm Jugendlichen bis 25 Jahre, die auch nach den bundesweiten Nachvermittlungsaktionen ohne Ausbildungsplatz geblieben sind, eine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt geben. Aufgrund des Sonderprogramms, das vom 01.10.2004 bis 30.09.2007 auferlegt war, sind bei den Bezirks Zahnärztekammern 130 EQJ-Verträge abgeschlossen worden, die über einen Zeitraum von 6 bis 12 Monaten laufen.



Voraussichtlich zum Ende des Berichtsjahres wird sich die rechtliche Grundlage der Einstiegsqualifizierung ändern. Demzufolge werden voraussichtlich auch nach dem 30.09.2007 noch Neueintritte in die Einstiegsqualifizierungsmaßnahme möglich sein. Die Einstiegsqualifizierung soll im Rahmen der Arbeitsförderung in den Katalog des SGB III aufgenommen werden. Eine entsprechende Veröffentli-

### ARBEITGEBERVERTRETER

Dr. Klaus-Peter RIEGER, Reutlingen  
Vorsitzender (ab 18.10.2007)  
Dr. Robert HEIDEN, Karlsruhe  
Dr. Bernd KRÄMER, Heilbronn  
Dr. Peter RIEDEL, Waldkirch  
Dr. Helmut SCHÖNBERG, Fellbach  
Dr. Bernd STOLL, Albstadt

### ARBEITNEHMERVERTRETER/INNEN

Harald KRAUS, Stuttgart  
Stv. Vorsitzender  
Vesna BRAUN, Appenweier  
Elke HERBIG, Ludwigshafen  
Ulrike HERRMANN, Reutlingen  
Beatrix JÖRG, Stuttgart  
Ingeborg SCHEBLE, Kusterdingen

chung im Bundesgesetzblatt lag der Landes Zahnärztekammer bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Vorrangiges Ziel ist, Ausbildungsplätze in der Zahnarztpraxis zur Verfügung zu stellen. Die Einstiegsqualifizierung dient in diesem Zusammenhang lediglich als zusätzliches Instrument.



### **Rahmenstoffplan für die Aufstiegsfortbildung zur ZMV**

Aufgrund der neuen Hygieneempfehlungen des Robert-Koch-Institutes war es auch erforderlich, den Rahmenstoffplan für die Aufstiegsfortbildung zur Zahnmedizinischen Verwaltungsassistentin zu aktualisieren. Nach der entsprechenden Vorarbeit, die bereits von den Mitgliedern des Ausschusses für Zahnmedizinische Mitarbeiter geleistet wurde, nahm der Berufsbildungsausschuss den aktualisierten Rahmenstoffplan zustimmend zur Kenntnis.

**LEHRKRÄFTE AN BERUFSBILDENDEN SCHULEN**  
StD Dr. Horst BARTENSCHLAGER, Heidelberg (bis 05.08.2007)  
OStD Karlheinz KÄRPFER, Heilbronn  
OStR Helmut HAGMEIER, Tübingen  
StR Roland HEIDLER, Rastatt  
StD Dr. Heinz KAISER, Ludwigsburg  
StD Albert MERGELSBERG, Freiburg  
OStR Jutta SCHLEIBMANN, Heidelberg (ab 06.08.2007)

**ZUSTÄNDIGKEIT IN  
DER LZK-  
GESCHÄFTSSTELLE**

Thorsten BECK  
Annerose HAUBER

# Fachausschüsse für ZFA

## Zwischen- und Abschlussprüfung

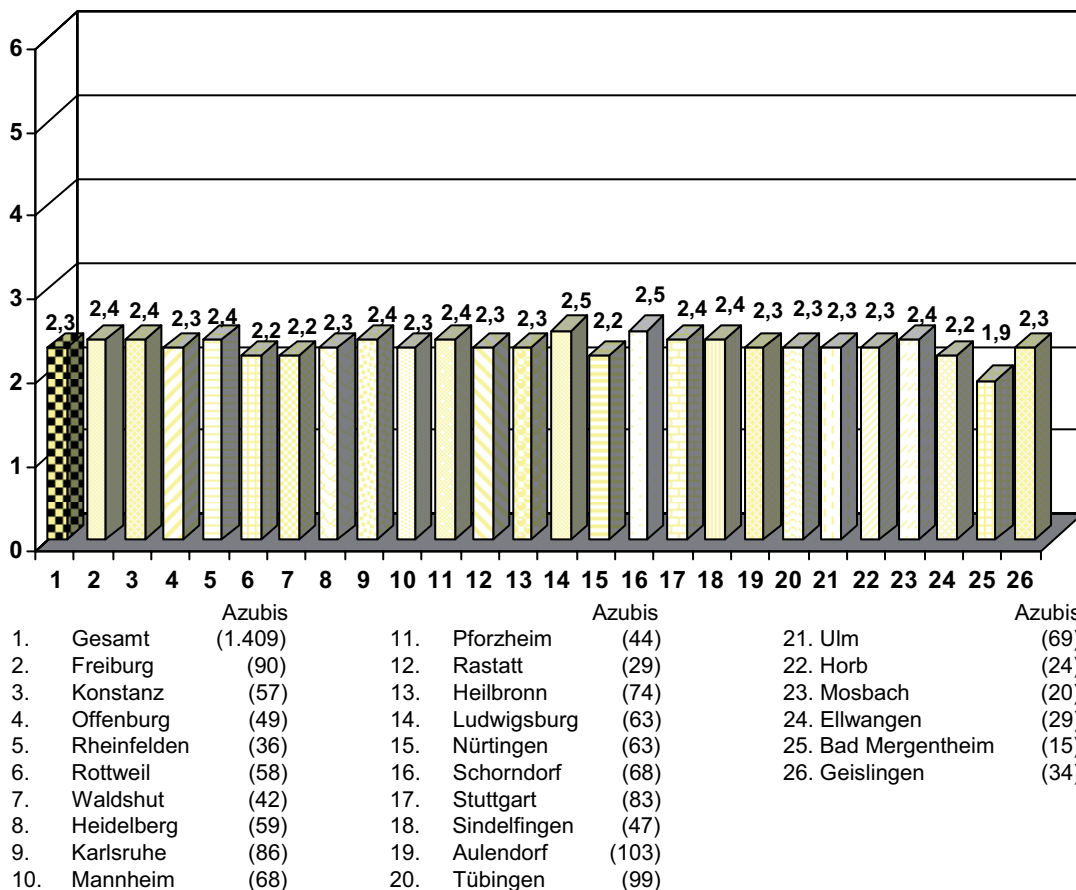
**D**er Fachausschuss Zwischenprüfung für Zahnmedizinische Fachangestellte führte – wie jedes Jahr – im Berichtsjahr Anfang des Jahres seine einzige Sitzung durch.

### Vorbereitung der Zwischenprüfungsfragen

Entsprechend seiner Aufgabenstellung hat sich der Ausschuss ausschließlich mit der Festlegung der Fragen – in Form von Praxisfalldarstellungen – für die schriftliche Zwischenprüfung befasst.

An der Zwischenprüfung 2007 haben insgesamt 1.409 Prüflinge teilgenommen; im Jahr 2006 haben 1.530 und im Jahr 2005 1.698 Prüflinge die Zwischenprüfung absolviert. Der Gesamtnotendurchschnitt lag in 2007 in

- Behandlungsassistentz bei einer Note von 2,2
- in Abrechnungswesen bei 2,3 und
- in Praxisorganisation und –verwaltung bei 2,5



1. Gesamt (1.409)	11. Pforzheim (44)	21. Ulm (69)
2. Freiburg (90)	12. Rastatt (29)	22. Horb (24)
3. Konstanz (57)	13. Heilbronn (74)	23. Mosbach (20)
4. Offenburg (49)	14. Ludwigsburg (63)	24. Ellwangen (29)
5. Rheinfelden (36)	15. Nürtingen (63)	25. Bad Mergentheim (15)
6. Rottweil (58)	16. Schorndorf (68)	26. Geislingen (34)
7. Waldshut (42)	17. Stuttgart (83)	
8. Heidelberg (59)	18. Sindelfingen (47)	
9. Karlsruhe (86)	19. Aulendorf (103)	
10. Mannheim (68)	20. Tübingen (99)	

#### ARBEITGEBERVERTRETER/INNEN

Dr. Robert Heiden, Karlsruhe, Vorsitzender  
 Dr. Elisabeth Hillerich, Ulm  
 Dr. Bernd Krämer, Heilbronn

#### ARBEITNEHMERVERTRETER/INNEN

Johanna Kapp, Tübingen  
 Valérie Leopold, Korntal  
 Melanie Thumm, Altdorf

#### LEHRER AN BERUFSBILDENDEN SCHULEN

StD Ulrich Gebhardt, Obersulm-Willsbach, stv.  
 Vorsitzender  
 StR Roland Heidler, Ettlingen  
 StR Jürgen Zinser, Stuttgart

ZUSTÄNDIGKEIT IN DER LZK-GESCHÄFTSTELLE  
 Annerose Hauer

Der Fachausschuss Abschlussprüfung für Zahnmedizinische Fachangestellte führte im Berichtsjahr zwei Sitzungen durch.

### Vorbereitung der Abschlussprüfung

Hauptaufgabe des Fachausschusses Abschlussprüfung für Zahnmedizinische Fachangestellte ist es, die Festlegung der Fragen für die schriftliche Abschlussprüfung für Zahnmedizinische Fachangestellte zu erarbeiten. Die vom Ausschuss erstellten Fragen wurden der Koordinierungsstelle beim Ministerium für Kultus, Jugend und Sport BW zur Drucklegung weitergeleitet.

An der Sommer-Abschlussprüfung 2007 haben insgesamt 1.458 (2006: 1.578) Prüflinge teilgenommen.

### Notendurchschnitt der Sommer-Abschlussprüfung 2007

BZK	Freiburg	Karlsruhe	Stuttgart	Tübingen	BW
<b>Gesamtergebnis Schriftl. Teil</b>					
Behandlungsassistenz	3,0	3,0	2,9	2,8	2,9
Praxisorganisation und -verwaltung	2,6	2,6	2,4	2,6	2,6
Abrechnungswesen	2,9	3,0	3,0	2,8	2,9
Wirtschafts- und Sozialkunde	3,1	3,3	3,3	3,3	3,3
<b>Gesamtergebnis Prakt. Teil</b>	2,5	2,5	2,3	2,2	2,4
<b>Zahl der Teilnehmer</b>	339	376	503	240	1.458
Bestanden	320	358	484	224	1.386
Nicht bestanden	19	18	19	16	72
<b>RÖV-Punkte</b> (von max. 14 ausgehend)					
<b>Zahl der Teilnehmer</b>	339	379	503	242	1.463
Bestanden	315	338	419	205	1.277
Nicht bestanden	24	41	84	37	186

#### ARBEITGEBERVERTRETER/BEISITZER

Dr. Meinhard GEORG, Ladenburg,  
Vorsitzender  
Dr. Helmut SCHÖNBERG, Fellbach,  
stv. Vorsitzender  
Dr. Susanne HANDTMANN, Tübingen  
Dr. Robert HEIDEN, Karlsruhe

#### ARBEITNEHMERVERTRETER

Gabriele DAVID-GREUNKE, Weingarten  
Ingeborg SCHEBLE, Kusterdingen

#### LEHRER AN BERUFSBILDENDEN SCHULEN

StDin Dr. Dr. Dagmar BÖRSIG, Heidelberg  
HSR Dr. Dr. Hubert DONHAUSER, Karlsruhe  
StD Ulrich GEBHARDT, Obersulm-Willsbach  
StRin Dr. Katrin KOEGEL, Ulm

#### ZUSTÄNDIGKEIT IN DER LZK- GESCHÄFTSTELLE

Annerose HAUBER

**D**er Prophylaxeausschuss führte im Berichtsjahr 2007 eine Sitzung durch.

## Konzept „Alterszahnheilkunde und Behindertenbehandlung“

Auf Empfehlung des Prophylaxeausschusses hat der Arbeitskreis Alterszahnheilkunde und Behindertenbehandlung einen Aufgabenkatalog sowohl für die Senioren- und Behindertenbeauftragten der Kreisvereinigungen als auch für die Betreuungszahnärzte von Pflegeeinrichtungen erarbeitet. Inzwischen wurden in den Bezirkszahnärztekammern die im Betreuungskonzept vorgesehenen Senioren- und Behindertenbeauftragten in allen 39 Kreisvereinigungen bestellt.

In diesem Zusammenhang hat der Prophylaxeausschuss dem Arbeitskreis auch vorgeschlagen, die Landrats- und Gesundheitsämter in Baden-Württemberg über das Konzept der Alterszahnheilkunde und Behindertenbehandlung der LZK BW zu informieren und die Adressen der Senioren- und Behindertenbeauftragten mitzuteilen.

## Zahnärztlicher Kinderpass

Der LAGZ-Vorstand hat den Zahnärztlichen Kinderpass als geeignete Maßnahme angesehen, um bei werdenden Müttern und Vätern von Kleinkindern in der Altersgruppe 0 bis 3 Jahren das Bewusstsein zu wecken, dass die Zahngesundheit wichtig ist und die derzeit hohe Milchzahnkaries gesenkt werden kann.

Eine Arbeitsgruppe unter Federführung von Dr. Lüllwitz-Hoch hat daraufhin einen

Zahnärztlichen Kinderpass für Baden-Württemberg entwickelt. Dieser wurde im Rahmen der Pressekonferenz anlässlich der landesweiten Auftaktveranstaltung zum Tag der Zahngesundheit in Göppingen vorgestellt. Der Zahnärztliche Kinderpass wird kostenneutral von der Landesarbeitsgemeinschaft für Zahngesundheit Baden-Württemberg e. V. (LAGZ) - von der Firma GABA, Lörrach, werden die Herstellungskosten gesponsert - herausgegeben. Er soll vorrangig über Hebammen, Entbindungsstationen sowie weitere Multiplikatoren verteilt werden.

## Kooperationen

Dr. Tornier hat anlässlich des 3. Pädiatrietages in Freiburg einen Powerpoint-Vortrag vor Kinderärzten zum Thema zahnärztliche Prophylaxe gehalten. Dabei wurde festgestellt, dass für diesen

Personenkreis großer Informationsbedarf besteht. Auf Empfehlung des Prophylaxeausschusses hat die

Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg die Landesärztekammer Baden-Württemberg über das Schulungsangebot zum Thema zahnärztliche Prophylaxe bei Kindern für Kinder- und Jugendärzte informiert und gebeten, diese Information an die Fortbildungsakademien bei den Bezirksärztekammern weiterzuleiten. Des Weiteren wurde auch der Berufsverband der Kinder- und



### MITGLIEDER

Dr. Renate LÜLLWITZ-HOCH, Böblingen, Vorsitzende  
Dr. Carla TORNIER, Emmendingen, stv. Vorsitzende  
Dr. Joachim Wilko BOUMAN, Pforzheim  
Dr. Bernd KRÄMER, Heilbronn  
Dr. Manfred JOOß, Ravensburg

### ZUSTÄNDIGKEIT IN DER LZK-GESCHÄFTSTELLE

Annerose HAUBER



Jugendärzte, Landesverband BW, hierüber informiert.

### **Empfehlungen zum Verzicht von Süßwaren und Limonaden an Schulen**

Der LAGZ-Mitgliederversammlung lag im November 2006 folgender Antrag von Dr. Jooß, Ravensburg, vor:

Als Folgerung aus der im letzten Jahr vorgelegten Adipositas-Studie der AG Zahngesundheit Karlsruhe und der Zunahme erosiver Zahnschäden durch säurehaltige Sport- und Fun-Getränke sollte über die Verbannung der Cola-Automaten gesprochen und entschieden werden. Das Kultus- und das Sozialministerium sollten dieses prüfen. Antrag zur Tagesordnung: Ist ein Verkaufsverbot von Süßwaren und Limonaden in der Schule realisierbar?

Der Prophylaxeausschuss hat diese Initiative zur Reduzierung von Süßwaren und Limonaden an Schulen begrüßt und empfohlen, in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e. v., Sektion Baden-Württemberg, das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg dafür zu gewinnen, an die Schulen zu appellieren, dass bei den Schulkiosken zum Wohle der Kinder und Jugendlichen ein Umdenken bei der Produktpalette stattfinden sollte und der Verkauf von Süßwaren und Limonaden reduziert oder ganz eingestellt wird.

Kultusminister Rau wurde gebeten, die Schulleitungen und Schulkonferenzen um Unterstützung der Initiative der Landesarbeitsgemeinschaft für Zahngesundheit BW und Landes Zahnärztekammer BW zu bitten, die Pausenverpflegung im Hinblick auf eine gesunde,

insbesondere auf eine zahngesunde Ernährung umzustrukturieren.

### **Verweisungsverfahren im Rahmen der Weiterentwicklung der Jugendzahn-pflege**

Im letzten Berichtsjahr wurde sowohl von der LAGZ als auch vom Prophylaxeausschuss der Vordruck 1 Empfehlung zur zahnärztlichen Vorsorgeuntersuchung der Richtlinien zur Durchführung der Jugendzahn-pflege des Sozialministeriums BW überarbeitet. Ziel war es, mit dem Ministerium für Arbeit und Soziales abzuklären, ob zur Verbesserung der Akzeptanz des Verweisungsscheins unter Beachtung datenschutzrechtlicher Vorgaben ein Bestätigungsvermerk der Zahnarztpraxis (Praxisstempel) auf dem Vordruck möglich ist.

Inzwischen hat das Ministerium für Arbeit und Soziales mitgeteilt, dass im Zuge der Weiterentwicklung der Jugendzahn-pflege das Verweisungsverfahren verlassen wird, da dieses Verfahren einen zu hohen Aufwand erfordert bei einer wenig funktionierenden Rückkoppelung des grünen Scheines (Vordruck 1 der Richtlinien zur Durchführung der Jugendzahn-pflege des Sozialministeriums BW); hinzu kommen datenschutzrechtliche Bedenken.

Die Weiterentwicklung der Jugendzahn-pflege ist mit einer Umstrukturierung der Aufgaben für den jugendzahnärztlichen Dienst verbunden. Der Prophylaxeausschuss befürchtet jedoch, dass die Gruppenprophylaxe quantitativ und qualitativ reduziert wird und dadurch sich in Zukunft die Zahn- und Mundgesundheit bei Kindern und Jugendlichen verschlechtert.

# Zahnmedizinisches Fortbildungszentrum Stuttgart

**D**ie Rekordteilnehmerzahlen im Bereich der Fortbildung aus dem vergangenen Jahr wurden nochmals leicht übertroffen. Auch aus der Fortbildungspraxis können erneut Ertragssteigerungen vermeldet werden.

Ein erheblicher Teil der in den vergangenen Jahren der Investitionsrücklage zugeführten Mittel (allein mehr als 350.000,- Euro bis zum Stichtag Anfang Oktober) wurden im Jahr 2007 in bauliche, haus- und medientechnische Maßnahmen investiert.

Dennoch kann die Nachfrage nach Fortbildung - wie schon in den letzten Jahren - nicht immer zeitnah gedeckt werden: Zusätzliche Räume und qualifiziertes zusätzliches, fest angestelltes Lehrpersonal werden mittelfristig benötigt. Die aktuellen Herausforderungen konnten nur durch den enormen, nicht selbstverständlichen Einsatz des Lehr-Teams am ZFZ unter Reaktivierung ehemaliger Mitarbeiter gemeistert werden.

Der Deutsche Kongress für Präventive Zahnheilkunde (der in diesem Jahr zusammen mit der Sommer-Akademie des ZFZ in Ludwigsburg abgehalten wurde) stand zum 16. Mal unter der wissenschaftlichen Leitung des ZFZ. Thema in diesem Jahr: Innovationen aus Prophylaxe und Parodontologie – die Zukunft hat schon begonnen.

Die Gesellschaft für Präventive Zahnheilkunde e.V. am Zahnmedizinischen Fortbildungszentrum Stuttgart hat auch das dritte Curriculum Angewandte Präventivzahnmedizin erfolgreich abgeschlossen. Zusätzlich wurde – in Zusammenarbeit mit dem Verein Zahngesundheit Tirol

erstmalig eine Frühjahrsakademie auf Mallorca organisiert – mit gutem Erfolg.

Der Direktor und sein Team sind nach wie vor in erheblichem Maß auch als Referenten in den Kreisvereinigungen wie auch auf Großveranstaltungen der Kammer in ganz Baden-Württemberg und darüber hinaus tätig.

Auch im zehnten Jahr nach dem Auszug der Geschäftsstelle der Landes Zahnärztekammer konnten alle satzungsgemäßen Aufgaben des ZFZ einschließlich der Gebäudesanierung ohne Zuschüsse seitens der LZK erledigt werden. Unter anderem wurden in diesem Zeitraum etwa zwei Millionen Euro für die Modernisierung des ZFZ aufgewendet, die ausschließlich durch das ZFZ selber finanziert wurden.



## Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat beschäftigte sich in 2 Sitzungen mit der Fortbildungseinrichtung und entschied die Angelegenheiten, für die er nach dem Statut verantwortlich ist.

### VERWALTUNGSRAT

**Dr. Konrad BÜHLER**, Eislingen, Vorsitzender  
**Dr. Klaus-Peter RIEGER**, Reutlingen, Stv. Vorsitzender  
**Dr. Robert HEIDEN**, Karlsruhe  
**Dr. Antoinette RÖTTELE**, Weil am Rhein  
**Dr. Manfred SCHOLZ**, Umkirch  
**Dr. Bernd STOLL**, Albstadt

### DIREKTOR

**Prof. Dr. Johannes EINWAG**,  
Stuttgart

### GESCHÄFTSFÜHRUNG

**Axel MAAG**, Stuttgart

## Fortbildung

Das Jahr 2007 ist erneut gekennzeichnet durch eine enorme Nachfrage nach zahnärztlicher Fortbildung. Um mehrmonatige Wartezeiten für die Kollegen zu vermeiden und größtmögliche Praxisnähe zu gewährleisten wurden erneut - wo möglich - reine Theoriekurse ausgelagert und die Kurse mit überwiegend praktischen Inhalten im ZFZ, in Universitätsklinken für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde oder in geeigneten Praxen durchgeführt.



Dennoch konnte die Nachfrage nicht befriedigt werden. Es hätten - bei besseren räumlichen Bedingungen - deutlich mehr Kolleginnen und Kollegen an Fortbildungen im ZFZ teilnehmen können.

Dies ist insofern eine Herausforderung für die Zukunft als immer mehr Kollegen es ablehnen, zu Fortbildungszwecken durch ganz Deutschland zu fahren. Die meisten Kolleginnen und Kollegen erwarten eine Fortbildung orts- und zeitnah. Der Freitagvormittag soll für die Praxistätigkeit genutzt, Kosten für Fahrten und externe Übernachtungen gespart werden.

Eine Möglichkeit, diese Problematik unter den bestehenden räumlichen Verhältnissen zumindest zu reduzieren, wäre die Online-Fortbildung. Diese wird von der überwiegenden Mehrheit der Kollegen allerdings abgelehnt. Man will sich per-

sönlich im Rahmen der Fortbildung begegnen.

Eine weitere Herausforderung für die landeszahnärztekammer-eigenen Fortbildungsinstitute ergibt sich aus der neueren Rechtsprechung: Beamtete Hochschullehrer dürfen maximal 6.000 Euro pro Jahr an Nebentätigkeit im öffentlichen Dienst (hierzu gehören die Landes-zahnärztekammern und KZVen als Körperschaften öffentlichen Rechts) hinzuverdienen (zum Beispiel im Rahmen von Referententätigkeit). Für die Industrie und eingetragene Vereine (Bundes-zahnärztekammer, APW) gilt diese Regelung nicht.

Die Abwanderung der Hochschullehrer (in einigen Bundesländern gibt es Ausnahmeregelungen) aus der Fortbildung der Kammern ist in vollem Gange.



Ungebrochen ist auch der Zustrom an Fortbildungswilligen im Bereich der Kurse nach der Fortbildungsordnung (§ 28, ZMP, DH, ZMV). Bereits Mitte des Jahres waren alle Kurse ausgebucht. Die Einführung des Fortbildungsmoduls ZMP hat die Nachfrage nach entsprechenden Fortbildungskursen weiter verstärkt – die Nachfrage nach der ZMF ist hingegen völlig zusammengebrochen. Zur Aufarbeitung des Staus an bereits quali-

fizierten DH-Bewerbern (bereits bestandene Eignungsprüfung) werden in 2008 zwei DH-Kurse durchgeführt; andere Kurse müssen dafür in das Jahr 2009 verschoben werden. Betriebswirtschaftliche Einbußen sind die Folge.

### **Winter-Akademie und Sommer-Akademie ausgebucht**



Beide Veranstaltungen mit ihren jeweils unterschiedlichen Charakteristika haben sich in der Fortbildungslandschaft etabliert.

Die diesjährige Besonderheit – Kombination der Sommer-Akademie mit dem Kongress für Präventive Zahnheilkunde – führte dazu, dass auch viele Teilnehmer aus anderen Bundesländern in Ludwigsburg begrüßt werden konnten.

### **Lehrpraxis**

Der Patientenzustrom ist ungebrochen. Die Beobachtung aus den Vorjahren, dass das ZFZ von immer mehr Kollegen als Überweisungspraxis für die Bereiche

Prophylaxe, Kinderzahnheilkunde, Parodontologie, Endodontie, und auch für Implantologie angesehen wird, trifft nach wie vor zu. Um die entsprechenden Kompetenzen zu stärken, wurde die Stelle eines Endodontologen neu geschaffen, der sowohl in der Fortbildungspraxis als auch in der endodontischen Fortbildung tätig werden soll.

### **Wissenschaftliche Tätigkeit**

Die Schwerpunkte der wissenschaftlichen Tätigkeit lagen wie bisher im Bereich der angewandten Präventivzahnmedizin sowie der Parodontologie und Implantologie.

Die bestehende Forschungstätigkeit auf dem Gebiet der Implantologie in Kooperation mit der Universität San Antonio in Texas wurde fortgesetzt. Zusätzlich wurden neue Forschungsfelder auf dem Gebiet der Präventiven Zahnheilkunde und der Parodontologie in Zusammenarbeit mit dem Scientific Branch der Firma P&G geschaffen.

### **Vortragstätigkeit**

Die allgemein vermehrte Nachfrage nach Fortbildung führte erneut zu häufigen Anfragen nach Referententätigkeit durch den Direktor und seines Lehr-Teams am ZFZ. Insgesamt wurden – neben den routinemäßigen Vortragsverpflichtungen am ZFZ und für die Winter- und Sommer-Akademie im Jahre 2007 erneut etwa 30 Veranstaltungen durch den Personenkreis allein für die Landeszahnärztekammer (Klausurtagung Leitlinien, Auftakt-Veranstaltung, Tag der Zahngesundheit, Gutachtertagung) und die verschiedenen Bezirkszahnärztekammern in

Baden-Württemberg bestritten – sowohl im Rahmen der Schwarzwaldtagung in Titisee und Schluchsee, des Stuttgarter Zahnärztetages, der Bodenseetagung in Lindau sowie auf der Ebene der Kreisvereinigungen. Die dabei abgehandelten Themen betrafen insbesondere Alterszahnheilkunde, Hygiene, Implantologie, Kinder- und Jugendzahnheilkunde, Prophylaxe und Parodontologie.

Nationale und internationale Referententätigkeit führten das ZFZ-Fortbildungsteam bis nach Australien. So war der Direktor als Referent am niedersächsischen Zahnärztetag, der Frühjahrsakademie auf Mallorca und am Wiener Prophylaxetag gefordert, PD Dr. Joachim Hermann war als Referent beim Jahreskongress der Deutschen Gesellschaft für Parodontologie, der American Academy of Oral and Maxillofacial Surgery und im Auftrag des ITI-Teams in Australien, DH Angelika Kohler-Schatz im Deutschen Arbeitskreis für Hygiene und Mikrobiologie sowie der Jahrestagung der LZK Sachsen-Anhalt, DH Ulrike Kremer für die LZK Bayern und DH Miriam Heyne bei der Jahrestagung der österreichischen Gesellschaft für Parodontologie aktiv.

### **Gesellschaft für Präventive Zahnheilkunde e.V.**

Das 3. Curriculum Angewandte Präventivzahnmedizin, in dem sich die Teilnehmer im Verlauf von 8 Wochenenden in Theorie und Praxis umfassend über die Möglichkeiten der präventiven Zahnheilkunde informieren können, wurde im Mai 2007 abgeschlossen. Nach wie vor ist es das einzige Curriculum dieser Art im

deutschsprachigen Raum. Das 4. Curriculum startet im Februar 2008. Die Zeitschrift Prophylaxe – Impuls, die auflagenstärkste Fachzeitschrift für den Bereich der oralen Präventivmedizin im deutschsprachigen Raum, fungiert seit dem vierten Quartal 2004 als Mitgliederzeitschrift. Die Zusammenarbeit verläuft weiterhin reibungslos.

### **Baumaßnahmen und Investitionen**



Ein erheblicher Teil der Investitionsrücklage wurde im Jahre 2007 investiert. In diesem Jahr standen umfangreiche bauliche und haustechnische Maßnahmen im Vordergrund der Investitionen:

- Ersatz von mehr als 100 Fenstern, Außenrolläden und Jalousien; Wärmedämmung; Neuverputzung und Anstrich der Außenfassade; Ausbruch der Glasbausteine im Treppenhaus und Ersatz durch Fenster; komplette Sanierung der Außenanlagen einschließlich der Neubegrünung;
- Optimierung der Heizungstechnik (Ersatz der alten Steuerungstechnik durch eine komplett neue Anlage zur

Reduktion der Heizkosten) und Abbau der voluminösen Schächte der alten Klimaanlage

- Komplettsanierung der Kantine und kompletter Ersatz der alten Küchengeräte durch neue, an die veränderte Nutzung angepasste Küchentechnik.

### **Dienstleister für Kammer und KZV**

In seiner Funktion als Fortbildungsreferent der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, als Fortbildungsreferent der BZK Stuttgart und Mitglied im Arbeitskreis Alterszahnheilkunde der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg ist der Leiter des ZFZ in erheblichem Umfang in die aktuellen standes- und berufspolitischen Aktivitäten eingebunden. In diesem Jahr im Vordergrund standen hierbei die Vorbereitungen für den Stuttgarter Zahnärztetag, der Einsatz als Referent im Rahmen der Klausurtagung der LZK zum Thema Leitlinien, der Gutachtertagung sowie im Rahmen des Tages der Zahngesundheit. Zusätzlich wurde in Abstimmung zwischen Prophylaxeausschuss und IZZ die Entwicklung eines Prophylaxepasses für Baden-Württemberg abgeschlossen. Weitere Mitarbeiter des ZFZ (DH's und ZMV's) nehmen wichtige Aufgaben bei der Realisierung verschiedenster Aufgaben im Rahmen der Fortbildung der zahnärztlichen Mitarbeiter oder der LAGZ wahr.

Dies gilt in ähnlichem Umfang für die Räumlichkeiten des ZFZ, die neben ihrer originären Bestimmung für den Bereich der Fortbildung und der Patientenbehandlung für diverse Aktivitäten der LZK (Überprüfung der Gleichwertigkeit nach § 13), der BZK (Patientenberatung, Be-

gutachtung) sowie der KZV Baden-Württemberg (Prothetik-Einigungsausschuss) zur Verfügung gestellt werden.

### **Haushalt**

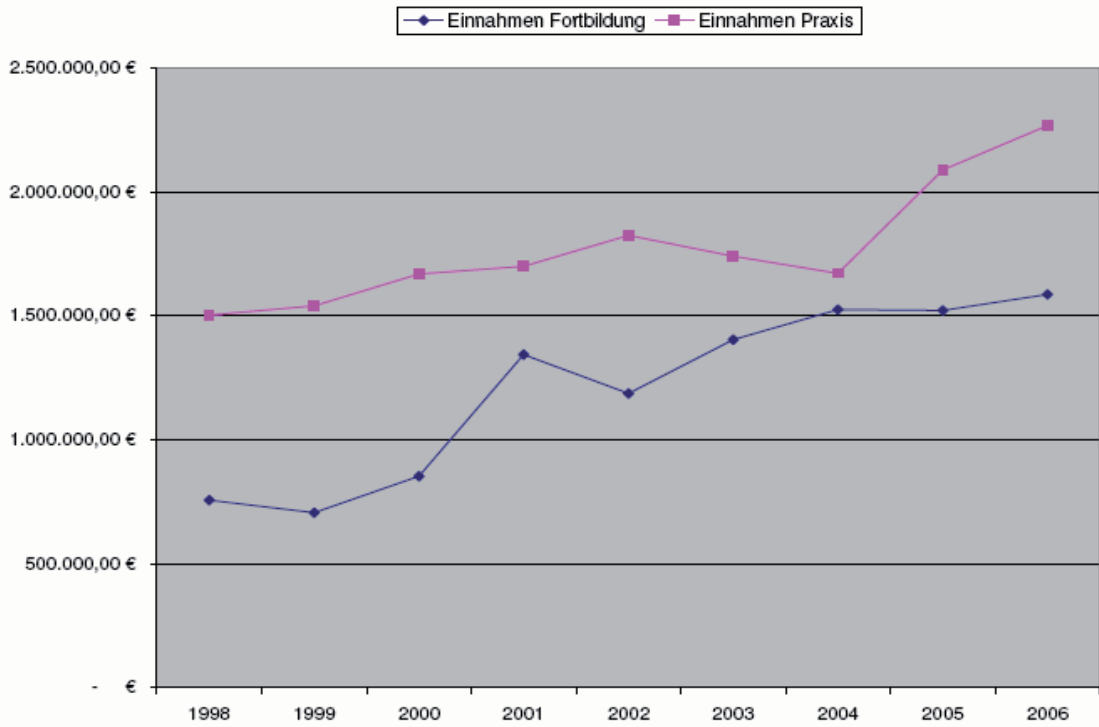
Das Zahnmedizinische Fortbildungszentrum Stuttgart wird in diesem Jahr erneut mit einem positiven operativen Abschluss rechnen können. Auch im zehnten Jahr nach dem Auszug der Geschäftsstelle der Landes Zahnärztekammer konnten alle satzungsgemäßen Aufgaben des ZFZ einschließlich der Gebäudesanierung ohne Zuschüsse seitens der LZK erledigt werden.

Allein in den Jahren von 1998 bis 2006 wurden insgesamt 1.617.685,37 Euro investiert. Davon entfielen 674.447,70 Euro auf Investitionen für die Fortbildung (Hörsäle, Kursraum, Phantomraum) und 645.236,31 Euro auf Investitionen für die Fortbildungspraxis (Behandlungseinheiten, Praxis-EDV, Op-Mikroskop). Weitere 298.01,36 wurden im Bereich der Verwaltung (Fortbildung und Praxis) investiert sowie 210.780,94 auf die Sanierung des Gebäudes verwendet.

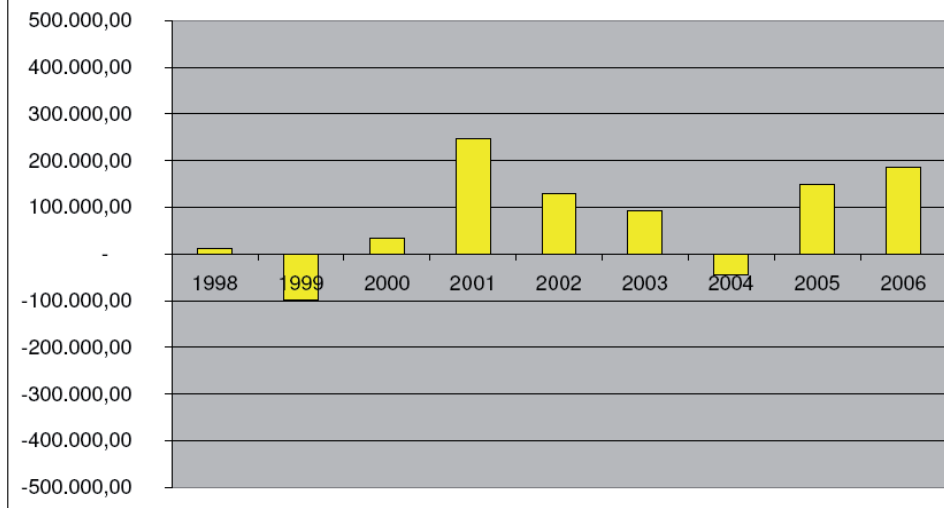
Mit den in den Vorjahren geschaffenen Rücklagen wurde 2007 eine weitgehende Generalsanierung des Gebäudes vorgenommen. Bis Ende September wurden weitere 354.292,63 EUR für die Maßnahmen aufgewendet.

Letztlich wurden somit in den vergangenen 10 Jahren nahezu 2 Millionen Euro für die Modernisierung des ZFZ aufgewendet, die ausschließlich durch das ZFZ selbst finanziert wurden.

### Einnahmen ZFZ Stuttgart im Jahresvergleich



### ZFZ Stuttgart - Ergebnisse Jahresabschluss 1998 - 2006



# Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe

Unter dem Vorsitz von Dr. Borckmann nahm der Verwaltungsrat der Akademie im laufenden Geschäftsjahr in vier Sitzungen seinen statutengemäßen Auftrag wahr.

## Leitung der Akademie

Im Dezember 2006 starb Prof. Dr. Dr. h.c. Michael Heners in seinem Amt als Direktor. Prof. Heners übernahm die Leitung der Akademie im März 1981 und führte sie 26 Jahre. Unter seiner Leitung entwickelte sich die Akademie zu einem international renommierten Institut, das neue Maßstäbe in der Fortbildung setzte. Sein Tod rief Trauer und Bestürzung hervor. Zahlreiche Nachrufe würdigten die Persönlichkeit und die Lebensleistung des verstorbenen Akademiedirektors.

Die Amtsgeschäfte des Akademieleiters übernahm sein Stellvertreter, Prof. Winfried Walther, der am 21. Juli von der Vertreterversammlung zum neuen Direktor der Akademie bestimmt wurde. Nach seiner Wahl legte Prof. Walther den Delegierten seine Vorstellungen zur Zukunft der Akademie dar.

## Fortbildung

Die Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe sieht sich als Partner des praktizierenden Zahnarztes und der praktizierenden Zahnärztin, deren Streben nach Autonomie sie mit allen ihr zur Verfügung stehenden Kräften unterstützt. Sie setzt sich dafür ein, dass der niedergelassene Zahnarzt seiner gesellschaftlichen Verantwortung selbstbestimmt und wirtschaftlich erfolgreich nachkommen

kann. Die Akademie hat im Jahr 2007 ihr Fortbildungsprogramm in diesem Sinne konsequent weiterentwickelt.

## Fortbildungskurse

Das neue Fortbildungsprogramm wurde thematisch erweitert und übersichtlicher gestaltet. Zahlreiche neue Referenten wurden aufgenommen und den Zahnärzten in gesonderten Publikationen vorgestellt.

## Strukturierte Fortbildung



Die Reihe der strukturierten Fortbildungscurricula wurde um die Veranstaltung „Ästhetische Zahnheilkunde“ erweitert. Für diese Fortbildungsserie wurde erstmalig kein obligatorisches Curriculum festgelegt. Der Teilnehmer kann vielmehr aus den angebotenen Themenbereichen sein eigenes, individuelles Lernprogramm zusammenstellen. Dies entspricht dem Ziel der Akademie, Individualität in der Fortbildung zuzulassen.

Intensiv weiterentwickelt wurde auch das „Karlsruher Aufbautraining zum zahnärztlichen Sachverständigen“. Durch die Einbeziehung praktischer Leistungen sei-

### VERWALTUNGSRAT

Dr. Bernd U. BORCKMANN, Heidelberg, Vorsitzender  
Alfred BRAIG, Biberach, Stv. Vorsitzender  
Dr. Bernhard JÄGER, Mannheim  
Prof. Dr. Irmtrud JONAS, Freiburg  
Dr. Otto W. MÜLLER, Speyer  
Dr. Hendrik PUTZE, Stuttgart  
Dr. Manfred SCHOLZ, Umkirch

### DIREKTOR

Prof. Dr. Winfried WALTHER,  
Karlsruhe



tens der Teilnehmer hat das Training sehr an Lebendigkeit gewonnen, da die Praxis der gutachterlichen Tätigkeit in all ihren Facetten zur Darstellung kommt.

### **Continuing Professional Development**

Seit 2002 führt die Akademie Veranstaltungen durch, die nach den Maßgaben des „Continuing Professional Development“ aufgebaut sind. Diese Veranstaltungen beinhalten kaum noch Instruktionseinheiten, wie sie aus klassischen Fortbildungskonzepten bekannt sind. Stattdessen analysieren die Teilnehmer ihre Praxis, arbeiten Problembereiche heraus und legen individuelle Maßgaben zur Problemlösung fest, die dann in der Praxis umgesetzt werden. In einer Veröffentlichung in den Zahnärztlichen Mitteilungen stellten Prof. Walther und Prof. Dick, Magdeburg, den Begriff „Continuing Professional Development“ der zahnmedizinischen Öffentlichkeit vor.

Die Reihe der CPD-Veranstaltungen wurde 2007 um den Themenbereich „Endodontie“ erweitert.

### **Masterstudiengang „Integrated Dentistry“**

Der Masterstudiengang „Integrated Dentistry“ ist der einzige berufsbegleitende Masterstudiengang weltweit, der von einer standeseigenen Institution mitgetragen und mitverantwortet wird. Die Akademie versteht ihn als ein Bildungsinstrument, dass die professionelle Entwicklung des individuellen Teilnehmers fördert und durch seinen wissenschaftlichen Ertrag die Profession insgesamt stärkt. Der Masterstudiengang hat – entgegen den anderen berufsbegleitenden

Masterstudiengängen für Zahnärzte - nicht zum Ziel Spezialisierungen innerhalb unseres Fachgebietes einzuführen. Schon gar nicht soll die Approbation oder die gesetzliche Weiterbildung in Frage gestellt werden. Der Studiengang ist vielmehr ein Angebot an interessierte Kollegen, individuelle Bildungsziele zu verwirklichen und Qualifikationen zu erzielen, die sich in der zahnärztlichen Praxis und für das Selbstwertgefühl des Zahnarztes auszahlen.



Im September 2007 fand das öffentliche Abschlusskolloquium der zweiten Matrikel statt. Es erwies sich, dass das hohe wissenschaftliche Niveau des ersten Jahrgangs gehalten werden konnte. Der Masterstudiengang hat sich somit fest etabliert. Er wird in der wissenschaftlichen Öffentlichkeit mehr und mehr Aufmerksamkeit gewinnen.

### **Karlsruher Konferenz und Karlsruher Vortrag**

Die 22. Karlsruher Konferenz fand am 30. März 2007 statt und erzielte einen neuen Teilnehmerrekord. Sie widmete sich dem Thema "Das Management der aggressiven Parodontitis".

Die Referenten waren:

- Prof. Dr. Thomas Flemmig, Seattle,
- Prof. Dr. Christof Dörfer, Kiel,
- Prof. Dr. Peter Eickholz, Frankfurt und
- Dr. Martin Zilly, Münster



Die Moderation lag in den Händen von Prof. Walther. Großes Interesse fanden die Präsentationen von Dr. Thomas Schug und Dr. Harald Hildenbrand, die über die Ergebnisse ihrer Masterarbeit referierten. Die Themen waren „Die Behandlung von Patienten unter oraler Antigliation“ und „Der Zahnarzt im Film“. Der gleichzeitige „Karlsruher Tag der Zahnmedizinischen Fachangestellten“ stand unter der Moderation von Dr. Robert Heiden, Karlsruhe.

Es referierten:

- Dieter Gaukel,
- Eberhard Häcker,
- Udo Pollmer,
- Meral Sivrikaya und
- Bernita Bush-Gissler

Der Karlsruher Vortrag 2007 wurde von Dr. Jaschinsky, Vorstandsvorsitzender

der Landesbank Baden-Württemberg, gehalten. Dr. Jaschinsky beeindruckte das Publikum im vollbesetzten Weinbrenner Saal des Kongresszentrums Karlsruhe durch eine sehr offene Analyse der neuen Entwicklungen des internationalen Kapitalmarktes. Er bekannte sich zu dem Ziel, durch die langfristige Ausrichtung von Investitionen die nachhaltige Entwicklung der deutschen Wirtschaft zu fördern.

„Die grundsätzliche Herausforderung im globalen Kapitalmarktumfeld, eine neue, tragfähige Balance zwischen zwei Polen zu finden, ist zu bewältigen. Der eine Pol sind die auf einen immer kurzfristigeren Horizont fokussierten Renditeerwartungen internationaler Kapitalmarktinvestoren und der andere Pol ist, den Unternehmen Raum für eine nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen.“



Zukünftig wird dies eine zentrale Frage der deutschen Wirtschaft werden. Eine Frage, die eng mit der Rolle der Banken verbunden ist. Auch wir als Banken müssen zwischen diesen Polen das richtige Maß finden, um die Wertschöpfung unserer Volkswirtschaft voran zu bringen und gleichzeitig Verkrustungen zu vermeiden.“

### Walther-Engel-Stipendium



Auf Vorschlag des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrates sowie nach Beschlussfassung durch den Vorstand der Landes-zahnärztekammer erhielt Prof. Dr. Edgar Schäfer, Münster den Walther-Engel-Preis 2007. Der Preis wurde somit einem deutschen Wissenschaftler mit internationaler Reputation verliehen, der sich große Verdienste für die zahnärztliche Fortbildung erworben hat.

### Offener Tag“ der Akademie



Erstmals fand 2007 ein offener Tag der Akademie statt, an dem Inhalte aus der Strukturierten Fortbildung und dem Mas-

terstudiengang vorgestellt wurden. Zwei Masterstudenten trugen ihre Ergebnisse vor. Der Tag klang aus mit einem Zusammensein im Hof der Akademie.

Zusammenarbeit mit Gremien und Ausschüssen der Landes-zahnärztekammer  
Die Akademie beabsichtigt, die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen der Landes-zahnärztekammer zu verstärken. Entsprechende Projekte sind in Planung und sollen 2008 umgesetzt werden.

### Gedächtnissymposium für Prof. Michael Heners

Zum Gedächtnis an ihren verstorbenen Leiter veranstaltet die Akademie für Zahnärztliche Fortbildung am 15.12.2007 ein Gedächtnissymposium.

Grußworte werden gesprochen von:

- Dr. Dr. Jürgen Weitkamp, Präsident der Bundeszahnärztekammer,
- Dr. Jürgen Fedderwitz, 1. Vorsitzender der KZBV,
- Dr. Udo Lenke, Präsident der Landes-zahnärztekammer Baden-Württemberg und
- Dr. Peter Kuttruff, 1. Vorsitzender der KZV Baden-Württemberg

Ein internationales Referententeam würdigt die wissenschaftliche Lebensleistung von Michael Heners und stellt unter dem Thema „Bausteine der Zahnärztlichen Restauration“ den aktuellen Stand der Zahnheilkunde dar.

## Wissenschaft

Die wissenschaftliche Arbeit der Akademie ist durch den Masterstudiengang „Integrated Dentistry“ erheblich intensiviert worden. Die bislang biometrisch orientierten Studienformate werden ergänzt durch Studien, die sozialwissenschaftliche Methodiken einsetzen. Hierdurch werden „weiße Flecken“ auf dem Gebiet der Zahnheilkunde erstmalig wissenschaftlich bearbeitet. Die Liste der veröffentlichten Masterarbeiten umfasst zwischenzeitlich 49 Titel.

Sie enthält die Forschungsschwerpunkte

- Klinische Studien
- Versorgungsforschung
- Professionsentwicklung
- Kultur und Medien
- Qualitätsmanagement
- Evidenz- und Entscheidungsfindung
- Geschichte der Zahnheilkunde

Zahlreiche Masterarbeiten sind inzwischen auf nationalen und internationalen wissenschaftlichen Kongressen als Poster oder Referate angenommen worden. Andere wurden in wissenschaftlichen Zeitschriften veröffentlicht. Auf dem Treffen des International College of Prosthodontists in Fukuoka, Japan, wurde am 6. September 2007 die Arbeit von Ulrich Pauls und Winfried Walther über die Evaluation eines regel- und fallbasierten prothetischen Entscheidungsunterstützungssystems vorgetragen. Gleichzeitig erlebte dieses Entscheidungsunterstützungssystem, das von der Akademie in Zusammenarbeit mit der Universität Bremen entwickelt wurde, seine internationale Premiere. Es kann jetzt von

Zahnärzten auf der ganzen Welt genutzt werden.

Die wissenschaftlichen Kontakte zur Universität Sarajevo werden weiter gepflegt. Neue gemeinsame Projekte sind in Planung.



## Gerichtsgutachten

Sachverständigengutachten wurden erstellt für die Gerichte: Landgericht Karlsruhe, Landgericht Landau, Landgericht Mannheim, Landgericht Baden-Baden, Amtsgericht Offenburg.

## Zahnärztliche Poliklinik

Die Zahnärztliche Poliklinik ist ein essentieller Kompetenzbereich der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe. Die Patientenbehandlung in allen Disziplinen der Zahnmedizin ist unabdingbare Voraussetzung für die Erfüllung der spezifischen Fortbildungsaufgaben der Akademie, insbesondere der Organisation von Demonstrationpatienten für die Fortbildungskurse und für die Gewinnung von Patientendaten als Grundlage wis-

senschaftlicher Evaluierung. Die wissenschaftlichen Studien finden in der Fortbildung Anwendung.

Die Poliklinik erarbeitet Material für das Fortbildungsangebot im Internet. Ferner betreibt sie die Weiter-, Fort- und Ausbildung von zahnärztlichen Assistenten.



Zur sachgerechten Durchführung der zahnärztlichen Poliklinik gehört ein zahntechnisches Labor, das unter der Leitung von Zahntechnikermeister Berthold Steiner arbeitet.

#### **Standespolitische Tätigkeit Prof. Dr. Winfried Walther**

- Associate Editor des "International Journal of Prosthodontics, Chicago"



- Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der "Arbeitsgemeinschaft für Keramik in der Zahnheilkunde e. V."
- Obergutachter der Kassenzahnärztlichen Vereinigung
- Bezirksdirektion Karlsruhe
- Gutachterreferent der Bezirkszahnärztekammer Karlsruhe

# Gutachterkommissionen für Fragen zahnärztlicher Haftung

Die bei den Bezirkszahnärztekammern im Lande eingerichteten Gutachterkommissionen für Fragen zahnärztlicher Haftung hatten sich in den letzten 7 Jahren nicht mehr mit einer so großen Anzahl an Anträgen zu beschäftigen wie im Berichtsjahr, wenn auch in einzelnen Bezirken, so im Bereich der BZK Stuttgart deutlich weniger neue Anträge auf Gutachterverfahren gestellt wurden als im Vorjahr.

Nach wie vor ist aus den Anträgen ersichtlich, dass die ratsuchenden Patienten vielfach von Nachbehandlern, aber auch von Kostenträgern, auf die Möglichkeit des Gutachtensverfahrens hingewiesen werden. Die Entscheidung für das Gutachtenverfahren vor der Gutachterkommission für Fragen zahnärztlicher Haftung wird - soweit dies beurteilt werden kann - letztendlich aus Kostengründen getroffen.

Auffallend ist, dass nicht nur Anträge an die Gutachterkommission nach Erstattung eines vertragszahnärztlichen Mängelgutachtens gestellt werden, sondern - auch auf Veranlassung von Krankenkassen - auch ohne vorhergehendes vertragszahnärztliches Mängelgutachterverfahren.

Die Anzahl der Kommissionssitzungen hat sich gegenüber dem Vorjahr ebenso wie die Anzahl der Sachverhaltserörterungen wiederum leicht erhöht. Auch war in einzelnen BZKen ein Anstieg der zahnärztlichen Untersuchungen zu verzeichnen. Das Verhältnis der antragstellenden Patientinnen zu den antragstellenden Patienten beträgt nach wie vor etwa 2:1. Hingegen ist der Ausländeranteil bei den Patienten leicht gestiegen und beträgt nunmehr knapp 20 %. Leicht gestiegen ist auch der Anteil beteiligter

Patienten, die von einem Rechtsanwalt vertreten werden.

Als problematisch hat sich im Bereich der BZK Stuttgart herausgestellt, dass in der Gutachterkommission kein Mund-Kiefer-Gesichtschirurg vertreten ist, was in Einzelfällen zum Widerspruch von betroffenen Mund-Kiefer-Gesichtschirurgen gegen die Tätigkeit der Gutachterkommission geführt hat. Die Gutachterkommission im Bereich der BZK Stuttgart versucht seit ihrem Bestehen, insbesondere den Patienten im Rahmen einer mündlichen Erörterung des Sachverhalts ihre Beurteilung nicht nur bekanntzugeben, sondern diese auch zu erläutern und Fragen der Patienten hierzu zu beantworten. Dies führte in vielen Fällen dazu, dass sich die Beteiligten mit der Erörterung des Sachverhalts und der Erstattung eines mündlichen Gutachtens begnügen und auf ein schriftliches Gutachten verzichtet werden kann. Nach wie vor folgt nach einer solchen Verfahrensbeendigung eine weitere (gerichtliche) Auseinandersetzung allenfalls in den Fällen, in denen die Gutachterkommission einen Behandlungsfehler bejaht, aber keine Aussagen zu den weiteren Kosten machen konnte oder einen Behandlungsfehler zwar nicht ausschließen, aber auch nicht bejahen konnte. Zu beobachten ist, dass viele der Antrag stellenden Patienten von der Gutachterkommission letztlich die Zuerkennung von Schadenersatz oder Schmerzensgeld erwarten. Dieser Erwartungshaltung kommt das Bemühen der Gutachterkommission um eine vergleichsweise Erledigung bei der mündlichen Erörterung des Sachverhalts nach Bejahung eines Behandlungsfehlers in einem mündlich vorab erstatteten Gutachten entgegen.

## Statistik für die Zeit vom 01.10.2006 – 30.09.2007

		FR	KA	S	TÜ	LZK BW
<b>I.</b>	<b>Allgemeines</b>					
1.	Gesamtzahl der im Berichtsjahr gestellten Anträge	31	58	68	54	211
2.	Zahl der zu Beginn des Berichtsjahres noch offenen Anträge aus dem Vorjahr	15	32	49	17	113
3.	Zahl der im abgelaufenem Berichtsjahr erledigten Anträge	26	48	86	47	207
4.	Wie haben sich die Anträge nach Ziff. 3 erledigt?					
	a) durch schriftliches Gutachten	17	30	14	21	82
	b) durch Vergleich	---	3	13	2	18
	c) Sonstige Weise (z. B. Widerspruch, Rücknahme, Fristablauf, Abgabe, etc.)	9	15	59	24	107
5.	Zahl der am Ende des Berichtsjahres noch offenen Anträge	20	42	31	24	117
<b>II.</b>	<b>Durch Kommissionsgutachten entschiedene Fälle</b>					
1.	Gesamtzahl der im Berichtsjahr erstatteten Gutachten, davon	17	30	14	21	82
1.1	Aufklärungsfehler bejaht	---	2	---	---	2
1.2	Behandlungsfehler und Kausalität des Fehlers für den Schadenseintritt bejaht	2	10	6	9	27
1.3	Behandlungsfehler bejaht, Gesundheitsschaden verneint	1	1	---	1	3
1.4	Behandlungsfehler bejaht, Kausalität des Fehlers für den Schadenseintritt verneint	---	---	---	---	---
1.5	Behandlungsfehler/Aufklärungsfehler verneint	14	17	8	11	50
<b>III.</b>	<b>Häufigste Ursache der Behandlungsfehler bzw. geltend gemachten Fehler</b>					
a)	Aufklärung	---	2	1	---	3
b)	Chirurgie	---	4	1	1	6
c)	Implantologie	1	2	2	---	5
d)	Kieferorthopädie	---	2	4	1	7
e)	Parodontologie	---	3	---	---	3
f)	Zahnerhaltung	3	10	2	3	18
g)	Zahnersatz	---	7	2	5	14
h)	Sonstiges	---		2	---	4

# Zahnärztliche Röntgenstelle Baden-Württemberg

Der jährlich abzugebende Arbeitsbericht der vier zahnärztlichen Stellen (besser bekannt als Röntgenstellen) wurde in bewährter Qualität von Dr. Burkhard Maager, Röntgenreferent der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, erstellt und umfasst den Zeitraum 01.01.2006 bis 31.12.2006.

	Stuttgart	Freiburg	Karlsruhe	Tübingen	LZK BW
erfasste Zahnärzte	2.352	1.830	1.973	1.200	<b>7.355</b>
erfasste Geräte / Anzahl der Zahnärzte	5.359 / 2.340	3.635 / 1.825	4.152 / 1.940	2.503 / 1.195	<b>15.649 / 7.300</b>
Zahnärzte ohne erfasste Röntgengeräte	12	5	33	5	<b>55</b>
erfasste Aufnahmen	1.624	1.110	1.481	1.624	<b>5.839</b>
Anzahl der Mängelrügen	insg. 261	insg. 151	insg. 90	insg. 144	<b>insg. 646</b>
Uraufnahmen	6	0	2	7	<b>15</b>
Konstanzaufnahmen	255	151	88	137	<b>631</b>
Patientenaufnahmen	4	64	11	15	<b>94</b>
<b>Röntgengeräte geprüft ohne Beanstandung/ Anzahl der erfassten</b>					
Urprüfkörper	271 / 277 (97,83%)	333 / 333 (100,00%)	696 / 698 (99,71%)	204 / 211 (96,68%)	<b>1.504 / 1.519 (99,01%)</b>
Konstanzprüfung	1.092 / 1.347 (81,07%)	626 / 777 (80,57%)	695 / 783 (88,76%)	673 / 810 (83,09%)	<b>3.086 / 3.717 (83,02%)</b>
Patientenaufnahmen	1.343 / 1.347 (99,70%)	713 / 777 (91,76%)	772 / 783 (98,60%)	795 / 810 (98,15%)	<b>3.623 / 3.717 (97,47%)</b>
<b>Zahl der Zahnärzte, deren Unterlagen angefordert sind (Stichtag):</b>	03.04.2007	03.04.2007	03.04.2007	03.04.2007	03.04.2007
Anzahl der Zahnärzte	59	24	135	40	<b>258</b>
1. Mahnung	9	9	25	32	<b>75</b>
2. Mahnung	6	4	5	2	<b>17</b>
Meldung beim Ministerium	0	0	3	0	<b>3</b>

Insgesamt ist bei einem Vergleich mit den Vorjahreszahlen ein gleichbleibend gutes Ergebnis der Prüfungen der zahnärztlichen Stellen festzustellen. Die Zahl der erfassten Zahnärzte ist geringfügig zurückgegangen, ebenso die daraus resultierende Zahl der erfassten Geräte. Besonders beachtlich ist der Rückgang der Zahl der Zahnärzte ohne erfasste Röntgengeräte - der Rückgang beträgt 95%! Auch die Quote der ohne Beanstandung geprüften Röntgengeräte im Verhältnis zur Anzahl der erfassten Röntgengeräte ist gleichbleibend gut.

Zwar mussten die Zahnärztlichen Stellen erstmals drei Zahnärzte dem Ministerium für Arbeit und Soziales wegen wiederholter Nichtbeachtung von Verbesserungsvorschlägen melden, dafür hat sich die Zahl der Zahnärzte, deren Unterlagen angefordert worden sind, mehr als halbiert.





# Prüfungskommissionen für die Kenntnisprüfungen nach § 2 ZHG

**D**ie Verfahrensgrundsätze für die Durchführung der Kenntnisprüfungen gemäß § 2 Abs. 2 Satz 3 Zahnheilkundengesetz wurden seit ihrem Bestehen aus dem Jahre 2003 immer wieder – letztmalig am 01.01.2005 – aktualisiert und den jeweiligen Gegebenheiten angepasst. Die Erweiterung der Europäischen Union – in 2004 um Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern und seit Jahresbeginn um Bulgarien und Rumänien - hat dazu geführt, dass sich der Prüfungsaufwand deutlich reduziert hat.

## Prüfungsaufwand rückläufig

Hinzu gekommen ist, dass Kenntnisprüfungen von Kandidaten, die ihre Ausbildung in „neuen“ EU-Ländern vor EU-Beitritt absolviert haben, teilweise zurückgestellt wurden. Grund hierfür ist, dass noch nicht für alle Länder Konformitätslisten vorliegen, die bescheinigen, ab wann (Studienbeginn) eine Ausbildung als gleichwertig anzusehen ist.

Während im Jahr 2006 noch 8 praktische Kenntnisprüfungen mit insgesamt 32 Kandidaten und 9 theoretische Prüfungen mit 19 Kandidaten durchgeführt wurden, waren es in 2007 bisher je 2 praktische und theoretische Kenntnisprüfungen mit 8 bzw. 6 Kandidaten.

Drei praktische Prüfungstermine mit insgesamt 12 Kandidaten und 1 Termin für eine theoretische Kenntnisprüfung stehen in 2007 noch an, zwei Termine für die Theorie wurden bereits für 2008 festgelegt.

Auf Grund der derzeitigen bei der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg geführten Warteliste ist davon auszugehen, dass die Anzahl der Kenntnisprüfungen im kommenden Jahr weiter sinken wird.

## Ergebnisse der Überprüfungen

Die Ergebnisse der Kenntnisprüfungen machen deutlich, dass sie zu Recht sowohl im Interesse des Patientenschutzes als auch der Zahnärzteschaft bestehen.

Von insgesamt 10 Kandidaten konnte in 2007 bisher nur bei einem Kandidaten die Gleichwertigkeit seines Kenntnisstandes festgestellt werden. In den übrigen Fällen konnte dem Regierungspräsidium Stuttgart die Erteilung der Approbation nicht empfohlen werden.

### PRÜFUNGSKOMMISSION 1

Dr. Hans-Henning HOLFELD, Deizisau, Vorsitzender  
Prof. Dr. Peter LUDWIG, Ulm, stv. Vorsitzender  
Dr. Iris KNOBLAUCH, Freiburg

### PRÜFUNGSKOMMISSION 2

Dr. Eva HEMBERGER, Heidelberg, Vorsitzende  
Dr. Wolfgang SCHEMPF, Reutlingen, stv. Vorsitzender  
Prof. Dr. Andreas SCHULTE, Heidelberg

### ZUSTÄNDIGKEIT IN DER LZK-GESCHÄFTSSTELLE

Cäcilia FALK

### Statistik der durchgeführten Kenntnisprüfungen in 2007

Ausbildungen in	Praxis nicht bestanden (Anzahl)	Praxis bestanden (Anzahl)	Theorie bestanden (Anzahl)	Theorie nicht bestanden (Anzahl)
Libanon		1	1	
Peru		1 (in 2005)		1
Ungarn		1		1
Polen	1			
Mexiko	1			
Ukraine	1	2		2
Chile		1		1
Bosnien/Herzowina	1			
<b>Gesamt</b>	<b>4</b>	<b>6</b>	<b>1</b>	<b>5</b>

### Statistik der durchgeführten Kenntnisprüfungen seit Bestehen der Verfahrensgrundsätze (01.01.2003)

	Bestanden	Nicht bestanden
2003	4	13
2004	7	13
2005	---	17
2006	13	24
2007	1	9
<b>Gesamt</b>	<b>25</b>	<b>76</b>

# Arbeitskreis

## Patientenberatung und Zweitmeinung

**A**nders als in anderen Länderkammern, gehört die Patienteninformation und die Patientenberatung in Baden-Württemberg zu den standespolitischen Bestätigungsfeldern, bei denen die beiden zahnärztlichen Körperschaften Landes Zahnärztekammer und Kassenzahnärztliche Vereinigung zusammen arbeiten. Und zwar sehr erfolgreich und konstruktiv.



Über eine entsprechend harmonisch verlaufende Sitzung am 22. August 2007 konnte sich die Vorsitzende des gemeinsamen Arbeitskreises 'Patientenberatung und Zweitmeinung', Dr. Antoinette Röttele, freuen. Inmitten der Sommerferien konnte sich der Arbeitskreis nicht in den Erfolgen der Vergangenheit, sondern brachte viele neue Projekte auf den Weg, um den Patienten zu unterstützen, ihm beratend zur Seite zu stehen und das Vertrauensverhältnis zu seinem Zahnarzt weiter zu stärken.

### Organisations- und Ablaufschema

Die Grundlage der gemeinsamen Arbeit in der Patienteninformation und -beratung ist das „Organisations- und

Ablaufschema für Zahnmedizinische Beratungsstellen“, das im Berichtszeitraum überarbeitet wurde. Die Organisationen haben eine Kostenregelung in das Schema aufgenommen, die eine Teilung der anfallenden Kosten vorsieht. Das überarbeitete Organisations- und Ablaufschema wurde im Juli dieses Jahres vom LZK-Präsidenten und dem Vorsitzenden der KZV unterzeichnet.

### Landeseinheitliche Servicehotline und Beratungskärtchen als Zahnseiden-spender

Im vergangenen Jahr hat der Arbeitskreis angeregt, dass Patientinnen und Patienten für ihre Fragen künftig nur noch eine einheitliche Hotline-Nummer im Gedächtnis behalten müssen und nicht, wie bisher, vier Rufnummern für jedes Zahnärztehaus. Inzwischen wurde das Projekt über das Informationszentrum Zahngesundheit realisiert. Seit Anfang des Jahres können Patienten ihre Fragen zu Zahn- und Mundgesundheit über eine für sie gebührenfreie landeseinheitliche Hotline stellen. Die Hotline wird von den Patienten bereits rege genutzt, wie die statistischen Auswertungen belegen. Die hohe Frequentierung der Hotline hatte allerdings zur Folge, dass viele Anrufe nicht durchgestellt werden konnten. Als erste Maßnahme werden Patienten zu-



#### MITGLIEDER

Dr. Antoinette RÖTTELE, Weil am Rhein, LZK BW, Vorsitzende  
Dr. Konrad BÜHLER, LZK BW  
Christian FINSTER, Stuttgart, KZV BW  
Dr. Peter KUTTRUFF, Stuttgart, KZV BW  
Dr. Helmut WELLER, Pfullingen, LZK BW

#### ZUSTÄNDIGKEIT IN DER LZK-GESCHÄFTSSTELLE

Andrea MADER

#### STÄNDIGER GAST

Johannes CLAUSEN, Leiter IZZ

künftig, im Falle die Hotline belegt ist, durch eine Sprechanzeige auf das Online-Beratungs- und Informationsangebot der Zahnärzteschaft unter [www.patientenberatung-bw.de](http://www.patientenberatung-bw.de) aufmerksam gemacht.

Ebenfalls über das IZZ realisiert wurde im Berichtszeitraum eine weitere Anregung des Arbeitskreises, die Patientenberatungskärtchen zusätzlich zur bisherigen Kalenderform im Checkkartenformat als Zahnseidenspender auszulegen. Versehen mit der neuen landeseinheitlichen Service-Hotline wird das zusätzliche Kommunikationsmittel als ‚give-away‘ bei Veranstaltungen eingesetzt.

### Erweiterung der Beratungsorte

Sämtliche telefonischen als auch persönlichen Beratungsgespräche werden



schriftlich ausgewertet und in Form einer Übersichtsstatistik im vorliegenden Jahresbericht der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg veröffentlicht.

Neben verschiedenen Daten wie persönlichen Angaben, Beratungsschwerpunkte oder Zufriedenheit mit der Beratung wird in den Erhebungsbögen auch die Herkunft der ratsuchenden Patienten ermittelt. Auf der Grundlage dieser statischen Auswertungen hat der Arbeitskreis bereits im vergangenen Jahr angeregt, die Beratungsorte der Zweitmeinungsberatung im Bereich Karlsruhe und Ulm zu erweitern,

damit auch Patienten mit größeren Anfahrtswegen das Angebot der kostenlosen neutralen Beratung in Anspruch nehmen können. Der Arbeitskreis begrüßt daher die Aktivitäten der Bezirkszahnärztekammer Karlsruhe, das Beratungsmodell auf Karlsruhe und Mannheim auszuweiten. Der Arbeitskreis regte zudem an, dass auch in den anderen Bezirken das Beratungsangebot überprüft und möglicherweise erweitert wird.

damit auch Patienten mit größeren Anfahrtswegen das Angebot der kostenlosen neutralen Beratung in Anspruch nehmen können. Der Arbeitskreis begrüßt daher die Aktivitäten der Bezirkszahnärztekammer Karlsruhe, das Beratungsmodell auf Karlsruhe und Mannheim auszuweiten. Der Arbeitskreis regte zudem an, dass auch in den anderen Bezirken das Beratungsangebot überprüft und möglicherweise erweitert wird.

Der Arbeitskreis regte zudem an, dass auch in den anderen Bezirken das Beratungsangebot überprüft und möglicherweise erweitert wird.



### Schulungskonzept für Patientenberater

60 Kolleginnen und Kollegen engagieren sich in der zahnärztlichen Patientenberatung in den vier Zahnärztehäusern des Landes. Sie sind sowohl in der allgemeinen telefonischen Patientenberatung aktiv als auch bei der Zweitmeinungsberatung. Um die Beratungskompetenz dieser engagierten Kollegen zu verbessern und weiter zu entwickeln, hat der Arbeitskreis dem Vorstand der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg vorgeschlagen, über die körperschaftseigenen Fortbildungseinrichtungen ZFZ Stuttgart, Akademie Karlsruhe und FFZ Freiburg ein eigenes Schulungskonzept



zu entwickeln und künftig als qualitätssichernde Maßnahme in Form einer curriculären Fortbildung aufzulegen.

### Gemeinsamer Info- Flyer geplant

Mit einem gemeinsamen Informationsflyer wollen die zahnärztlichen Körperschaften ihr Beratungsangebot noch bekannter machen. Der Arbeitskreis war übereinstimmend der Ansicht, dass der breiteren Öffentlichkeit, die zum Teil nicht über Zugang zu modernen Medien verfügt, die fachkompetente und kostenfreie Beratung der Zahnärzteschaft noch nicht ausreichend bekannt ist. Mit der Auflage eines Flyers in Papierform, der in den Praxen und bei Veranstaltungen ausgelegt werden kann, könnte der Bekanntheitsgrad des zahnärztlichen Beratungsangebots, unter anderem gegenüber den Krankenkassen, entscheidend verbessert werden. Auch gegenüber der Verbraucherzentrale und den Beratungsaktivitäten der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland muss das zahnärztliche Beratungsangebot stärker in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt werden. Die Realisierung des Projekts ist für das kommende Jahr angedacht und wird erneut über das IZZ erfolgen.





# Statistik Patientenberatung

## Auswertung der Erhebungsbögen

Die Zahnmedizinische Patientenberatung der Zahnärzteschaft Baden-Württemberg ist ein gutes Beispiel für einen hervorragenden Service, der Vertrauen schafft und die Glaubwürdigkeit des zahnärztlichen Berufsstandes in der Öffentlichkeit stärkt.

### Erhebungsbogen „Allgemeine Patientenberatung“ (Erhebungszeitraum 01.10.06 bis 30.09.07)

Die vorliegenden Zahlen beruhen auf den Auswertungsbögen der Bezirkszahnärztekammern. Da nicht immer alle Angaben auf den Bögen vollständig sind, differieren teilweise die Gesamtzahlen.

Beratungsgespräche		Anzahl				Gesamt
		BZK S	BZK KA	BZK FR	BZK TÜ	LZK BW
Beratungen	bisher durchgeführt:	241	130	699	174	<b>1.244</b>
teilweise keine Angaben	• davon telefonisch:	241	130	137	147	<b>655</b>
teilweise keine Angaben	• davon schriftlich:	-	-	-	3	<b>3</b>
teilweise keine Angaben	• davon persönlich:	-	-	562	24	<b>586</b>
Patienten	teilweise ohne Altersangabe					
• weiblich teilweise keine Angaben	Insgesamt:	162	87	414	120	<b>783</b>
	• zwischen 0 – 15 Jahre:	6	1	49	3	<b>59</b>
	• zwischen 16 - 30 Jahre:	9	5	42	3	<b>59</b>
	• zwischen 31 - 40 Jahre:	28	14	49	18	<b>109</b>
	• zwischen 41 - 50 Jahre:	23	27	70	16	<b>136</b>
	• zwischen 51 - 60 Jahre:	34	14	90	27	<b>165</b>
	• älter als 60 Jahre:	62	26	114	53	<b>255</b>
• männlich teilweise keine Angaben	insgesamt:	70	43	285	50	<b>448</b>
	• zwischen 0 – 15 Jahre:	1	1	26	-	<b>28</b>
	• zwischen 16 - 30 Jahre:	4	1	23	2	<b>30</b>
	• zwischen 31 - 40 Jahre:	10	7	24	11	<b>52</b>
	• zwischen 41 - 50 Jahre:	5	10	30	8	<b>53</b>
	• zwischen 51 - 60 Jahre:	15	5	43	12	<b>75</b>
	• älter als 60 Jahre:	35	19	139	17	<b>210</b>



### Fortsetzung Erhebungsbogen „Allgemeine Patientenberatung“

Beratungsgespräche		Anzahl				Gesamt LZK BW
		BZK S	BZK KA	BZK FR	BZK TÜ	
<b>Schwerpunkte der Beratung</b>						
	• Ästhetische Zahnheilkunde	5	2	27	-	<b>34</b>
	• Allg. zahnärztl. Fragen	23	10	107	4	<b>144</b>
	• Amalgam	6	2	20	2	<b>30</b>
	• Chirurgie	16	6	27	15	<b>64</b>
	• Festzuschüsse	2	1	4	-	<b>7</b>
	• Funktionslehre, Kiefergelenke	9	1	5	4	<b>19</b>
	• Honorarhöhe	24	8	9	2	<b>43</b>
	• Hypnose	1	1	3	-	<b>5</b>
	• Implantologie	45	27	130	42	<b>244</b>
	• KFO	14	12	31	10	<b>67</b>
	• Kinderzahnheilkunde	1	1	40	-	<b>42</b>
	• KONS/Füllungstherapie	21	6	80	19	<b>126</b>
	• PAR	24	5	61	10	<b>100</b>
	• Prophylaxe	7	4	94	2	<b>107</b>
	• Versiegelung	2	-	1	-	<b>3</b>
	• Zahnarztwechsel	18	7	5	10	<b>40</b>
	• Zahnersatz	99	45	198	92	<b>434</b>
	• Sonstiges	45	3	19	16	<b>83</b>
<b>Reaktionen des Ratsuchenden</b>						
	• positiv	201	118	526	129	<b>974</b>
	• negativ	1	1	-	4	<b>6</b>
	• keine Reaktion	11	11	10	34	<b>66</b>
<b>Verweis auf Zweitmeinung</b>						
	in wie viel Fällen erfolgt?	60	47	19	16	<b>142</b>
<b>Verweis auf Gutachterverfahren</b>						
	in wie viel Fällen erfolgt?	33	9	10	34	<b>86</b>

## Erhebungsbogen „Zweitmeinung“ (Erhebungszeitraum 01.10.06 bis 30.09.07)

Die vorliegenden Zahlen beruhen auf den Auswertungsbögen der Bezirkszahnärztekammern. Da nicht immer alle Angaben auf den Bögen vollständig sind, differieren teilweise die Gesamtzahlen.

Zweitmeinungsgespräche		Anzahl				Gesamt
		BZK S	BZK KA	BZK FR	BZK TÜ	LZK BW
Beratungen	bisher durchgeführt:	432	74	94	118	718
	• davon telefonisch:	-	-	14	19	33
	• davon schriftlich:	-	-	-	-	-
	• davon persönlich:	432	74	80	99	685
Patienten	teilweise ohne Altersangabe					
• weiblich teilweise keine Angaben	insgesamt:	273	48	58	58	437
	• zwischen 0 - 30 Jahre:	31	21	7	20	79
	• zwischen 31 - 40 Jahre:	16	3	5	3	27
	• zwischen 41 - 50 Jahre:	34	6	13	6	59
	• zwischen 51 - 60 Jahre:	75	1	12	8	96
	• älter als 60 Jahre:	117	17	21	21	176
• männlich teilweise keine Angaben	insgesamt:	151	25	37	34	247
	• zwischen 0 - 30 Jahre:	22	13	7	10	52
	• zwischen 31 - 40 Jahre:	11	1	1	5	18
	• zwischen 41 - 50 Jahre:	17	2	6	6	31
	• zwischen 51 - 60 Jahre:	27	1	6	3	37
	• älter als 60 Jahre:	74	8	17	10	109
<b>Anlass</b>						
	• Zweitmeinung	293	71	76	91	531
	• Erläuterung Behandlungsplan	29	13	34	6	82
	• Erläuterung Honorarplan	24	9	3	2	38
Untersuchung	In wie vielen Fällen erfolgt?	432	58	80	90	660

### Fortsetzung Erhebungsbogen „Zweitmeinung“

Zweitmeinungsgespräche		Anzahl				Gesamt LZK BW
		BZK S	BZK KA	BZK FR	BZK TÜ	
<b>Themenbereiche</b>						
	• Zahnersatz	253	37	62	59	<b>411</b>
	• Implantologie	152	15	52	30	<b>249</b>
	• PAR	55	5	8	5	<b>73</b>
	• KONS/Füllungstherapie	25	2	4	13	<b>44</b>
	• Amalgam	7	-	1	-	<b>8</b>
	• Chirurgie	30	3	3	6	<b>42</b>
	• KFO	46	28	11	23	<b>108</b>
	• FL, Kiefergelenke	16	-	4	4	<b>24</b>
	• Allgemeine zä. Fragen	20	2	4	7	<b>33</b>
	• Ästhetische Zahnheilk.	19	5	1	-	<b>25</b>
	• Zahnarztwechsel	16	-	1	6	<b>23</b>
	• Kinderzahnheilkunde	1	-	-	-	<b>1</b>
	• Honorarhöhe	80	4	11	5	<b>100</b>
	• Prophylaxe	9	-	1	1	<b>11</b>
	• Festzuschüsse	4	-	-	-	<b>4</b>
	• Hypnose	1	-	-	-	<b>1</b>
	• Sonstiges	26	-	-	1	<b>27</b>
<b>Woher ist die Zweitmeinung bekannt?</b>						
	• Krankenkasse	157	48	39	39	<b>283</b>
	• Zeitung	67	1	14	15	<b>97</b>
	• Zahnärztin/Zahnarzt	44	9	5	22	<b>80</b>
	• Sonstiges	150	14	14	22	<b>200</b>
<b>Antworten des Zweitmeinungszahnarztes</b>						
	schriftlich	-	17	80	-	<b>97</b>
	mündlich	432	68	80	104	<b>684</b>
<b>Unterlagen</b>						
	vom Patienten vorgelegt	354	47	37	87	<b>525</b>
	vom Vorbehandler angefordert	2	15	-	-	<b>17</b>
<b>Untersuchung</b>						
	in wie viel Fällen erfolgt?	432	58	80	90	<b>660</b>
<b>Verweis auf Gutachterverfahren</b>						
	in wie viel Fällen erfolgt?	11	7	2	21	<b>41</b>

Fortsetzung Erhebungsbogen „Zweitmeinung“

Zweitmeinungsgespräche		Anzahl				Gesamt LZK BW
		BZK S	BZK KA	BZK FR	BZK TÜ	
<b>Kontaktaufnahme mit Zahnarzt?</b>						
	Ja	13	22	-	7	<b>42</b>
	Nein	131	51	60	94	<b>336</b>
<b>Reaktionen der Behandler</b>						
	• positiv/neutral	9	10	-	12	<b>31</b>
	• negativ	1	1	-	1	<b>3</b>
	• keine Reaktion	-	16	-	73	<b>89</b>
<b>Reaktionen des Ratsuchenden</b>						
	teilweise ohne Angabe					
	• positiv	328	51	93	81	<b>553</b>
	• negativ/ verunsichert/ enttäuscht	4	9	-	3	<b>16</b>
	• keine Reaktion	7	3	1	30	<b>41</b>
<b>Zweitmeinung übereinstimmend mit vorgelegter Behandlungsplanung</b>						
	• ja	256	41	26	53	<b>376</b>
	• nein	90	9	8	31	<b>138</b>



# Statistik Patientenberatung

## Auswertung nach PLZ-Bereichen

„Allgemeine Patientenberatung“ (Erhebungszeitraum 01.10.06 bis 31.03.07)

Die vorliegenden Zahlen beruhen auf den Auswertungsbögen der Bezirkszahnärztekammern.

Beratungsgespräche		Anzahl			
		BZK S	BZK KA	BZK FR	BZK TÜ
Postleitzahlenbereiche ab 01.10.06 bis 31.03.07 erhoben	BZK Stuttgart				
	68542-68799	2			
	Landkreis Böblingen/Stuttgart 70001 - 71296	66			
	Landkreis Ludwigsburg 71301-71739	22			
	72072	1			
	Rottenburg und Landkreis <i>Tübingen</i> 72108-72144	5			
	72290-72514	2			
	Landkreis Esslingen 72601-72660	5			
	72663-72669	1			
	72766-72800	2			
	Landkreis Göppingen 73001-73337	5			
	Hohenlohekreis 73342-74679	23			
	74722-74744	1			
	74821-74831	1			
	76135-76139	1			
	<b>Gesamt Stuttgart</b>	<b>137</b>			

Erhebungsbogen „Allgemeine Patientenberatung“

Beratungsgespräche		Anzahl			
		BZK S	BZK KA	BZK FR	BZK TÜ
<b>Postleitzahlenbereiche ab 18.10.06 bis 21.03.07 erhoben</b>	<b>BZK Karlsruhe</b>				
Landkreis Calw <i>Region Karlsruhe</i>	75365-79875		11		
	88212-88693		3		
	89501-89584		1		
	97911-97999		3		
	PLZ 6		1		
Kreis Mannheim	68001-68309		4		
	68520-68549		1		
Rhein-Neckar-Kreis	68701-69234		3		
	69240-69429		2		
	74862-74889		1		
Landkreis Calw/Stadt Ka.	75051-75391		1		
dito	75394-76790		6		
	77801-77839		1		
<b>Gesamt Karlsruhe</b>			<b>38</b>		

<b>Postleitzahlenbereiche ab 25.10.06 bis 28.03.07 erhoben</b>	<b>BZK Freiburg</b>		
	72160-72175		2
Landkreis Freudenstadt <i>Region Karlsruhe</i>	72186-72189		13
dito	72250		15
Ortenaukreis	77601-77773		6
	77778-77799		1
	77841-78351		2
Landkreis Konstanz/ Waldshut	78355-79879		37
<b>Gesamt Freiburg</b>			<b>76</b>

Erhebungsbogen „Allgemeine Patientenberatung“

Beratungsgespräche		Anzahl			
		BZK S	BZK KA	BZK FR	BZK TÜ
<b>Postleitzahlenbereiche ab 12.10.06 bis 07.03.07 erhoben</b>	<b>BZK Tübingen</b>				
Kreis Tübingen	72001-72149			21	
	72179-72181			1	
Neckar-Alb-Kreis Zollernalbkreis	72301-72598			10	
	72661-72661			2	
Landkreis Reutlingen	72701-72829			21	
	73338-73340			2	
Alb-Donau-Kreis	78181-89165			9	
	89571-89619			2	
<b>Gesamt Tübingen</b>				<b>68</b>	
<b>Gesamt LZK BW</b>				<b>319</b>	



„Zweitmeinung“ (Erhebungszeitraum 01.10.06 bis 31.03.07)

Die vorliegenden Zahlen beruhen auf den Auswertungsbögen der Bezirkszahnärztekammern.

Beratungsgespräche		Anzahl			
		BZK S	BZK KA	BZK FR	BZK TÜ
<b>Postleitzahlenbereiche ab 01.10.06 bis 31.03.07 erhoben</b>	<b>BZK Stuttgart</b>				
Landkreis Böblingen/Stuttgart	70001 - 71287	188			
Landkreis Ludwigsburg	71301-71739	40			
Landkreis Esslingen	72601-72660	7			
	72663-72669	1			
Landkreis Göppingen	73001-73337	8			
Hohenlohekreis	73342-74679	55			
	76327-76376	1			
	89501-89568	2			
Main-Tauber-Kreis	97911-97999	2			
	64367	1			
<b>Gesamt Stuttgart</b>		<b>305</b>			

Fortsetzung Erhebungsbogen „Zweitmeinung“

Beratungsgespräche		Anzahl			
		BZK S	BZK KA	BZK FR	BZK TÜ
<b>Postleitzahlenbereiche ab 12.10.06 bis 13.03.07 erhoben</b>	<b>BZK Karlsruhe</b>				
Kreis Mannheim	68001-68309	4			
	68701-69234	7			
Rhein-Neckar-Kreis Neckar-Odenwald-Kreis	69240-69429	1			
	75031-75045	1			
	75051-75391	3			
Landkreis Calw	75394-76790	12			
	77774-77776	1			
<b>Gesamt Karlsruhe</b>		<b>29</b>			

<b>Postleitzahlenbereiche ab 12.10.06 bis 31.03.07 erhoben</b>	<b>BZK Freiburg</b>	
	69701-69234	1
	72250	6
	75031-75045	1
	75394-76790	3
	77601-77773	5
	77778-77799	1
Ortenaukreis	77841-78351	4
Landkr. Kon- stanz/Waldshut	78355-79879	32
<b>Gesamt Freiburg</b>		<b>53</b>

Fortsetzung Erhebungsbogen „Zweitmeinung“

Beratungsgespräche		Anzahl			
		BZK S	BZK KA	BZK FR	BZK TÜ
<b>Postleitzahlenbereiche ab 12.10.06 bis 07.03.07 erhoben</b>	<b>BZK Tübingen</b>				
Kreis Tübingen	72001-72149			14	
	72179-72181			2	
	72301-72598			8	
Landkreis Reutlingen	72701-72829			13	
	73338-73340			1	
Alb-Donau-Kreis <i>78181 Oberfranken/ Bayern</i>	78181-89165			5	
	89571-89619			1	
<b>Gesamt Tübingen</b>				<b>44</b>	
<b>Gesamt LZK BW</b>				<b>431</b>	

# Statistik Patientenberatung

## Auswertung nach Landkreisen

### „Allgemeine Patientenberatung“

(Erhebungszeitraum 01.04.07 bis 30.09.07 mit Herkunftsort)

Die vorliegenden Zahlen beruhen auf den Auswertungsbögen der Bezirkszahnärztekammern.

Beratungsgespräche	Anzahl			
	BZK S	BZK KA	BZK FR	BZK TÜ
<b>Postleitzahlenbereiche</b> <b>BZK Stuttgart:</b> ab 01.05.07 bis 30.09.07 erhoben <b>BZK Karlsruhe:</b> ab 03.05.07 bis 12.09.07 erhoben <b>BZK Freiburg:</b> ab 25.04.07 bis 16.09.07 erhoben <b>BZK Tübingen:</b> ab 18.04.07 bis 18.07.07 erhoben				
<b>Regierungsbezirk Freiburg</b>				
Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald		1		
Landkreis Emmendingen	1	1		
Stadtkreis Freiburg	6	3	159	7
Landkreis Konstanz	1		152	3
Landkreis Lörrach	3		1	
Ortenaukreis	5	1	8	2
Landkreis Rottweil			1	
Schwarzwald-Baar-Kreis	2	1	257	
Landkreis Tuttlingen			2	
Landkreis Waldshut			2	2
<b>Regierungsbezirk Karlsruhe</b>				
Stadtkreis Baden-Baden und Landkreis Rastatt	1		1	1
Landkreis Calw	1	1		
Landkreis Freudenstadt				1
Stadtkreis Heidelberg	1	3		1
Stadtkreis Karlsruhe und Landkreis Karlsruhe	2	2	2	1
Stadtkreis Mannheim	2	3		1
Neckar-Odenwald-Kreis	1			
Stadtkreis Pforzheim und Enzkreis		4	3	2

### Fortsetzung Erhebungsbogen „Allgemeine Patientenberatung“

Beratungsgespräche	Anzahl			
	BZK S	BZK KA	BZK FR	BZK TÜ
<b>Postleitzahlenbereiche</b> <b>BZK Stuttgart:</b> ab 01.05.07 bis 30.09.07 erhoben <b>BZK Karlsruhe:</b> ab 03.05.07 bis 12.09.07 erhoben <b>BZK Freiburg:</b> ab 25.04.07 bis 16.09.07 erhoben <b>BZK Tübingen:</b> ab 18.04.07 bis 18.07.07 erhoben				
<b>Regierungsbezirk Stuttgart</b>				
Landkreis Böblingen	3		1	
Landkreis Esslingen	3	1		1
Landkreis Göppingen			5	1
Stadtkreis Heilbronn und Landkreis Heilbronn	2	1		1
Landkreis Ludwigsburg	9	6	1	4
Ostalbkreis			2	
Rems-Murr-Kreis	6			2
Landkreis Schwäbisch Hall		1		
Stadtkreis Stuttgart	10	10	12	11
Tauberkreis		1		
<b>Regierungsbezirk Tübingen</b>				
Biberach		1		1
Bodenseekreis	1	1	1	2
Landkreis Ravensburg	2		1	2
Landkreis Reutlingen	4		3	5
Sigmaringen	3			
Landkreis Tübingen	4	3	5	1
Stadtkreis Ulm		1	3	1
Zollernalbkreis	2			4
<b>Gesamt BZK Stuttgart</b>	<b>75</b>			
<b>Gesamt BZK Karlsruhe</b>		<b>46</b>		
<b>Gesamt BZK Freiburg</b>			<b>622*</b>	
<b>Gesamt BZK Tübingen</b>				<b>57</b>
<b>Gesamt LZK BW</b>		<b>800</b>		

\* Ergänzung BZK Freiburg: Zusätzliche Patientenberatungsgespräche wurden geführt auf der Südwest-Messe in VS-Schwenningen, beim Forum Zahngesundheit in Konstanz und beim Forum Zahngesundheit auf der Baden-Messe in Freiburg

**„Zweitmeinung“**

(Erhebungszeitraum 01.04.07 bis 31.09.07 mit Herkunftsort)

Die vorliegenden Zahlen beruhen auf den Auswertungsbögen der Bezirkszahnärztekammern.

Beratungsgespräche	Anzahl			
	BZK S	BZK KA	BZK FR	BZK TÜ
<b>Postleitzahlenbereiche</b> <b>BZK Stuttgart:</b> ab 01.05. – 30.09.07 erhoben <b>BZK Karlsruhe:</b> ab 03.05. – 12.09.07 erhoben <b>BZK Freiburg:</b> ab 01.04. – 28.09.07 erhoben <b>BZK Tübingen:</b> ab 26.04. – 18.07.07 erhoben				
<b>Regierungsbezirk Freiburg</b>				
Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald			9	
Landkreis Emmendingen			8	
Stadtkreis Freiburg			21	
Landkreis Konstanz			1	
Landkreis Lörrach			2	
Ortenaukreis			2	
Landkreis Rottweil			4	
Schwarzwald-Baar-Kreis			3	
Landkreis Tuttlingen				
Landkreis Waldshut			1	
<b>Regierungsbezirk Karlsruhe</b>				
Stadtkreis Baden-Baden und Landkreis Rastatt		2		
Landkreis Calw				
Landkreis Freudenstadt			1	
Rhein-Neckar-Kreis				
Stadtkreis Heidelberg		2	1	
Stadtkreis Karlsruhe und Landkreis Karlsruhe		16		
Stadtkreis Mannheim		8		
Neckar-Odenwald-Kreis		4		
Stadtkreis Pforzheim und Enzkreis		1		

Fortsetzung Erhebungsbogen „Zweitmeinung“

Beratungsgespräche	Anzahl			
	BZK S	BZK KA	BZK FR	BZK TÜ
<b>Postleitzahlenbereiche</b> <b>BZK Stuttgart:</b> ab 01.05. – 30.09.07 erhoben <b>BZK Karlsruhe:</b> ab 03.05. – 12.09.07 erhoben <b>BZK Freiburg:</b> ab 01.04. – 28.09.07 erhoben <b>BZK Tübingen:</b> ab 26.04. – 18.07.07 erhoben				
<b>Regierungsbezirk Stuttgart</b>				
Landkreis Böblingen	15			1
Landkreis Esslingen	19			
Landkreis Göppingen	4			
Stadtkreis Heilbronn und Landkreis Heilbronn	6			
Landkreis Ludwigsburg	11			
Ostalbkreis	2			
Rems-Murr-Kreis	16			
Landkreis Schwäbisch Hall	2			
Stadtkreis Stuttgart	51		1	
<b>Regierungsbezirk Tübingen</b>				
Biberach				2
Bodenseekreis				
Landkreis Ravensburg			1	4
Landkreis Reutlingen	1		1	8
Landkreis Tübingen			1	19
Stadtkreis Ulm				
Zollernalbkreis				2
<b>Gesamt BZK Stuttgart</b>	<b>127</b>			
<b>Gesamt BZK Karlsruhe</b>		<b>33</b>		
<b>Gesamt BZK Freiburg</b>			<b>57</b>	
<b>Gesamt BZK Tübingen</b>				<b>36</b>
<b>Gesamt LZK BW</b>		<b>253</b>		

# Arbeitskreis Alterszahnheilkunde und Behindertenbehandlung

Im vergangenen Jahr hat der Arbeitskreis sein neues Konzept zur zahnmedizinischen Betreuung immobiler alter und behinderter Menschen in stationären Altenpflege- und Behinderteneinrichtungen auf den Weg gebracht, um die größtenteils unzureichenden Mundhygienemaßnahmen in Pflegeeinrichtungen zu verbessern. In diesem Jahr konnte das neue Betreuungsprojekt der Landes-zahnärztekammer Baden-Württemberg realisiert werden. Die beiden Sitzungen des Arbeitskreises im April und im Oktober dienten der intensiven Vorbereitung, Planung und Koordination aller Aktivitäten rund um das neue Betreuungskonzept der Kammer.



## 38 Senioren- und Behindertenbeauftragte im Land

Der Arbeitskreis war übereinstimmend der Auffassung, dass die Versorgung von alten und behinderten Patienten nur im Rahmen einer dezentralen Organisationsstruktur verbessert werden kann. Demzufolge nehmen die Senioren- und Behindertenbeauftragten eine Schlüssel-funktion ein. Sie sind Mittler zwischen dem Arbeitskreis und den Betreuungszahnarztteams vor Ort sowie den Prophylaxereferenten der Bezirkszahnärztekammern. 38 Senioren- und Behinder-

tenbeauftragte im gesamten Land, pro Kreisvereinigung eine Beauftragte oder ein Beauftragter wurden von den Bezirkszahnärztekammern im Laufe der vergangenen Monate gewählt, ernannt und bestellt.

Mit welchen Aufgaben sind die Senioren- und Behindertenbeauftragten künftig betraut?

Die Beauftragten sollen vor allem regionale Betreuungszahnarztteams rekrutieren und sind Ansprechpartner für die Träger der öffentlichen Alten- und Pflegeeinrichtungen und die mobilen Pflegedienste. Bei Bedarf vermitteln sie dann ein Betreuungszahnarztteam, das die Pflegekräfte in Mundhygienemaßnahmen einweist und schult. Es stehen dazu eine

Vielzahl von Schulungsmaterialien zur Verfügung. Der Arbeitskreis hat sich besonders dafür eingesetzt, dass jeder Beauftragte einen Mundhygienekoffer erhält, der mit verschiedenen Pflege- und Mundhygieneartikeln bestückt ist. Auch ein Powerpointvortrag steht dem Senioren- und Behindertenbeauftragten zum Verleih an die Betreuungszahnarztteams zur Verfügung. Der Arbeitskreis ist derzeit bemüht, das Schulungsmaterial, für dessen Verleih die Beauftragten verantwortlich sind, um Lehrfilme, Informationsflyer sowie Phantomköpfe und Schuarbeiten zu Demonstrationszwecken zu ergänzen.

### MITGLIEDER

**Dr. Bernhard JÄGER, Mannheim, Vorsitzender**  
**Prof. Dr. Johannes EINWAG, Stuttgart**  
**Dr. Guido ELSÄSSER, Kernen-Stetten**  
**Dr. Renate LÜLLWITZ-HOCH, Böblingen**

### ZUSTÄNDIGKEIT IN DER LZK-GESCHÄFTSSTELLE

**Andrea MADER**  
**Annerose HAUBER**

### STÄNDIGER GAST

**Dr. Elmar LUDWIG, Ulm**



## **Gastgebende Länderkammer Baden-Württemberg**

Baden-Württemberg war in diesem Jahr gastgebende Länderkammer für die Kombinierte BZÄK-Koordinierungskonferenz der Referenten für Alters- und Behindertenzahnheilkunde

und der Referenten für Präventive Zahnheilkunde am 20. April in Heidelberg. Leitthema der Tagung war Tabakkonsum und Mundgesundheit. In diese Thematik führte Prof. Dr. Peter Eickholz mit einem Impulsreferat ein. Er appellierte an die Zahnärzteschaft motivierend auf rauchende Patienten einzuwirken und spezielle Raucherentwöhnungsprogramme in ihren Praxen anzubieten. Diesen Appell unterstrich auch die Leiterin der Stabsstelle Krebsprävention des Deutschen Krebsforschungszentrums Heidelberg, Dr. Martina Pötschke-Langer.

In der anschließenden Diskussion waren sich die Teilnehmer einig, dass sich der Berufsstand öffentlichkeitswirksam in laufende Kampagnen und Aktionen zur Tabakprävention integrieren muss. Das Thema birgt eine große Chance für die Zahnärzteschaft. Diesen Weg hat die Bundeszahnärztekammer bereits eingeschlagen, derzeit bereitet sie in Kooperation mit dem Deutschen Krebsforschungszentrum (DKFZ) einen neuen Band im Rahmen der Roten Reihe Tabakprävention und Tabakkontrolle vor, der Anfang 2008 erscheinen soll.

Der Arbeitskreis Alters- und Behindertenzahnheilkunde wird das Thema Ta-

bakprävention in der Zahnarztpraxis ebenfalls aktiv in Baden-Württemberg angehen und sich im kommenden Jahr an der Aktion „Rauchfrei 2008“ des DKFZ beteiligen.

Im Rahmen der Länderstunde, in der die Länderkammern Aktivitäten und Aktionen aus ihrem Kammerbereich vorstellten, berichtete Dr. Renate Lüllwitz-Hoch für die Gastgeber von der Neuauflage des Zahnärztlichen Kinderpasses und dem neuen dezentralen Behandlungskonzept in der Alters- und Behindertenzahnheilkunde in Baden-Württemberg. Der von Dr. Elmar Ludwig - seit diesem Jahr ständiger Gast im Arbeitskreis - erarbeitete Schulungsvortrag für die Pflegekräfte in stationären Alten- und Behinderteneinrichtungen stieß auf großes Interesse unter den Teilnehmern.



## **Heimspiel auch bei der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Alterszahnmedizin**

Es ist seit vielen Jahren schöne Tradition, dass sich die Jahrestagungen des, inzwischen in Deutsche Gesellschaft für Alterszahnmedizin umbenannten Arbeitskreises für Gerostomatologie an die BZÄK-Koordinierungskonferenzen anlehnen. Die 17. Jahrestagung am 21. April stand unter dem Motto „Mundgesundheit und Lebensqualität – keine Frage des Alters!“. Neuer Name – neue Konzeption. Erstmals bei der Tagung in Heidelberg wurde zusätzlich zu dem bewährten wissenschaftlichen Programm

ein Praxisforum mit Kurzvorträgen eingerichtet. Dieses Forum stand vor allem den Praktikern für den intensiven Erfahrungsaustausch in der Betreuung älterer Patientinnen und Patienten zur Verfügung.

Mit gleich drei Kurzvorträgen war Baden-Württemberg bei seinem Heimspiel in Heidelberg in diesem Praxisforum gut



vertreten: Dr. Bernhard Jäger beleuchtete Zukunftschancen und Risiken der Geroprothetik mit Implantaten. Dr. Guido Elsässer stellte die Ergebnisse einer über mehrere Wochen dauernden Erprobung der geeigneten Präparate, Hilfsmittel und Vorgehensweisen von Heilerziehungs- und

Altenpflegern bei Schwerstpflegefällen vor. Dr. Elmar Ludwig stellte dem Fachauditorium sein Ulmer Projekt ‚Arbeitskreis Alterszahnheilkunde/ Behindertenbehandlung‘ (AKABe) vor, ein Zusammenschluss von Zahnärzten und Pflegedienstleistung einer Seniorenpflegeeinrichtung mit der Zielsetzung die zahnärztliche Betreuung Pflegebedürftiger durch ein Vor-Ort-Team von zwei bis drei Behandlern zu verbessern.

### **Zahnärztlicher Behandlungsraum in Altenwohnanlage der Hans-Rehn-Stiftung in Stuttgart**

Bisher konnten sich nur die Senioren des Biberacher Bürgerhauses über einen eigenen zahnärztlichen Behandlungs-

raum freuen. Seit Mai dieses Jahres können auch die Bewohner der Altenwohnanlage Hans-Rehn-Stiftung in Stuttgart-Rohr ihre regelmäßigen zahnärztlichen Vorsorgeuntersuchungen im eigenen Haus durch-

führen lassen. Ermöglicht wurde diese Dienstleistung der besonderen Art durch die großzügige Unterstützung des Stiftungsrates der Hans-Rehn-Stiftung. Am 14. Mai wurde der neue Behandlungsraum mit altengerechter Behandlungseinheit feierlich eingeweiht - ein Gruß-



wort sprach LZK-Prophylaxereferentin und Arbeitskreis-Mitglied Dr. Renate Lüllwitz-Hoch, die sich freute, dass das zukunftsweisende Projekt bereits zum zweiten Mal nach Biberach realisiert werden konnte. „Die Behandlung mit mobilen Koffern ist äußerst unbefriedigend und stellt auch keine gute zahnmedizinische Versorgung dar“.

Wie in Biberach stammt die speziell für



die (zahnärztliche) Behandlung pflegebedürftiger Patienten konzipierte Behandlungseinheit von der Firma KaVo Dental. Die extrem niedrige Sitzposition ermöglicht eine optimale Zugänglichkeit für immobile ältere Menschen. Während das Bürgerhaus in Biberach noch von einer großzügigen Spende des ortsansässigen Dentalherstellers profitieren konnte, musste die Einheit in Stuttgart-Rohr gekauft werden. Für die zahnärztlichen Behandlungen gilt das Hauszahnarztprinzip. Bisher behandeln Jörg-Uwe Herrmann und sein Kollege Rudolf Mercy in der Altenwohnanlage.

### **Vergütung der Behandlung von Menschen mit Behinderungen außerhalb des Budgets**

Ein Thema, um das sich der Arbeitskreis und insbesondere der LZK-Referent für Behindertenzahnheilkunde, Dr. Guido



Elsässer, bereits seit langer Zeit bemüht, konnte mit dem Exklusiv-Vertrag zwischen der AOK Baden-Württemberg und der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden. Grundsätzlich haben Versicherte Anspruch auf eine Zahnsteinentfernung im Jahr. Der zum 1. Januar 2007 in Kraft getretene neue Vertrag erweitert diese Leistung für behinderte

Menschen in bestimmten stationären Einrichtungen um eine zusätzliche Entfernung harter und weicher Zahnbeläge im Jahr. Darüber hinaus kann zweimal

pro Jahr eine Fluoridierung der Zähne im Zusammenhang mit der Zahnsteinentfernung erbracht werden. An den Gesprächen im Vorfeld des Vertragsabschlusses nahm auch Dr. Elsässer teil und konnte seine Erfahrung und seinen Sachverstand einbringen.

Der Arbeitskreis begrüßt die Vereinbarung als ersten Schritt zur Verbesserung der Prophylaxe für Pflegebedürftige und bewertete insbesondere positiv, dass die AOK BW den Argumenten der KZV BW und der LZK BW folgen konnte und die Individualprophylaxe im Wachzustand und nicht in Vollnarkose verbessern will. Leider werden bisher nur eine begrenzte Anzahl von behinderten Patienten erreicht. Der Arbeitskreis fordert aus diesem Grund die anderen Krankenkassen auf, für ihre behinderten und pflegebedürftigen Versicherten entsprechende Vereinbarungen zu treffen.



# Interne Öffentlichkeitsarbeit

**A**n die eigenen Mitglieder – die über 8.000 Zahnärztinnen und Zahnärzte in Baden-Württemberg und ihre zahnmedizinischen Mitarbeiterinnen – richtet sich die interne Öffentlichkeitsarbeit der Kammer. Nur gut informierte Mitglieder und Mitglieder, die sich mit ihrer Kammer identifizieren und die ihren Willensbildungsprozess in einem offenen und transparenten Dialog ausgetragen haben, können nach außen als geschlossener Berufsstand auftreten, um ihre Interessen zu verfolgen und durchzusetzen. Gerade in der jetzigen heißen Phase des Ringens um eine neue Gebührenordnung für Zahnärzte wird dies mehr als offensichtlich: unabhängig vom Stand des Rechtsverordnungsprozesses, unabhängig auch von Detailfragen aus unterschiedlichsten Bereichen, kann der Lösungsansatz immer nur lauten: Der Berufsstand muss mit einer Stimme sprechen und die berufspolitische Kommunikation weiter im Fluss halten.

Genau das hat die interne Öffentlichkeitsarbeit der Kammer unter Federführung der stv. Präsidentin und Referentin für Öffentlichkeitsarbeit, Dr. Antoinette Röttele, auch in diesem Jahr mit dem bekannten Mix an Kommunikationsinstrumenten geleistet.

## Zahnärzteblatt – unersetzbar in der berufspolitischen Kommunikation

Unbestritten stellt das Zahnärzteblatt Baden-Württemberg das für die berufspolitische Kommunikation im Land wichtigste und herausragende Kommunikationsmittel dar. Daran hat sich auch im aktuellen Berichtsjahr 2007 nichts geändert. Um die zentralen, den Berufsstand bewegenden Themen wie die Auswirkungen der Gesundheitsreform im Vertragsarztrechtsänderungsgesetz zu transportieren, hat sich die Entscheidung der Redaktion, in jeder Ausgabe ein spezielles Titel- und Schwerpunktthema zu bearbeiten, mehr als bewährt. Auf diese Weise konnten Themenkomplexe wie das Vertragarztrechtsänderungsgesetz, die Neuregelung der betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Betreuung ebenso wie die Honorarordnung für Zahnärzte, unter allen denkbaren Facetten und in aller Ausführlichkeit beleuchtet werden.

Gewählte Ehrenamtsträger, Dr. Antoinette Röttele, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit der Landes-zahnärztekammer Baden-Württemberg, und Dr. Hans-Hugo Wilms, Referent für Öffentlichkeitsarbeit der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg, und hauptamtliche Mitarbeiter/innen, Andrea Mader, Kommunikationsassistentin der Landes-zahnärztekammer Baden-Württemberg, Guido Rei-



ter, Leiter der Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg, beider herausgebenden Organisationen sowie des Informationszentrums Zahngesundheit, Johannes Clausen, Chefredakteur, und Gabriele Billischek, Redaktionsassistentin, bilden gemeinsam das Redaktionsgremium des Zahnärzteblatt Baden-Württemberg.

Seitens der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg erfolgt über die Kammerredaktion im Zahnärzteblatt Baden-Württemberg eine regelmäßige Berichterstattung über die Beschlussfassungen im Vorstand der Landeszahnärztekammer sowie in den Ausschüssen und Arbeitskreisen, über die Zahnärzteschaft betreffende neue Urteile, aktuelle Abrechnungs-Tipps, Fortbildungsveranstaltungen der Fortbildungseinrichtungen sowie Nützliches und Aktuelles zur Praxisführung.

### Praxisteam Aktuell – neue Editoren

Speziell an die Zielgruppe der Zahnmedizinischen Mitarbeiterinnen richtet sich die als Beilage zum Zahnärzteblatt Baden-Württemberg herausgegebene Beilage ‚Praxisteam Aktuell‘. In den vergangenen Jahren seit Bestehen der Teambeilage wurde die Redaktion, bestehend aus der stv. Präsidentin und Referentin für Öffentlichkeitsarbeit, Dr.

Antoinette Röttele, und Andrea Mader, in jeder Ausgabe kompetent verstärkt durch die Editorials des LZK-Referenten für Zahnmedizinische Mitarbeiterinnen, Dr.

Klaus-Peter Rieger. In diesem Jahr hat die Redaktion in Abstimmung mit Dr. Rieger erstmals die Referenten für Zahnmedizinische Mitarbeiterinnen der Bezirkszahnärztekammern - Dr. Robert Heiden, Karlsruhe, Dr. Peter Riedel, Freiburg, Dr. Bernd Stoll, Tübingen, und Dr. Schönberg, Stuttgart - gegeben

die Ausgaben im März, Juni, September und Dezember mit ihrem Editorial einzuleiten. Angelehnt an die Terminierung der Fortbildungstagungen für Zahnmedizinische Mitarbeiterinnen in ihren Bezirken, haben die Referenten meist in das Tagungsmotto eingeführt.

Abgerundet wurde die Berichterstattung über die Fortbildungstagungen durch die ausformulierten Fachbeiträge einiger Referenten der Tagung.

Überaus bewährt hat sich auch die Zusammenarbeit mit dem Zahnmedizinischen Fortbildungszentrum Stuttgart – in der Besetzung und Auswahl aktueller Themen ebenso wie als unerschöpfliche Quelle für

jede Art von Recherche. Auf diese Weise konnte im März mit der redaktionellen Begleitung des ersten ZMP-Kurses am



ZFZ Stuttgart nochmals ausführlich auf die Inhalte des neu geschaffenen Berufsbildes der Zahnmedizinischen Prophylaxeassistentin, insbesondere in der Abgrenzung zur ZMF, eingegangen werden.



Seit diesen Jahres sind alle bisher erschienen Ausgaben des ‚Praxisteam Aktuell‘ im

Internetauftritt unter [www.lzk-bw.de](http://www.lzk-bw.de) im Bereich Praxisteam abrufbar.

### Kammer INFORM – stets brandaktuell

Das Zahnärzteblatt Baden-Württemberg als unverzichtbares Instrument der beruflichen Kommunikation verstärkt, hat in diesem Jahr sehr massiv der Newsletter ‚Kammer INFORM‘ für die Ehrenamtsträger.



Schlanke Entscheidungsstrukturen ermöglichen ein flexibles und schnelles Reagieren auf aktuelle berufs- wie gesundheitspolitische Entwicklungen und News. Insbesondere in der derzeitigen heißen Phase der

Novellierung der GOZ konnten die von der Bundeszahnärztekammer direkt aus den Verhandlungen mit dem Bundesministerium für Gesundheit herausgetrage-

nen Verhandlungsergebnisse und Neuigkeiten direkt an die standespolitische Basis weitergegeben werden. Wie in den Vorjahren wurden zu einzelnen Meldungen zusätzliche und weiterführende Informationen im LZK-Internetauftritt im Bereich ‚Amtsinfos‘ zur Verfügung gestellt.

### Internetauftritt - Bestandspflege

Nachdem die Kammer ihren Internetauftritt im letzten Jahr einem umfassenden facelift unterzogen hat, ging es in diesem Jahr vor allem darum, die zahlreichen zielgruppenbezogenen



Rubriken adäquat zu pflegen und mit aktuellen Informationen zu füttern.

Noch immer ist es in erster Linie der geschlossene Bereich der Zahnärzte, auf den sich die meisten Zugriff verzeichnen lassen. Insbesondere die stets aktuellen Inhalte der CD-ROM Praxishandbücher erfreuen sich regen Zuspruch bei den registrierten Usern. Die Rubrik ‚Amtsinfos‘ wurde vollständig neu konzipiert, übersichtlicher gestaltet und dient als wertvolles und weiterführendes Hintergrundinformations-Reservoir für Ehrenamtsträger für die Meldungen aus dem Kammer INFORM.

## Neues Corporate Design

Die Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg hat sich in diesem Jahr ein neues Corporate Design gegeben. Das neue Corporate Design findet sich sowohl im Briefbogen, auf CD-ROM-Etiketten, Visitenkarten, Urkunden und im vorliegenden. Künftig werden alle Publikationen der Kammer unter diesem neuen Corporate Design erscheinen. Das neue Erscheinungsbild wird auch auf die Bezirkszahnärztekammern angewendet werden, um ein landeseinheitliches und ansprechendes Auftreten der baden-württembergischen Zahnärztekammer zu gewährleisten.

## Mitgliederreise – Mitgliederbindung einmal anders

Letztes Jahr Peking, dieses Jahr Südafrika, nächstes Jahr Vietnam – die Kammer geht mit ihren Mitgliedern (wieder) auf Reisen. Das ist berufliche Kommunikation einmal anders – aber sehr effektiv. Denn Mitglieder-Fachexkursionen locken nicht nur wegen der Sehenswürdigkeiten ferner Länder, der Faszination der Landschaften, der Erholung und der kulturellen Eigenarten des Reiseziels - sondern wegen eines berufsbezogenen Fachprogramms und vor allem wegen des kollegialen Austauschs. Ob Hygiene, neue Behandlungseinheit, Qualitätsmanagement oder BuS-Dienst – es ist unwahrscheinlich, dass während

der Reise nicht eines der Kollegengespräche um dieses oder andere Themen kreist. Auch das ist berufliche Kommunikation, es schweißt den Berufsstand zusammen und trägt dazu bei, dass der Berufsstand mit einer Stimme spricht. Und es bindet die Mitglieder an die Kammer als die verantwortliche Organisation, die ihre Interessen vertritt, ihnen Service und Dienstleistung bietet – aber mit der man auch einfach eine schöne Zeit auf Reisen verbringen kann.



**D**as Zahnärzteblatt Baden-Württemberg bildet mit seinen Berichten, Reportagen, Leitartikeln, Kommentaren und Interviews die Informationsplattform für die Kollegenschaft. Es informiert seine Leserinnen und Leser über gesundheits- und berufspolitische Ereignisse und Entwicklungen auf Landes- und Bundesebene. Einen weiteren Schwerpunkt nimmt die Veröffentlichung von Fortbildungsbeiträgen namhafter Experten ein. Die Redaktion der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg bilden die Öffentlichkeitsreferentin und stellvertretende Präsidentin der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, Dr. Antoinette Röttele, und die Kommunikationsassistentin der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, Andrea Mader, die Redaktion der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg wird vertreten durch Guido Reiter und Dr. Hans Hugo Wilms.

## **Redaktion und interne Kommunikation**

Der Geschäftsführende Ausschuss - vertreten durch Dr. Antoinette Röttele und Dr. Hans Hugo Wilms - ist das berufspolitische Bindeglied zwischen dem IZZ-Verwaltungsrat, vertreten durch Dr. Udo Lenke, Präsident der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg und Dr. Peter Kuttruff, Vorsitzender der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg – und der Redaktion. Die presserechtliche Verantwortung trägt der Chefredakteur, Johannes Clausen. Der Chefredakteur ist für Redaktion und Gestaltung verantwortlich und überwacht,

Produktion, Herstellung und Kostenentwicklung.

## **Sitzungen**

Im Berichtsjahr wurden 12 Redaktions-sitzungen und ein ZBW-Workshop durchgeführt. In den monatlichen Redaktionssitzungen werden Titelblatt, Themenplanung, Blattkritik und Terminbesetzungen besprochen und abgestimmt. Die Blattkritik einer jeden Ausgabe ist wichtig, um die Qualität kontinuierlich zu optimieren. Einmal im Jahr wird im Rahmen des ZBW-Workshops die Jahresplanung von Text- und Bildbeiträgen sowie der Gestaltung behandelt, Strategien zur Optimierung der Bildqualität sowie Schritte zur Optimierung und Weiterentwicklung des Layouts festgelegt.

## **Titelthemen 2007**

Zum Jahresbeginn stand die Geschlossenheit der Kollegenschaft mit einer engagierten Vertretung der berufspolitischen Interessen im Vordergrund der ZBW-Berichterstattung. Der Leitartikel von Dr. Peter Kuttruff, Vorsitzender der KZV BW, über den Governance Kodex der KZV BW machte deutlich, welche Möglichkeiten und Chancen die Selbstverwaltung bietet. Die Gesundheitsreform und deren Auswirkungen auf die zahnärztliche Praxis standen im Mittelpunkt der Berichterstattung des Zahnärzteblattes im Frühjahr des Jahres 2007. Die Ausgaben 2/07, 3/07 und 04/07 beschäftigten sich ausgiebig mit der Gesundheitsreform, insbesondere dem GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz (GKV-WSG) und dem Vertragsarztrechtsänderungsgesetz (VÄndG). Die dazu gehörigen Leitartikel von Johannes

### **HERAUSGEBER**

Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg (LZK) mit den Bezirks Zahnärztekammern  
Freiburg, Karlsruhe, Stuttgart und Tübingen  
Kassenzahnärztliche Vereinigung Baden-Württemberg (KZV BW)

### **REDAKTION**

Johannes Clausen, HC (Chefredakteur, verantwortlich)



Clausen, Chefredakteur des ZBW, in der Ausgabe 2/07, von Dr. Peter Kuttruff in Ausgabe 3/07 und von Christoph Besters, Mitglied im Vorstand der KZV BW, in der Ausgabe 4/07 machen deutlich, dass die Zahnärzteschaft von der Gesundheitsreform profitieren kann, wenn sie sich auf die Veränderungen einstellt und diese als Chance begreift. Der Präsident der LZK BW, Dr. Udo Lenke, setzte sich im ZBW 5/07 mit den betriebswirtschaftlichen Konsequenzen des Basistarifs auseinander.



In der Ausgabe 5/07 drehte sich die Berichterstattung hauptsächlich um die Karlsruher Konferenz und den Karlsruher Vortrag, die erste Veranstaltung der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe nach dem Tod von Prof. Dr. Michael Heners. In den einzelnen Beiträgen kam die Solidarität der Kollegenschaft über die Fortführung des von Prof. Dr. Heners eingeschlagenen Kurses zum Ausdruck. Nach der Klausurtagung der Vorstände der LZK und der KZV BW im März 2007 folgte im ZBW 6/2007 eine ausführliche Diskussion über Leitlinien und Qualitätsmanagement in der Zahnmedizin. Das Thema Leitlinien wurde beleuchtet aus der Perspektive der Stan-

despolitik, der Wissenschaft, der Praxis und der Jurisprudenz. Der Leitartikel von Dr. Norbert Engel, Referent für Qualitätsmanagement der LZK BW, stellte die Bedeutung der Einführung eines Qualitätsmanagement-Systems in den Zahnarztpraxen heraus.

Die Kommunikation der Zahnärzteschaft Baden-Württemberg stand im Blickpunkt der Berichterstattung der Ausgabe 7/07. Das 13. IZZ-presseforum in Tübingen sowie die Koordinierungskonferenz der Öffentlichkeitsarbeiter in Bremen lieferten interessante Beiträge, zu denen sich der Leitartikel von Johannes Clausen über die kompetente, authentische und vertrauensvolle Kommunikation passend hinzufügte.

Die Diskussion um die gesundheitspolitische Lage in Deutschland wurde auch in der zweiten Jahreshälfte von der Kollegenschaft engagiert weitergeführt. In seinem Leitartikel sprach sich Dr. Hans Hugo Wilms, Referent für Öffentlichkeitsarbeit der KZV BW, in Ausgabe 8/07 für einen Ausstieg auf Raten aus dem GKV-System aus. Im Beitrag über die außerordentliche Vertreterversammlung der LZK BW wurde Stellung bezogen zur gesundheitspolitischen Lage. Dazu wurden Resolutionen veröffentlicht, um den Unmut zum GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz, zum Versicherungsvertragsgesetz und zum BMG-Entwurf für eine Gebührenordnung zum Ausdruck zu bringen. Die Ausbildung des zahnmedizinischen Nachwuchses sowie die Zukunft der Zahnarztpraxen lag im Fokus der Berichterstattung der Ausgaben 9/07 und 10/07. Der Leitartikel von Dr. Bernhard Jäger, Vorstandsmitglied der LZK BW,

**REDAKTION KAMMER**

Andrea Mader, Dr. Antoinette Röttele

**REDAKTION KZV BW**

Guido Reiter, Dr. Hans Hugo Wilms

**REDAKTIONSBÜRO**

Informationszentrum Zahngesundheit Baden-Württemberg,

Redaktionsassistentin: Gabriele Billischek

wagte in ZBW 9/07 einen Blick auf die Zahnmedizin der Zukunft und die damit verbundenen berufspolitischen Zielsetzungen der Kollegenschaft. Christoph Besters diskutierte in seinem Leitartikel im Heft 10/07 die Situation der jungen Zahnärzte in Deutschland.

Titelthema der ZBW-Ausgabe 11/06 bildete die landeszentrale Auftaktveranstaltung zum Tag der Zahngesundheit in Göppingen mit Informationen und Aktionen rund um die Zahngesundheit und sowie allgemeine Fragestellungen rund um das Thema Prophylaxe. Den politischen Beitrag stellte Dr. Udo Lenke, Präsident der LZK BW mit seinem Leitartikel sicher.

Die letzte Ausgabe des Jahres beschäftigte sich schwerpunktmäßig mit den Aktivitäten der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe.

### LZK Baden-Württemberg und KZV Baden-Württemberg

Im standespolitischen Bereich liegt der Schwerpunkt der Berichterstattung auf der Berichterstattung über die Vertreterversammlungen der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg und der Bezirks Zahnärztekammern sowie auf Berichten über Vorstandssitzungen der LZK und gemeinsame Vorstandssitzungen von LZK und KZV. Auch auf diesem Arbeits- und Aufgabengebiet wird das Zahnärzteblatt Baden-Württemberg seiner Verpflichtung gerecht, transparent und informativ über Stimmungen, berufspolitische Debatten und Beschlüsse im Jahr 2007 zu berichten.

### Fortbildungsthemen 2007

Folgende Fortbildungsthemen wurden im Jahr 2007 von wissenschaftlichen Autoren aus der Zahnmedizin behandelt (in chronologischer Reihenfolge): ● Biophosphonattherapie und zahnärztliche Behandlung (Dr. Nicole Schwarz, Prof. Dr. Dr. K. L. Gerlach, Klinik für Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg) ● Endodontie: Von der Spüllösung bis zur Wurzelkanalfüllung (Dr. Jörg F. Schirrmeyer, Uni-Klinik für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde Freiburg) ● Radiologie: Konventionelle Röntgendiagnostik in der Zahnheilkunde (PD Dr. Dirk Schulze, Leiter Sektion Röntgen der Uni-Klinik für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde Freiburg) ● Verbesserung der Prothetischen Behandlungsoptionen (Dr. Andreas



Koob, ZA Olaf Gabbert, Prof. Dr. Peter Rammelsberg, Poliklinik für Zahnärztliche Prothetik der Uni Heidelberg) ●: Verbesserte Darstellung und Operationsplanung durch die digitale Volumentomographie (Dr. Claudia Hoffmann, Prof. Dr. Dr. Dieter Weingart, Katharinenhospital Stuttgart) ● Die erste Gesichtstransplan-



tation: Was ist medizinisch möglich und was ist ethisch zulässig? (Dr. Christian Freudlsperger, Klinik und Poliklinik für Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie Tübingen) ● Operative Therapie bei verlagerten Zähnen – Klinisches Vorgehen bei Standardsituationen (Dr. Jörg Kälber, Prof. Dr. Dr. Dieter Weingart, Katharinenhospital Stuttgart) ● Fallbericht: Zentrales Riesenzellgranulom im Unterkiefer (Dr. Susanne Handtmann, Dr. Dr. Constanze Krimmel, Dr. Dr. Dirk Gülicher, PD Dr. Gabriele Kaeppler, Prof. Dr. Dr. Jürgen Hoffmann, Klinik und Poliklinik für Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie Tübingen) ● Der verlagerte Zahn – Der Risikopatient in der zahnärztlichen Praxis (Dr. Dr. B. Lethaus, Prof. Dr. Dr. Dieter Weingart, Dr. H. Luz, Katharinenhospital Stuttgart) ● Beitrag aus der Reihe Der verlagerte Zahn (Dr. Rolf Bublitz, Prof. Dr. Dr. Dieter Weingart, Katharinenhospital Stuttgart)

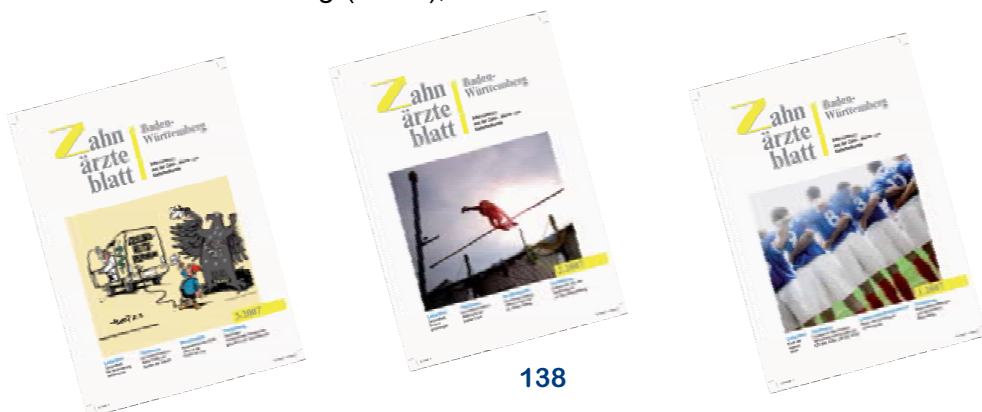


Regelmäßige Fortbildungsveranstaltungen, die einen bedeutenden Teil der Berichterstattung bilden, stellten weitere Schwerpunkte im Bereich der Fortbildung dar. Im Jahr 2007 wurde im Zahnärzteblatt ausführlich über die „Winterakademie 2007“ des Zahnmedizinischen Fortbildungszentrums Stuttgart (03/07), die „22. Karlsruher Konferenz“ der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung (05/07), die

„32. Schwarzwaldtagung“ der BZK Freiburg (06/07 und 07/07), den 3. Stuttgarter Zahnärztetag 2007 (08/07), die „13. Sommerakademie“ des Zahnmedizinischen Fortbildungszentrums Stuttgart (08/07) und die „42. Bodenseetagung“ der BZK Tübingen (11/07) berichtet. Zusätzlich veröffentlichte das ZBW regelmäßig Beiträge über regionale Fortbildungsveranstaltungen in Baden-Württemberg.

In den Bereichen GOZ konzentrierte sich die Berichterstattung auf die Themen ● Quo vadis GOZ? ● Beantwortung von Auskunftersuchen durch die PKV ● Neue gerichtliche Entscheidungen ● Die PKV wird nicht müde... ● Quo vadis Zahnheilkunde? ● „Versuchsanordnungen“ in der modernen Zahnheilkunde

Mit zahlreichen weiteren Beiträgen über standespolitische Veranstaltungen, Arbeitskreise und Ausschüsse, den Karlsruher Vortrag mit Dr. Siegfried Jachinski, Vorstandsvorsitzender der Landesbank Baden-Württemberg, Berichte aus den Regierungsbezirken, mit ZBW-Gesprächen, Kommentaren und Berichten aus den Themenbereichen Prophylaxe und Kultur möchten die Autoren des Zahnärzteblattes Baden-Württemberg zu einer zuverlässigen und kompetenten Berichterstattung beitragen.



Im Berichtszeitraum 2007 hat die kompetente und vertrauensvolle Kommunikation mit Journalisten der Print-, Funk- und TV-Medien sowie die Authentizität der standespolitischen Sender weiter zu einem positiven Kommunikationsumfeld beitragen können.

Das agenda setting des Informationszentrums Zahngesundheit und die via Medien übermittelten Botschaften konnten in der Öffentlichkeit in Baden-Württemberg und darüber hinaus positiv platziert werden. Der Dialog mit Journalisten, opinion Leaders in Politik, Wirtschaft und Verbänden konnte weiter vertieft oder wurde erfolgreich neu geknüpft.

## Pressearbeit

Ein wichtiges Dialog-Forum für Journalisten und berufspolitische Sender sind nach wie vor Pressekonferenzen, die vom IZZ geplant, organisiert, durchgeführt und nachbereitet werden. Die gute Medienresonanz, die sich in den Presse-Dokumentationen widerspiegelt zeigt auch, dass Kernaussagen der berufspolitischen Gesprächspartner und/ oder Fortbildungsleiter von den Medienvertretern positiv aufgegriffen und veröffentlicht wurden.

- *22. Karlsruher Konferenz der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe (30. März 2007).* Thema: „Das Management der aggressiven Parodontitis“. Professor Dr. Winfried Walther, stv. Direktor.
- *„Karlsruher Vortrag - Mund auf“ der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe (31. März 2007).*

Die Verleihung des „Mund-auf Preises“ der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe am 31. März 2007 an Dr. Siegfried Jaschinski, Vorsitzender des Vorstandes der Landesbank BW, „Zur Rolle der Banken für die dt. Wirtschaft im Zeitalter der Globalisierung“.

- *32. Schwarzwaldtagung der südbadischen Zahnärzte in Titisee (20./21. April 2007).* Thema: „Die Mundhöhle – mehr als eine Kiste voller Zähne“. Dr. Joachim Schwalber, Vorsitzender der BZK Freiburg, und Professor Dr. Gisbert Krekeler, wissenschaftlicher Leiter der 32. Schwarzwaldtagung.
- *Forum Zahngesundheit in Esslingen (2. Mai 2007).* Die Presse wurde über Intention und Konzeption des Forum Zahngesundheit von Dr. Peter Kuttruff, Vorsitzender des Vorstandes der KZV BW, Dr. Hans Hugo Wilms, Öffentlichkeitsreferent der KZV BW, und Dr. Dr. Helmut Eisele, Kreisvorsitzender Esslingen informiert.
- *Stuttgarter Zahnärztetag (20. Juni 2007).* Thema: „Endodontie – Indikation – Möglichkeiten – Grenzen“. Dr. Konrad Bühler, Vorsitzender der BZK Stuttgart, Professor Dr. Johannes Einwag, Wissenschaftlicher Leiter des Stuttgarter Zahnärztetags 2007 und Dr. Helmut Schönberg, Referent für Zahnmedizinische Mitarbeiter/Innen sowie Wolfgang Löhl, Geschäftsführer BZK Stuttgart.
- *Patientenberatung*  
Der Redakteur der Heilbronner Stimme, Andreas Tschürtz, recherchierte

## VERWALTUNGSRAT

**Dr. Udo LENKE, Vorsitzender des IZZ-Verwaltungsrates 2007,  
Präsident der Landeszahnärztekammer BW**

**Dr. Peter KUTTRUFF, stv. Verwaltungsratsvorsitzender des IZZ 2007,  
Vorsitzender des Vorstands der KZV BW**

das Thema Patientenberatung. Dazu traf sich der IZZ-Leiter, Johannes Clausen, am Donnerstag 17. August in Heilbronn zum Gespräch und brachte ihm umfangreiche Unterlagen, wie z. B. die vom IZZ zusammengestellte Broschüre zur Patientenberatung mit. Das Ergebnis seiner Recherche wurde am 30. August unter dem Titel „Guter Rat ist nicht teuer“ in der Heilbronner Stimme veröffentlicht.



- 42. Bodenseetagung der BZK Tübingen in Lindau (14./15.9. September 2007). Thema: „Prävention und Risiko-orientierte Intervention“. Dr. Wilfried Forscher und Professor Dr. Bernd Haller.
- Tag der Zahngesundheit in Göppingen (26. September 2007). Die landeszentrale Auftaktveranstaltung zum Tag der Zahngesundheit in Göppingen bewirkte ein bundes- wie landesweit vielbeachtetes Medienecho. Die Presse informierte: Dr. Udo Lenke, Vorsitzender des IZZ-Verwaltungsrates und Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft Zahngesundheit BW (LAGZ), Dr. Renate Lüllwitz-Hoch,

Vorstandsmitglied der LAGZ BW und Prophylaxe-Referentin der Landes-zahnärztekammer BW, Bernhard Brenner, Referatsleiter Zahnärzte AOK BW, Ministerialrat Dr. Jürgen Wuthe, Abteilung V, Ministerium für Arbeit und Soziales des Landes Baden-Württemberg, Walter Scheller, Vorstandsmitglied der LAGZ und Leiter der VdAK/AEV Landesvertretung BW, Roland Schwarz, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Jugendzahn-pflege im Landkreis Göppingen (Moderation: Johannes Clausen).

Zur Eröffnungsveranstaltung auf dem Schillerplatz in Göppingen kamen Ursula Haussmann, MdL, Gesundheitspolitische Sprecherin der SPD, Peter Friedrich, MdB, Dr. Ulrich Noll, FDP-Parteivorsitzender BW, und Dr. Klaus Riegert, MdB, sowie der Oberbürgermeister der Stadt Göppingen, Guido Till.



- Forum Zahngesundheit auf der Oberschwabenschau Ravensburg (13. bis 21. Oktober 2007)

#### **GESCHÄFTSFÜHRENDER AUSSCHUSS**

**Dr. Hans Hugo WILMS, Vorsitzender Geschäftsführender Ausschuss des IZZ 2007, Referent für Öffentlichkeitsarbeit der KZV BW**  
**Dr. Antoinette RÖTTELE, stv. Vorsitzende Geschäftsführender Ausschuss 2007, stv. Präsidentin LZK BW**

## Öffentlichkeitsarbeit

### ■ 13. IZZ-presseforum in Tübingen (15. Juni 2007)

„Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie bei Kindern“ stand im Mittelpunkt des IZZ-presseforums am Zentrum für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde des Universitätsklinikums Tübingen. Am IZZ-presseforum wirkten Professor Dr. Dr. Siegmar Reinert, Ärztlicher Direktor, zusammen mit seinem Team Dr. Dr. Dirk Gülicher, Dr. Martin Hairass, Professor Dr. Dr. Jürgen Hoffmann, Dr. Susanne Handtmann, Dr. Dr. Steffen Kless, Dr. Dr. Michael Kimmel mit.

- Gesichtschirurgie und Traumatologie bei Kindern
- Die zahnmedizinische Versorgung der Zukunft – eine Herausforderung für den Berufsstand
- Welche Politik braucht unser Land?

Der Vorsitzende des IZZ-Verwaltungsrats, Dr. Udo Lenke, lenkte den Blick der Medienvertreter

auf die zahnmedizinische Versorgung der Zukunft. Anhand der Vierten Deutschen Mundgesundheitsstudie (DMS IV) zeigte er auf, wie es um die Zahngesundheit der kleinen und großen Bürgerinnen und Bürger in Deutschland bestellt ist und welche Folgen sich daraus für die Zukunft ergeben.



Er forderte die Verantwortlichen von Politik auf, für adäquate Rahmenbedingungen zu sorgen, damit die Zahnärzteschaft der Bevölkerung auch in Zukunft eine qualitativ hochwertige Versorgung anbieten kann. Der IZZ-Verwaltungsratsvorsitzende sprach sich außerdem für die neu ausgearbeitete Honorarordnung für Zahnärzte (HOZ) aus, die eine moderne Zahnheilkunde auf dem neuesten wissenschaftlichen Stand unter der Prämisse einer betriebswirtschaftlichen Kalkulation ermögliche.

Fazit. Themen und Referenten kamen bei den Journalisten hervorragend an. Die Presse-Dokumentation zeigt ein umfassendes Bild der Medienresonanz auf das 13. IZZ-presseforum in Tübingen.



### ■ Aktion Z – Altgold für die Dritte Welt (Corporate Social responsibility)

Für die Aktion Z „Altgold für die Dritte Welt“, die durch den Beauftragten der Landes Zahnärztekammer, Dr. Bernhard Jäger, repräsentiert wird, wurde weiter auf Fortbildungsveranstaltungen im Lande geworben. Werbeträger wie z. B. Plakate, Broschüren, Anzeigen wurden relauncht. Der Spendenerlös aus der Aktion Z wurden in einem öffentlichkeitswirk-

#### IZZ-LEITUNG

Johannes CLAUSEN, Leiter  
Ulrike FUCHS, Büroleiterin

samen Rahmen an den Schirmherrn der Aktion Z, Wolfgang Overath, unter Beteiligung der drei begünstigten Hilfsorganisationen Komitee Ärzte für die Dritte Welt, Frankfurt, Jugend Dritte Welt e.V. – Don Bosco-Aktion für internationale Jugendhilfe und Entwicklungsarbeit, Bonn, und Hilfe zur Selbsthilfe – Dritte Welt e.V., Dossenheim, sowie der Vertreter der Partner Kammer / Partner KZV in Nordrhein von Dr. Bernhard Jäger überreicht. Die Medien wurden nach dem Grundsatz „Tue Gutes und rede darüber“ über die Erfolgsgeschichte der Aktion Z bundesweit im November 2007 informiert.

Anlässlich des Benefizkonzerts „Hilfe für Afrika“ des Deutschen Ärztorchesters am Samstag, 28. April 2007 war das IZZ mit Informationsstand „Aktion Z – Altgold für die Dritte Welt“ sowie Werbeträgern im Foyer der Liederhalle in Stuttgart präsent. Über 1.500 geladene Gäste der Firma Celesio konnten sich von der Aktion Z ein Bild machen.



Volker Kauder, Vorsitzender der CDU-/CSU-Fraktion und MdB, Dr. Ulrich Noll, Fraktionsvorsitzender der FDP/DVP-Landtagsfraktion und MdL, und Biggi Bender, MdB/Gesundheitspolitische

Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen sowie zahlreiche weitere opinion leaders informierten sich am Stand.

Br. Jean Paul Muller SDB, Missionsprokurator der Salesianer Don Bosco – Jugend Dritte Welt, Bonn - hob in seiner Rede vor den über 1.500 musikbegeis-



terten Ärztinnen und Ärzten, Zahnärztinnen und Zahnärzten, Politikern, Unternehmern, Vorständen etc. das soziale Engagement der baden-württembergischen Zahnärzteschaft BW (Corporate Social responsibility) hervor.

#### ■ Telefonaktionen (Patientenberatung)

Sieben Telefonaktionen mit Zeitungsredaktionen in BW wurden vom IZZ organisiert und redaktionell betreut.

Badische Zeitung, (14.3.) mit Dr. Stephan Haenel, Dr. Petra Krauss, Dr. Joachim Schwalber, Dr. Hans Hugo Wilms  
Pforzheimer Zeitung (18.4.) mit Dr. Joachim W. Bouman, Dr. Norbert Engel, Dr. Bernd Geisert

Esslinger Zeitung (13.6.) mit Dr. Dr. Helmut Eisele, ZA Peter Hill, Dr. Dietrich Rösler

Südwest Presse, Ulm (18.7.) mit Dr. Werner Boch, Dr. Christian Scheytt, ZA Hans Georg Stromeyer  
Badisches Tagblatt, Baden-Baden (19.9.) Dr. Paul Adams, Dr. Gerald Fuchs, Dr. Manfred Lieken  
Rhein-Neckar-Zeitung, Heidelberg (24.10.) Dr. Christine Schröder, Dr. Ulrich Koke, Dr. Christian Haas  
Stuttgarter Nachrichten (7.11.) Dr. Gerhard Cube, Dr. Henrik Putze, Dr. Rainer Sauter.

Darüber hinaus wurden zahlreiche Presseanfragen aus dem Print-, Funk- und TV-Bereich von den verantwortlichen Landespolitikern der Landeszahnärztekammer BW und der Kassenzahnärztlichen Vereinigung BW u. a. beantwortet. Dr. Wolfgang Thumulka wirkte als zahnärztlicher Experte an den Sendungen „ARD-Buffer“ und „Kaffee und Tee?/SWR Fernsehen“ mit.

#### ■ Zahnmedizinische Patientenberatung.

Das IZZ macht die Medien regelmäßig auf die gebührenfreie Hotline 0800 / 47 47 800 mit Presseinformationen und Werbeträger aufmerksam.

In 2007 konnten mit wachsendem Erfolg Gemeindeblätter für die kostenlose Veröffentlichung der IZZ-Presseinformationen gewonnen werden. Nachfolgende einige Beispiele der Veröffentlichungen:

„Zähne gut-alles gut: Neue Beratungs-Hotline“, Rems-Zeitung (25.01.2007)  
„Zahnarzt-Hotline“, Fränkische Nachrichten (24.01.2007)

„Zähne gut-alles gut: Neue Beratungs-Hotline“, Stuttgarter Nachrichten, Backnanger Kreiszeitung, Fellbacher Zeitung, Gäubote, Kornwestheimer Zeitung, Marbacher Zeitung, Mühlacker Tagblatt, Nürtinger Zeitung, Schorndorfer Nachrichten, Vaihinger Kreiszeitung, Waiblinger Kreiszeitung, Filder-Zeitung, Kreiszeitung Böblinger Bote (24.01.2007)  
„Zahnmedizinische Patientenberatung“, Die Neckarquelle (22.01.2007)  
„IZZ informiert“, Gemeinde aktuell Meißenheim und Kürzell (19.01.2007)  
„Zahnärzte beraten kostenlos“, Schwäbische Zeitung (15.01.2007)  
„Patientenberatung“ Sindelfinger Zeitung (09.01.2007)  
„Zahnberatung“, Badische Zeitung (09.01.2007)  
„Zahnmedizinische Beratung“, Südkurier (08.01.2007)  
„Informationszentrum Zahngesundheit Baden-Württemberg informiert“, Hochdorf aktuell (21.09.2007)  
„IZZ – informiert“, Mitteilungsblatt der Gemeinde Orsingen-Nenzingen (21.9.2007)  
„IZZ-informiert“, Mitteilungsblatt der Gemeinde Hinterzarten (21.09.2007)  
„Zahnmedizinische Patientenberatung“, Amtliches Mitteilungsblatt Gemeinde Rust (20.09.2007)  
„Weitere Informationen“, Badisches Tagblatt (20.09.2007)  
„Zahnmedizinische Patientenberatung“, Hallo Radolfzell (20.09.2007)  
„IZZ informiert“, Brigachtaler Nachrichten (20.09.2007)  
„IZZ-informiert“, Amts-und Mitteilungsblatt der Gemeinde Buggingen (20.09.2007)



„Zahnmedizinische Patientenberatung“, Amtsblatt der Gemeinde Reute (20.09.2007)

„IZZ – informiert“, „donnerstags“ Amtsblatt der Gemeinde Kolbingen (20.09.2007)

„IZZ informiert“, Schluchseer Rundschau (20.09.2007)

„IZZ – informiert“, Mitteilungsblatt der Gemeinde Winden im Elztal (19.09.2007)

„IZZ – informiert“, Mitteilungsblatt der Gemeinde Gutach (19.09.2007)

„IZZ informiert“, Informationsblatt der Stadt Rheinfeldern (19.09.2007)

„IZZ-INFORMIERT“, Amtsblatt der Gemeinde Steinen (19.09.2007)

„Zahnmedizinische Patientenberatung“, Mitteilungsblatt der Gemeinde Görwihl (18.09.2007)

„IZZ – informiert“, Gunninger Nachrichten (14.09.2007)

„IZZ- informiert“, Mitteilungsblatt der Gemeinde Schwörstadt (14.09.2007).

Das IZZ hat im Auftrag der LZK BW und KZV BW 30.000 Zahnseidenspender in Auftrag gegeben und grafisch gestaltet. Die Zahnseidenspender werden landesweit und regional als Werbeträger verwendet, insbesondere auf den Forum-Zahngesundheit-Veranstaltungen.

### **Gesundheitswochen**

Das IZZ hat im Berichtszeitraum regionale Initiativen der Zahnärzteschaft bei der Beteiligung an Gesundheitswochen/-tagen unterstützen können. So plante und organisierte das IZZ die Präsentation des Forums Zahngesundheit und stellte das Equipment zur Verfügung.

### ■ *Martinimesse in Tauberbischofsheim (11.-15.10.2007)*

In Kooperation mit der AG Zahngesundheit Main-Tauber-Kreis wurde anlässlich der Martinimesse in Tauberbischofsheim das ErlebnisForum Zahngesundheit unter dem Motto „Gesund beginnt im Mund“ der Öffentlichkeit präsentiert.

### ■ *ErlebnisForum Zahngesundheit in Göppingen (26. bis 29. September 2007)*

Planung, Organisation, Durchführung und Nachbereitung des Erlebnisforums Zahngesundheit auf dem Schillerplatz in Göppingen anlässlich der Tage der Zahngesundheit.



### ■ *Schuljubiläum in Mosbach (13. Oktober 2007)*

Schuljubiläum sowie Tag der Offenen Tür an der Ludwig-Erhard-Schule, Mosbach. Unterstützung mit Plaque-Neon-Schau.

### ■ *Allmendinger Gesundheitstage – eine Veranstaltung der Südwest Presse, Ulm (20.-21.10.2007)*

In Kooperation mit dem Forum Zahngesundheit e. V. Tübingen und der

Kreis Zahnärzteschaft wurde das "Forum Zahngesundheit" mit Plaque-Neon-Schau, Zahnputzbrunnen, Bild- und Texttafeln zur Prophylaxe und Zahnfüllungen etc. der Öffentlichkeit sowie der anwesenden Schirmherrin Dr. Monika Stolz sowie Repräsentanten aus Politik, Kultur und Medien präsentiert. Der neue Chefredakteur der Südwest Presse Hans-Jörg Wiedenhaus konnte sich somit ein erstes Mal über das zahnärztliche Engagement der baden-württembergischen Zahnärzteschaft vor Ort persönlich vertraut machen.

- Für die Leserschaft von *Stuttgarter Zeitung*, *Stuttgarter Nachrichten*, *Schwarzwälder Bote*, *Südwest Presse* In über 34 Ausgaben der *Stuttgarter Nachrichten*, *Stuttgarter Zeitung* und *Südwest Presse* wurde das Thema „Mundgeruch“ aufgegriffen. Aufgrund des Hinweises unter den Beiträgen, dass die Broschüre „Mundgeruch - unabwendbares Schicksal oder einfach behandelbar“ (Hrsg. Professor Filippi) beim Informationszentrum Zahngesundheit kostenlos abgerufen werden könne, wurden bis zum jetzigen Datum weit über 2.000 Broschüren an



Patienten versandt. Darunter namhafte Persönlichkeiten aus Politik, Kultur und Medizin.

- *Gemeinsames Sommerfest von KZV und LZK BW (11. Juli 2007)*  
Im Auftrag der LZK BW und KZV BW plante und organisierte das IZZ das Sommerfest auf dem Dach des Zahnärztheuses Baden-Württemberg mit musikalischem Rahmenprogramm, Equipment etc. und Bewirtung der 120 Gäste.

### Azubi-Marketing

- *Einsatz des Präsentationsstandes zum „Berufsbild der Zahnmedizinischen Fachangestellten“.*

Die Zahnärzteschaft ist ein bedeutender Arbeitgeber und bildet jährlich ca. 5.000 Azubis in Baden-Württemberg aus. Trotz



Lehrstellenmangel und einer angespannten Situation ist es für die Zahnärzteschaft wichtig, in den Medien und bei jungen Schulabsolventen als Anbieter präsent zu sein. Denn insbesondere qualifizierte Schülerinnen und Schüler der Realschulen oder der Gymnasien gilt es zu informieren und für den Beruf zu gewinnen.

Wer vor der Berufswahl als junger Mensch steht, hat heute – nicht mehr wie früher – die Qual der Wahl. Und dennoch

Wer vor der Berufswahl als junger Mensch steht, hat heute – nicht mehr wie früher – die Qual der Wahl. Und dennoch

ist es wichtig, dass über die verschiedenen modernen Berufsformen zeitgemäß und aktuell informiert wird.

24 Azubi-Informations-Veranstaltungen hat das IZZ geplant und organisiert. Qualifizierte, sympathische junge Praxismitarbeiterinnen oder Zahnärzte vor Ort informierten über das vorbildliche Aus- und Fortbildungsprogramm für Zahnmedizinische Fachangestellte in Baden-Württemberg.

Die Azubi-Veranstaltungen im Überblick: Pforzheim (20.1.), Vaihingen (27.1.), Ravensburg (8.-10.2.), Nürtingen (10.2.), Mannheim (1.-3.), Stuttgart (2.-3.3.), Ebersbach (5.3.), Herrenberg (17.3.), Mosbach (23.3.), Villingen-Schwenningen (22.-24.3.), Schorndorf (24.3.), Süßen (28.3.), Ludwigsburg (26.4.-28.4.), Ludwigsburg (3.5.), Heilbronn (10.-12.5.), Böblingen (12.7.), Weil am Rhein (22.9.), Ulm (Informationsveranstaltung mit Vortrag sowie Ausstellungsstand im BIZ) (26.9.), Mühlacker (6.10.), Waldshut (11.10.), Stuttgart (18.10.), Freiburg (15.-17.11.), Überlingen (22.11.), Singen (27./28.11.), Göppingen (21.11.).



#### ■ *Redaktion von Presse- und Online-Informationen*

IZZ-Presstexte mit Bildauswahl zum Berufsbild der Zahnmedizinischen Fachangestellten wurden den Medien für ihre Sonderbeilagen zur Verfügung gestellt.

Darüber hinaus wurden die Presse- und PR-Maßnahmen für den Ausbildungsberuf der Zahnmedizinischen Fachangestellten durch die Schaltung von Anzeigen unterstützt.

#### **Public affairs**

##### ■ *Dialog mit Politikern*

Der IZZ-Verwaltungsrat verabschiedete in seiner Sitzung am 2. August 2006 das Konzept „Kommunikationsmanagement: Information und Kommunikation der zahnärztlichen Ziele“.

Das Konzept wurde in 2007 fortgeschrieben und der Dialog weiter intensiviert mit Stefan Mappus, CDU-Fraktionsvorsitzender BW (30. Januar 2007)

Ende Januar, nur wenige Stunden vor der Verabschiedung des umstrittenen GKV-Gesetzes durch den Deutschen Bundestag, trafen sich Dr. Peter Kuttruff, Vorsitzender des Vorstands der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg, und Dr. Udo Lenke, Präsident der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, zum politischen Dialog mit dem Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion Stefan Mappus, MdL (Wahlkreis Pforzheim) im Haus der Abgeordneten in Stuttgart. An dem Gespräch nahmen auch Wilfried Klenk MdL, Arbeitskreisvorsitzender VII, Sozialpolitik der der CDU (Wahlkreis Backnang), Johannes Clausen, Informationszentrum Zahngesundheit Baden-Württemberg,

Karl-Wilhelm Röhm, MdL, stv. Fraktionsvorsitzender der CDU (Wahlkreis Hechingen-Münsingen), Helmut W. Rück MdL, Mitglied des Fraktionsvorstandes und Schatzmeister der CDU (Wahlkreis Schwäbisch Hall), Dr. Klaus Schüle MdL, stv. Fraktionsvorsitzender der CDU (Wahlkreis Freiburg), und Dr. Thilo Traub, Geschäftsführer der CDU. Es müsse deutlich herausgestellt werden, was weiter gesamtgesellschaftlich an Belastungen getragen werden könne und müsse.

Dr. Peter Kuttruff, Vorsitzender des Vorstandes der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg, und Dr. Udo Lenke, Präsident der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, kamen im Zahnärztehaus Baden-Württemberg in Stuttgart mit Peter Friedrich, MdB am 20. April 2007 zusammen, um den in Gottmadingen begonnenen Dialog fortzusetzen und zu vertiefen.



Dr. Ute Maier, stv. Vorsitzende des Vorstandes der Kassenzahnärztlichen Vereinigung, Dr. Borckmann, Dr. Jäger und Dr. Schwalber trafen sich am 20. April mit Ulrich Stenger, PKV (20. April 2007).

Mit Volker Stich, Vorsitzender des Beamtenbund BW und Dieter Berberich, stv. Vorsitzender, führten am 5. Juni 2007 Dr. Udo Lenke, Dr. Bernhard Jäger, Dr. Karl-Heinz Sundmacher, ein weiteres Gespräch, um darzustellen, dass es mit Einführung des Basistarifes nur eine reduzierte Leistung (wie GKV) geben werde.



Auf Vermittlung von Dr. Klaus-Dieter Bastendorf und Dr. Wilfried Forscher führte der Präsident der LZK, Dr. Udo Lenke, gemeinsam mit Dr. Klaus-Dieter Bastendorf, Dr. Bernhard Jäger, Dr. Karl Heinz Sundmacher, und dem Leiter des IZZ, Johannes Clausen, am 9. Juli im Berliner Haus der Wirtschaft ein Gespräch mit Dr. Dieter Hundt, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA).

#### ■ *Parteitage*

Kontaktpflege mit Politikern und Journalisten:

Landesparteitag FDP (6.1.2007 - Stuttgart),

Neujahresempfang der Landesregierung, Mannheim (19.1.2007)

SPD Fellbach (21./22.9.2007),

Grundsätze für Deutschland (Grundsatzprogramm-Kongress II“ der CDU, Hanau (4.9.2007).

SPD-Parteitag (26./27.10.2007)

CDU-Parteitag (23./24.11.2007)

■ *Landespresseball in Stuttgart*  
(9.11.2007)

Kontaktpflege des Verwaltungsrats, Geschäftsführenden Ausschusses und des IZZ-Leiters mit Politikern und Journalisten auf dem Landespresseball in Stuttgart.

■ *Arbeitsgruppen*

Mitwirkung des IZZ-Leiters in der Redaktion der „task force“ der KZBV zu „Neue Möglichkeiten der zahnärztlichen Berufsausübung – Eine Übersicht über die Neuerungen durch das Vertragsarztrechtsänderungsgesetz (VÄndG) im Auftrag des Geschäftsführenden Ausschusses am 21. Juni und 28. Juni 2007 in Frankfurt.

Teilnahme am HOZ-Workshop. Dr. Antoinette Röttele, stv. Präsidentin der LZK und stv. GA-Vorsitzende 2007 und der Leiter des IZZ nahmen am HOZ-Strategie-Workshop „Die HOZ leben und kommunizieren“ am 19. September 2007 der Bundeszahnärztekammer in Berlin im Auftrag des GA teil. Das Ziel ist, die Öffentlichkeitsarbeiter der Länderkammern rechtzeitig in den Informationsfluss (wie z. B. Medienschulung) einzubinden, wie Zielgruppen z. B. die Zahnärzteschaft, Medienvertreter und Politiker über die HOZ zu informieren.

Teilnahme an der Koordinierungskonferenz Presse und PR in München, die sich aus aktuellem Anlass hauptsächlich mit

der neuen Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ) beschäftigt hat (12./13. Oktober 2007).

**Member relations**

■ *Presse-Dokumentationen / Presse-  
spiegel / IZZ-informiert*

Kontinuierliche Informationen für IZZ-Verwaltungsrat, Vorstand der KZV, Vorstand der LZK sowie BZK durch IZZ-INFO (IZZ-INFO bis 38/2007 / Stand Oktober 2007) per Fax, Mail und Beiträge im Zahnärzteblatt BW. Redaktion und Herausgabe der Dokumentationen über die Medienresonanz presse- und öffentlichkeitswirksamer Veranstaltungen etc. der Zahnärzteschaft Baden-Württemberg.

■ *Daten und Fakten*

Jahresberichte über Pressearbeit, Öffentlichkeitsarbeit, Werbung, Public Affairs, Member Relations, Service, Geschäftsführung für Verwaltungsrat, Geschäftsführender Ausschuss und Vorstände der IZZ-Träger.

# Landesarbeitsgemeinschaft für Zahngesundheit Baden-Württemberg

Die Landesarbeitsgemeinschaft für Zahngesundheit Baden-Württemberg e. V. (LAGZ) führte im Berichtsjahr 2007 eine Vorstandssitzung und eine Mitgliederversammlung durch.

## Fortbildung der Multiplikatoren

Die LAGZ hat auch im Berichtsjahr 2007 konstruktiv und engagiert ihre Ziele, u. a. im Hinblick auf eine weitere Optimierung des Fortbildungsmanagements für die 37 Arbeitsgemeinschaften Zahngesundheit mit über 170 Mitarbeiterinnen, weiter entwickelt.



Hierzu dienen insbesondere die Kurse, die in Zusammenarbeit mit der Sozial- und Arbeitsmedizinischen Akademie Baden-Württemberg e. V. (SAMA) durchgeführt werden:

- 2 von 4 Kursen der Fachkundekursreihe „Zahngesundheitsförderung“
- 3 Methodenkurse „Unterrichtsgestaltung“, aufbauend auf den in 2006 durchgeführten Methodenkursen
- 2 Workshops zur Unterstützung der Einführung des internen Qualitätsmanagements in den Arbeitsgemeinschaften
- 2 Workshops „Qualitätsmanagement in der Routine“

Darüber hinaus gab es weitere LAGZ-Fortbildungsseminare für Prophylaxemitarbeiterinnen der Arbeitsgemeinschaften Zahngesundheit in 2007, und zwar:

- 3 Seminare „Aktuelle Informationen zu Fluoriden“
- 3 Seminare „Präventive Maßnahmen bei Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen“
- 2 Aufbauworkshops „Zahnmedizinische Gruppenprophylaxe für sozial belastete Jugendliche mit überdurchschnittlichem Kariesrisiko“

Des Weiteren hat die LAGZ in 2007 angeboten:

- 8 Seminare für ErzieherInnen in Kindergärten und LehrerInnen in Schulen
- 8 Seminare für Betreuungs- und Pflegepersonal in Einrichtungen für Behinderte



Dank der Entscheidung des LAGZ-Vorstandes und der LAGZ-Mitgliederversammlung konnten finanzielle Mittel der LAGZ, die im vergangenen Jahr aufgrund der sparsamen Haushaltsführung der LAGZ-Geschäftsführung nicht verausgabt wurden, in 2007 für wichtige, zusätzliche Fortbildungskurse eingesetzt werden. Verstärkte Anstrengungen müssen jedoch im Bereich der Fortbildung

## LAGZ-VORSTAND

**Dr. Udo LENKE, Präsident der LZK BW, Vorsitzender**

**Dr. Renate LÜLLWITZ-HOCH, Prophylaxereferentin der LZK BW**

**Dr. Christopher HERMANN, stv. Vors. der AOK BW**

**Walter SCHELLER, VdAK e. V. BW, Leiter der VdAK/AEV-Landesvertretung BW**

**Dr. Joachim KOHLER, Ministerialdirigent im Ministerium für Arbeit und Soziales BW**

von Lehrerinnen und Lehrern unternommen werden, da die bisherige Teilnahme an Fortbildungsmöglichkeiten der LAGZ nicht die gewünschte Resonanz erzielte. In Zukunft wird es darauf ankommen, dass Lehrerinnen und Lehrer nicht nur ihrem schulischen Bildungsauftrag, nämlich Kompetenz auch im Bereich Gesundheit zu erlangen, stärker als bisher wahrnehmen, sondern auch die dafür notwendigen Fortbildungsangebote annehmen.

Deshalb sucht die LAGZ nicht nur verstärkt den Dialog mit den Partnern im Ministerium für Arbeit und Soziales, Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum, sondern auch mit schulischen Verbänden, um ein deutliches Signal auszusenden, um in Zukunft mehr denn je die Schulen für (Zahn-) Gesundheitsförderung bei Kindern und Jugendlichen zu gewinnen. Trotz der Erfolge darf sich die Zahngesundheitsförderung in Baden-Württemberg nicht auf den Lorbeeren ausruhen, sondern muss die Felder bearbeiten, auf denen immer noch Handlungsbedarf besteht.



Die zum zweiten Male zweitägig durchgeführte Jahresfortbildung unter der neuen Bezeichnung LAGZ-Forum im Kloster Schöntal, Hohenlohekreis, ist sehr positiv unter den über 50 Teilnehmern angenommen worden. Das Spektrum der Fortbildungsthemen reichte vom „Konstruktiven Umgang mit Konflikten“ über „Kariesprävention bei Kleinkindern – die Hebammen als Partner“ bis zum „Hygienemanagement in den Arbeitsgemeinschaften Zahngesundheit – unter

Berücksichtigung der Richtlinien des Robert-Koch-Institutes“. Insgesamt kann festgehalten werden, dass Themen und Referenten, der Tagungsort mit seinem günstigen Preis-Leistungs-Angebot sowie seinen räumlichen, organisatorischen Möglichkeiten zu einem erfreulichen Kommunikationsfeld unter den Teilnehmern beigetragen haben. Neben der eigentlichen Fortbildung blieb zudem Raum zum wichtigen, gegenseitigen Erfahrungsaustausch.

### **Initiative Zahnärztlicher Kinderpass**

Die Herausgabe des Zahnärztlichen Kinderpasses wurde in der Pressekonferenz zur landeszentralen Auftaktveranstaltung zum Tag der Zahngesundheit erstmals der Öffentlichkeit am 26. September 2007 von Dr. Udo Lenke, Vorstandsvorsitzender der LAGZ, und Dr. Renate Lüllwitz-Hoch, Prophylaxereferentin der LZK BW, in Göppingen vorgestellt. Der Zahnärztliche Kinderpass soll dazu beitragen, dass „alle jungen und werdenden Familien der Mundgesundheit Aufmerksamkeit widmen. Die LAGZ in Baden-Württemberg – vertreten durch ein Autorenteam der Landes Zahnärztekammer – hat diesen Kinderpass entwickelt, der zahnärztliche Vorsorgetermine für die werdende Mutter enthält. Die schwangere Frau sollte im halbjährlichen Turnus, z. B. im 3. und 8. Monat in die Praxis kommen, um die eigene Mundgesundheit zu gewährleisten und um über Kariesvermeidung beim Säugling und beim Kleinkind aufgeklärt zu werden“, betonte Dr. Udo Lenke in der Pressekonferenz. Dieser Kinderpass soll über Hebammen, Entbindungsstationen sowie weitere Multiplikatoren weitergegeben werden.

## Initiative „Gesundes Schulesen und zahngesunde Getränke“

Zahlreiche wissenschaftliche Studien belegen seit Jahren, dass sowohl die „Gesundheitsbildung“ als auch die Nahrungsangebote in den Schulen noch unzureichend sind. Vor diesem Hintergrund hat der LAGZ-Vorstand beschlossen, dem Minister für Kultus, Jugend und Sport in einem Brief um Unterstützung und Mitwirkung zu bitten, damit das Bewusstsein für eine Neuorientierung der Ernährungsangebote in den Schulen von Baden-Württemberg verbessert werden kann.

Um dieses Ziel zu erreichen, plant die LAGZ z. B. kostenlose Fortbildungskurse hinsichtlich (zahn-)gesunder Ernährung für Lehrerinnen und Lehrer. Im Bildungsplan 2004, der im Auftrag des Bildungsrates Baden-Württemberg herausgegeben wurde, betonte kein geringerer als Prof. Dr. Hartmut von Hentig, dass „zentrale Themen und Aufgaben der Schule“ u. a. auch [...] „Gesundheitserziehung“ [...] und „Verbrauchererziehung“ sind.

## Tage der Zahngesundheit in Baden-Württemberg

Die landeszentrale Auftaktveranstaltung zum Tag der Zahngesundheit am 26. September 2007 auf dem Schillerplatz in Göppingen hat einmal mehr gezeigt, was durch große Motivation und Engagement aller der Zahngesundheit verpflichteten Teams in Baden-Württemberg gelingen kann. Die Veranstaltergemeinschaft auf Landesebene – die Träger der LAGZ, das Informationszentrum Zahngesundheit, eine Einrichtung der Landeszahnärztekammer und der Kassenzahnärztli-

chen Vereinigung, sowie als Kooperationspartner vor Ort die Arbeitsgemeinschaft Zahngesundheit im Landkreis Göppingen – haben heuer ein öffentlichkeitswirksames Programm zusammengestellt, das insbesondere Kinder, Jugendliche und Eltern im Focus hatte.

In diesem Jahr wurde einmal mehr der grafische Auftritt im Hinblick auf die vier Säulen der Zahngesundheit vom Informationszentrum Zahngesundheit überarbeitet, um noch deutlicher in den Medien für die Wichtigkeit des regelmäßigen zahnärztlichen Besuchs, der richtigen Mundhygiene, der Fluoridierung und einer richtigen Ernährung zu werben.



Auch in diesem Jahr nahmen wieder zahlreiche prominente Gäste aus Politik, Kultur, Medizin und Landespolitik an diesem weit über die Grenzen Baden-Württembergs hinaus bekannten Ereignis teil. Die zum zweiten Mal eingesetzte „Showbühne“ am Eröffnungstag wurde wieder zum Magneten. Die sympathische und eloquente Moderatorin des SWR-Fernsehens, Martina Meisenberg, sorgte dafür, dass sowohl der Vorstandsvorsitzende der LAGZ, Dr. Udo Lenke, als auch die Bundestagsabgeordneten Klaus Riegert, Göppingen, und Peter Friedrich, Konstanz, der Fraktionsvorsitzende der FDP, Dr. Ulrich Noll, die Gesundheitspolitische Sprecherin der SPD, Ulla Haußmann, sowie der Oberbürgermeister von Göppingen, Guido Till, das Motto



„Gesund beginnt im Mund“ ins rechte Licht rückten.

Vier Tage lang war dort Spiel, Spaß und Information rund um die Zahngesundheit an der Tagesordnung. Doch was so leicht und locker klingt, waren Aktionen, die den Veranstaltern im Vorfeld eine Menge Kreativität und den Prophylaxe-Spezialisten vor Ort viel Arbeit abverlangten. Die „Vesperhits für starke Kids“, mit denen die Fachfrauen für Kinderernährung des Landwirtschaftsamtes Göppingen gesunde Zähne und gesunde Ernährung in Verbindung brachten, waren nur eines der vielen Highlights auf dem Schillerplatz. Besonders viel Aufmerksamkeit zog das 100 Quadratmeter große Pagodenzelt auf sich, in dem große und kleine Besucher erkunden konnten, was jeder für seine Zahngesundheit tun kann. Der populären Plaque-Neon-Schau, bei der im Kariestunnel der Feind aller gesunden Zähne, der Zahnbelag, entlarvt wird, schloss sich ein Training in richtiger Zahnpflege an.

Um auch ein persönliches Vorbeugungsprogramm anzuregen, konnte man sich im Pagodenzelt etwas abgeschirmt auf einen Zahnarztstuhl setzen, um die Beratung zu bekommen, die man persönlich benötigte. Dazu gehörten auch Hinweise auf kieferorthopädische Möglichkeiten und Fluoridierungsmaßnahmen. Ein Inspektionsrundgang mit der Oral-Kamera und dem Mundspiegel machte auch versteckte Mängel sichtbar - und weckte das Verständnis für die tägliche Zahnpflege.



Obwohl sich der Herbst in den vier Tagen, während das Erlebnisforum Zahngesundheit in Göppingen gastierte, nicht von seiner besten Seite zeigte, waren die Organisatoren, die LAGZ, das Informationszentrum Zahngesundheit und die örtliche Arbeitsgemeinschaft mit dem Besucherandrang mehr als zufrieden. „Zwanglos und stressfrei nutzten die Besucher die Möglichkeit, sich zahnärztlich beraten zu lassen“, resümierte Dr. Udo Lenke. Die kleine Zeltstadt in Göppingen mit Glücksrad, Wurfzettel und vielen anderen Attraktionen fügte sich harmonisch in das Ambiente des Platzes ein und hatte besonders viel Flair und Atmosphäre. Lebhaft wurde es nicht nur, als die Handballspieler von Frisch auf! ihre Autogrammstunde ins Zeltdorf verlegte, sondern auch wenn das Spielmobil des Kreisjugendrings vorfuhr. Die Aktion „Zähne - starke Kunstwerke“, bei der Schülerinnen und Schüler Zahnskulpturen kreierte, war nur eine der vielfältigen Aktionen, die die Arbeitsgemeinschaft Zahngesundheit für den Landkreis Göppingen auf die Beine gestellt hatte, und die den Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Roland Schwarz besonders am Herzen lagen.

Das Erlebnisforum Zahngesundheit hat auch im Jahre 17 nach erstmaliger Präsentation auf dem Stuttgarter Schlossplatz nichts an seiner Attraktion eingebüßt, ganz im Gegenteil, es wurde zum Markenzeichen einer öffentlichkeitswirksamen Zahngesundheitsförderung, die bundesweit beispielhaft ist.

## Jahresstatistik

	2006/ 2007
Verausgabte Mittel der Krankenkassen für 37 Arbeitsgemeinschaften	€ 6,16 Mio.
Mit Prophylaxemaßnahmen betreute Kindergartenkinder	277.915 = 80,3 %
Mit Prophylaxemaßnahmen betreute Schulkinder 1. – 4. Klasse	316.391 = 69,8 %
Mit Prophylaxemaßnahmen betreute Schulkinder 5. + 6. Klasse	38.140 = 20,3 %
Mit Prophylaxemaßnahmen betreute Sonderschulen/Behinderteneinrichtungen	493 = 83,4 %
Anzahl der Vorsorgeuntersuchungen bei 3- bis 12jährigen (bis 6. Klasse) sowie Personen in Sonderschulen/Behinderteneinrichtungen	434.647 = 42 %

## Statistik der LAGZ-Prophylaxeseminare

	31.12.2003 - Gesamt -	31.12.2004 - Gesamt -	31.12.2005 - Gesamt -	31.12.2006 - Gesamt -
Anzahl der ausgebildeten Erzieher und Grundschullehrer durch die LAGZ (ab 1977)	11.167	11.370	11.503	11.670
Anzahl der ausgebildeten Pfleger und Betreuer in Behinderteneinrichtungen (ab 1984)	1.356	1.480	1.615	1.725
Anzahl ausgebildeter Grund-(ab 1988) und Sonderschullehrer (zusammen ab 1990)	1.100	1.100	1.120	1.138
<b>Ausbildungen insgesamt</b>	<b>13.623</b>	<b>13.950</b>	<b>14.238</b>	<b>14.533</b>

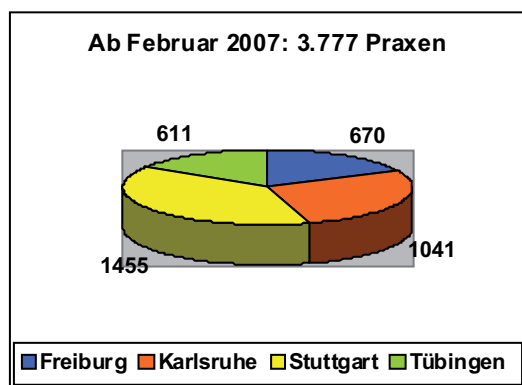
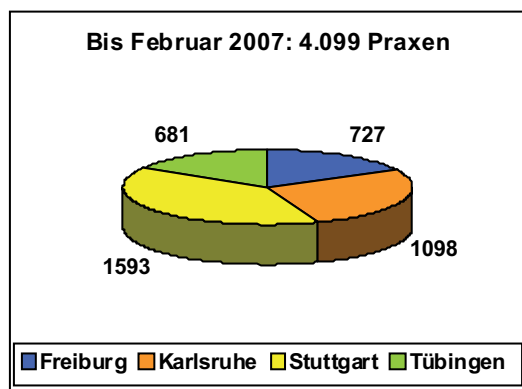


# Rahmenverträge

Seit 1. September 1998 besteht zwischen der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg und der Firma Streit GmbH®, Bensheim, ein Rahmenvertrag über die betriebsärztliche und sicherheitstechnische Betreuung der Zahnarztpraxen in Baden-Württemberg.

Im Februar 2007 wurde der Rahmenvertrag auf Grund der Änderung der neuen berufsgenossenschaftlichen Vorschrift BGV A2 „Betriebsärztliche und sicherheitstechnische Betreuung“ neu gefasst. Im Zuge dessen wurden alle bis dahin dem Rahmenvertrag angeschlossenen Praxen angeschrieben, über die Neuregelung informiert und aufgefordert, sich für die neu geschaffenen Modelle (grund- und anlassbezogene Betreuung, Regelbetreuung und Kammermodell) zu entscheiden.

So stellen sich nunmehr die Zahlen der angeschlossenen Praxen bei der Fa. Streit in der grund- und anlassbezogenen Betreuung im Vergleich wie folgt dar:



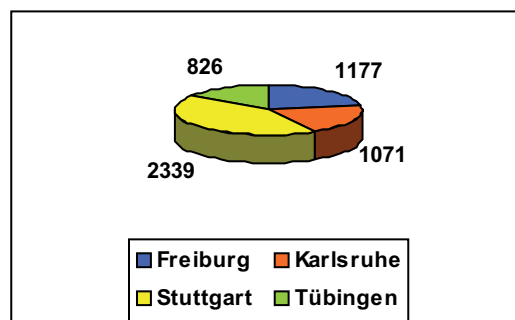
Das Betreuungsmodell der Regelbetreuung für Praxen mit mehr als 10 Vollbeschäftigten nehmen derzeit 52 Praxen in Anspruch.

Nähere Informationen zur betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Betreuung, insbesondere zum Kammermodell, finden Sie in diesem Jahresbericht unter „Ausschuss für Praxisführung“.

## Rahmenvertrag Überprüfung von Sterilisations- und Desinfektionsspülmaschinen

Es besteht seit Februar 1998 zwischen der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg und dem Landesgesundheitsamt Baden-Württemberg ein Rahmenvertrag über die Bereitstellung und Auswertung von Biodindikatoren für die Überprüfung von Sterilisatoren und Desinfektionsspülmaschinen in zahnärztlichen Praxen.

Diesem Rahmenvertrag sind derzeit 5.413 Praxen angeschlossenen. Die Zahl der teilnehmenden Praxen verteilt sich auf die Bezirke im Kammerbereich wie folgt:



Das Landesgesundheitsamt liegt jährlich eine Einsende- und Befundstatistik über die Ergebnisse der periodischen Überprüfung von Sterilisations- und Desinfektionsverfahren der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg vor. Danach ergibt sich für das Jahr 2006 die unten aufgeführten Ergebnisse.

Von den insgesamt nur 291 beanstandeten Ergebnissen waren in 79 Fällen sämtliche Prüfkörper der zurückgesandten Sets nicht vom jeweiligen Verfahren erfasst worden; d. h. die Testkeime waren von allen Prüfkörpern anzüchtbar ("komplett beanstandet").

Im Vergleich zur Vorjahrs-Statistik sind die Einsendezahlen für die Verfahren Heißluftsterilisation und Chemiclav deutlich rückläufig. Dies entspricht dem bundesweiten Trend zur Anpassung an das geltende Medizinprodukte recht. Im Rahmen der Umsetzung der Medizinprodukte-Betreiberverordnung wird die Heißluftsterilisation ohne Verfahrensvalidierung nicht mehr als ausreichend bewertet, da die Prozessparameter bei den meist verwendeten Gerätetypen weder angezeigt noch ausgedruckt werden, und weil eine automatische Verriegelung zum Ausschluss einer Abänderung des eingestellten Betriebsprogramms (z.B. durch nachträgliches Zufügen von Sterilisiertgut) regulär fehlt. Diese Technik sollte im Rahmen der direkten Patientenver-

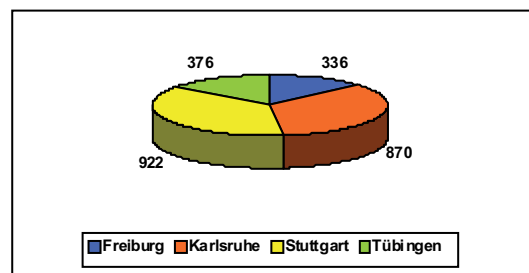
sorgung nicht mehr praktiziert werden. Analog gilt dies für die Sterilisation mittels Chemiclav.

Die Übersicht zeigt, dass sich die Qualität und Zuverlässigkeit der geprüften Sterilisations- und Desinfektionsverfahren bei den beteiligten zahnärztlichen Einrichtungen in Baden-Württemberg wie auch in den Vorjahren auf einem sehr guten Niveau befindet.

### Rahmenvertrag Entsorgung Abfall- und Reststoffe

Nach wie vor besteht auch der seit 18 Jahren geschlossene Rahmenvertrag zwischen der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg und der Firma Herter GmbH, Reutlingen, über die Entsorgung der in den Zahnarztpraxen anfallenden Abfall- und Reststoffe.

Dem Rahmenvertrag sind 2.504 Zahnarztpraxen angeschlossen. Die Zahl der teilnehmenden Praxen verteilt sich auf die Bezirke wie folgt:



### Überprüfung von Sterilisations- und Desinfektionsverfahren

Verfahren	Zahl der Einsendungen	partiell beanstandet	komplett beanstandet
Chemiclav	46	2	3
Spüldesinfektion	1.475	17	4
Heißluftsterilisation	658	25	10
Dampfsterilisation	8.195	165	62
<b>Gesamt</b>	<b>10.374</b>	<b>209</b>	<b>79</b>

Einige wenige öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger (Stadt- und Landkreise) haben ihr Abfallannahmespektrum begrenzt, d. h. hier werden die Abfälle des Abfallschlüssels 180101 (spitze und scharfe Gegenstände) und die Abfälle des Abfallschlüssels 180104 (z. B. mit Blut oder Sekreten behaftete Verbands- oder Wundmaterialien) nicht mehr gemeinsam mit dem Hausmüll angenommen.

Die Firma Herter GmbH hat auf die Änderungen in den Abfallwirtschaftssatzungen einiger Stadt- und Landkreise mit einer Erweiterung ihres Entsorgungsspektrums reagiert und bietet den betroffenen Zahnarztpraxen auch die Entsorgung dieser Abfallarten an.

### **Rahmenverträge über die Anmietung von Fahrzeugen**

#### *Rahmenvertrag mit der Firma Enterprise*

Der seit 01.09.2003 bestehende Rahmenvertrag mit der Mietwagenfirma Enterprise Rent-a-car, der für alle Kammermitglieder und deren Praxispersonal gültig ist, wurde auch im Jahr 2007 aktualisiert weitergeführt und von den Kammermitgliedern rege in Anspruch genommen.

Die Preisvorteile des Businessstarifes im Vergleich zum Privatkundentarif betragen bis zu 30 % und umfassen sämtliche Mietwagenmodelle von der Kompaktklasse über Cabrios bis zu Minivans. Darin enthalten ist eine Vollkaskoversicherung mit geringer Eigenbeteiligung, Zulassungsgebühren und aller gefahrener Kilometer. Neben den besonders

günstigen Wochenendpauschal-Tarifen wird als besonderer Clou ein kostenloser Abholservice, gültig für einen Radius innerhalb von 15 Kilometern zur nächstgelegenen Zweigstelle, angeboten. Enterprise Rent-a-car, in Baden-Württemberg derzeit mit 20 Filialen vertreten, verfügt deutschlandweit über 100 Filialen und ist eine der größten Mietwagenfirmen an der Ostküste der USA. Buchungen sind jetzt auch über das Internet unter [www.enterprise.de](http://www.enterprise.de) möglich.

Die rege Nachfrage nach den neuesten Mietwagenmodellen, die auch im privaten Bereich zur Urlaubszeit und im Ausland genutzt werden kann, führt zur Fahrkostenreduzierung für Kammer, Zahnärzteschaft und zahnärztliche Mitarbeiterinnen im ganzen Land.

Um das Angebot unseres Rahmenvertrages mit den ermäßigten Konditionen einzusehen sowie die dafür notwendige Identifikationsnummer zu erhalten, müssen Sie sich im Internet unter [www.lzk-bw.de](http://www.lzk-bw.de) in den geschlossenen Bereich „Zahnärzte“ einloggen und die Rubrik Praxisführung/ Recht - Rahmenverträge abrufen.

#### *Rahmenvertrag mit der Firma AVIS*

Der Rahmenvertrag zwischen der Mietwagenfirma AVIS und der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, der seit November 2003 besteht, wurde auch im Jahr 2007 neu verhandelt. Neue Rabatte, eine höherwertigere Ausstattung der Fahrzeuge ohne Aufpreis sowie ein sehr kostengünstiger Wochenendpauschaltarif stehen nun den Kammermit-



gliedern sowie dem Praxispersonal für das In- und Ausland zur Verfügung.

Mit 5.000 Mietwagenstationen in 161 Ländern und mit 355 Filialen deutschlandweit gehört AVIS zu den Marktführern der Branche. Kammermitglieder und ihr Praxispersonal profitieren von weltweit gültigen und günstigen Sonderkonditionen: Preissenkungen für Tagesstarife in allen Klassen bis 20 %, der Wochenendpauschaltarif gilt jetzt freitags 12:00 Uhr bis montags 9:00 Uhr und bietet Einsparungen bis 40 % in der Gruppe J, Navigationssysteme in Gruppe H sind ohne Aufpreis fest buchbar und 25 % weniger Gebühr für Zustell- und Abholservice innerhalb der Grenzen des jeweiligen Stadtgebietes. Der besondere Service: Neben der üblichen Fahrzeugreservierung vor Ort können über das internationale Reservierungsbüro (Tel.: 01805-55 77 55) oder sehr bequem über das Internet [www.avis.de](http://www.avis.de) eine große Auswahl modernster Fahrzeuge reserviert werden, wobei bereits das internationale Angebot und die Verfügbarkeit im jeweiligen Zielgebiet abrufbar sind. Detaillierte Informationen über die Konditionen zu sämtlichen Fahrzeuggruppen sowie über die notwendige AWD-Nummer sind im Internet unter [www.lzk-bw.de](http://www.lzk-bw.de) im geschlossenen Bereich „Zahnärzte“ unter der Rubrik Praxisführung/ Recht - Rahmenverträge abzurufen.

### **Rahmenverträge Mobilfunk**

Es bestehen weiterhin Rahmenverträge mit den Mobilfunkunternehmen T-Mobile, e-plus+ und O2, welche neben den Mitgliedern der Landeszahnärztekammer

Baden-Württemberg auch das Praxispersonal nutzen kann.

Alle Informationen zu den Rahmenverträgen finden Sie im Internet im geschlossenen Bereich unter [www.lzk-bw.de](http://www.lzk-bw.de) – Zahnärzte - Rahmenverträge. Dort sind die aktuellen Monatsangebote im Bereich Mobilfunkgeräte und Zubehör sowie Tipps zur Abwicklung und Formulare zum an- bzw. ummelden Ihres derzeit bestehenden Mobilfunkvertrages mit unseren Rahmenvertragspartnern eingestellt.

## Beitragsaufkommen der Bundeszahnärztekammer

Das Beitragsaufkommen ist in der nachstehenden Übersicht in die Beitragsanteile der einzelnen Kammern aufgliedert.

Die letzte Spalte zeigt den prozentualen Anteil der einzelnen am Gesamtbeitragsaufkommen 2007. Danach ist die Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg der zweitgrößte Beitragszahler an die Bundeszahnärztekammer.

Der monatliche Kopfbeitrag beläuft sich auf 6,70 Euro.

<b>Behandelnde Zahnärzte nach Kammerbereich Stand 31.12.2006</b>		
<b>Kammerbereich</b>	<b>Zahnärzte</b>	<b>Prozent</b>
<b>Baden-Württemberg</b>	<b>8.133</b>	<b>12,4238</b>
Bayern	10.299	15,7326
Berlin	3.818	5,8323
Brandenburg	1.826	2,7893
Bremen	520	0,7943
Hamburg	1.784	2,7252
Hessen	5.050	7,7143
Mecklenburg-Vorpommern	1.480	2,2608
Niedersachsen	6.135	9,3717
Nordrhein	7.223	11,0337
Rheinland-Pfalz*	2.703	4,1290
Saarland	663	1,0128
Sachsen	3.800	5,8048
Sachsen-Anhalt	1.981	3,0261
Schleswig-Holstein	2.211	3,3775
Thüringen	2.066	3,1560
Westfalen-Lippe	5.771	8,8157
<b>Bundesgebiet</b>	<b>65.463</b>	<b>100 %</b>

(\* Angaben Rheinland-Pfalz 2005)



## Baden-Württembergische Delegierte zur Bundeszahnärztekammer

Der Vorstand der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg hat gemäß § 13 Abs. 1 der Wahlordnung für die Wahl der Delegierten zur BZÄK folgende, von den Vertreterversammlungen der Bezirks Zahnärztekammern gewählte Delegierte zur Bundesversammlung der BZÄK für die Zeit vom 1. Januar 2005 bis 31. Dezember 2008 bestätigt.

<b>BZK Stuttgart</b>	LENKE, Dr. Udo, Vaihingen/Enz BÜHLER, Konrad, Eislingen EINWAG, Prof. Dr. Johannes, Stuttgart MONTIGEL, Dr. Eberhard, Heilbronn PUTZE, Dr. Hendrik, Stuttgart TOMPPERT, Dr. Torsten, Esslingen	Delegierte
	KUTTRUFF, Dr. Peter, Stuttgart CAROW, Dr. Jürgen, Flein ZIMMERER, Dr. Hans-Peter, Aalen KAPS-RICHTER, Dr. Gudrun, Heilbronn KRÄMER, Dr. Bernd, Heilbronn	Stellvertreter/ innen
<b>BZK Karlsruhe</b>	BORCKMANN, Dr. Bernd Ulrich, Heidelberg JÄGER, Dr. Bernhard, Mannheim GUTERMANN, Dr. Wolfgang, Heidelberg HEMBERGER, Dr. Eva, Heidelberg SCHRÖDER, Dr. Christine, Heidelberg	Delegierte
	ENGEL, Dr. Norbert, Mühlacker THUMULKA, Dr. Wolfgang, Karlsruhe	Stellvertreter
<b>BZK Freiburg</b>	STRUß, Dr. Norbert, Freiburg MAAGER, Dr. Burkhard, Denzlingen SCHWALBER, Dr. Joachim, Freiburg RÖTTELE, Dr. Antoinette, Weil am Rhein	Delegierte
<b>BZK Tübingen</b>	FORSCHNER, Dr. Wilfried, Biberach STOLL, Dr. Bernd, Albstadt OSWALD, Dr. Udo F., Schelklingen	Delegierte
	ZERRES, Dr. Georg, Tübingen LUDWIG, Dr. Elmar, Ulm WELLER, Dr. Helmut, Pfullendorf	Stellvertreter

## Ehrenamtsträger und Verwaltungsmitarbeiter aus Baden-Württemberg auf Bundesebene

<b>VORSTAND BZÄK</b>	Dr. Udo LENKE, Vaihingen/ Enz
<b>AUSSCHÜSSE und ARBEITSKREISE</b>	
<b>Ausschuss Belange der Zahnärztinnen</b>	Dr. Renate Lüllwitz-Hoch, Böblingen
<b>Ausschuss Berufsbild des Zahnarztes</b>	Dr. Bernhard JÄGER, Mannheim
<b>Ausschuss Qualität in der ZahnMedizin</b>	Dr. Udo LENKE, Vaihingen/ Enz
<b>Arbeitsgruppe Röntgenstelle</b>	Dr. Burkhard MAAGER, Denzlingen
<b>Arbeitskreis der Geschäftsführer Allgemeiner Teil GOZ</b>	Direktor Axel MAAG, Stuttgart
<b>Arbeitskreis der Geschäftsführer Juristische Person des Privatrechts</b>	Direktor Axel MAAG, Stuttgart
<b>Arbeitskreis der Geschäftsführer Musterberufsordnung</b>	Direktor Axel MAAG, Stuttgart
<b>Arbeitskreis der Geschäftsführer Praxisformen</b>	Direktor Axel MAAG, Stuttgart
<b>Arbeitskreis der Geschäftsführer Telematik</b>	Direktor Axel Maag, Stuttgart
<b>Deutscher Zahnärztetag Politischer Arbeitskreis Arbeitskreis Verwaltung</b>	Dr. Udo LENKE, Vaihingen/ Enz Direktor Axel MAAG, Stuttgart
<b>Europaausschuss</b>	Dr. Udo LENKE, Vaihingen/ Enz
<b>Haushaltsausschuss</b>	Dr. Dr. Thomas EICHE, Stuttgart
<b>Kern-Arbeitsgruppe Neubeschreibung einer präventionsorientierten Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde</b>	Dr. Udo LENKE, Vaihingen/ Enz
<b>Kernausschuss Zahnärztliche Berufsausübung</b>	Dr. Burkhard MAAGER, Denzlingen Dr. Norbert STRUSS, Freiburg
<b>Koordinierungsausschuss Approbationsordnung</b>	Dr. Udo LENKE, Vaihingen/ Enz
<b>Koordinierung GOZ-Arbeitsgruppen</b>	Dr. Bernd BORCKMANN, Heidelberg
<b>Senat für privates Leistungs- und Gebührenrecht</b>	Dr. Udo LENKE, Vaihingen/ Enz
<b>Strategieausschuss</b>	Dr. Udo LENKE, Vaihingen/ Enz



[www.lzk-bw.de](http://www.lzk-bw.de)